



22. Heft | 26. Oktober 1911

KARL LEUTHNER · TRIPOLITANISCHER LEHRKURS



ER Zug der Italiener nach Tripolis, dieser Raubzug, diese Banditentat, dieser Überfall aus dem Busch, und wie sonst noch die Empörung in Worten sich erleichtern mag, könnte doch auch sein Gutes haben. Er könnte da und dort ein Lichtlein in dämmerigen Hirnkammerlein aufstecken. Denn Italien ist ein parlamentarisches Musterland, und Giolitti ein parlamentarischer Musterministerpräsident, Parteiführer der Mehrheit und deshalb Haupt der Regierung. Und dieser Musterparlamentarische hat es verstanden der Welt ein Schnippchen zu schlagen, wie vor ihm kein geheimstes Geheimkabinett eines kriegsdürstenden Despoten. Wenige Stunden erst, bevor er losschlug, tauchte das Gerücht mit der ungeheuerlichen Nachricht auf; man staunte, man raunte, er aber schwieg, der Verantwortliche, der sich von niemandem zur Verantwortung ziehen ließ. Und dann, ehe noch jemand recht zur Besinnung gekommen war und amtlich wußte, wie und wo, sausten Ultimatum und Kriegserklärung nieder. Wie der Dieb in der Nacht: Der Krieg war da, und die Flotte war da, wohl gerüstet, schlächtbereit, die im jonischen Meere ihn ins Werk setzte, bevor noch der Großvesir die Note recht überlesen hatte, und die 100 000 Reservemänner waren da, einberufen zur Verstärkung des Heeres: Alles war da, nur die Kammer, die allmächtige, allregierende, die Volkssouveränität verkörpernde Kammer war nicht da, und dieweil alle Zeitungen und Zeitungsjungen Giolitti Jubel und Gloria riefen, fragte nach ihr keine Katze. Und dann die Rede, mit der Giolitti sein Schweigen endlich brach: Beim Ausbruch des Krieges vom Entfacher des Krieges gesprochen, enthielt diese Rede eines Meisterspielers auf dem parlamentarischen Komödientheater möglichst wenig vom Krieg und möglichst viel von der Wahlreform. Die sozialdemokratische Fraktion, die dem Redner nahe genug steht, um auch die Halb- und Zwischentöne hellhörig zu vernehmen, hat ihn verstanden. Und daher schwieg sie. Prächtig ist das Temperament der Romanen, aufzischend im buntesten Feuerfarbenspiel; aber daß es zu Asche nicht verbrenne, das Herze, daraus das Temperament glutvoll sprüht; so hat die Natur selbst ein Gegenmittel geschaffen: den scharf berechnenden Geschäftssinn, der im Augenblick der Gefahr die Schleusen zieht und die funkenüberregneten Gemütsanlagen kalt bewässert.

Unter den deutschen Idealisten und Dogmatikern aller Sorten hat man in den Tagen der Tripolisaffäre viel erstaunlich lange Nasen gesehen und im Zorn bleich gewordene Lippen, um die es verächtlich zuckte. Die Deutschen sind jetzt bei allen Welthändeln die sittlich Entrüsteten, was ihnen die anderen, die in schmackhaften Bissen die großen Kolonialkuchen verzehren, billig gönnen sollten. Der Schreiber dieses war nie solch Idealist und Dogmatiker, er kann seinen spärlichen Vorrat an Moral vor zwecklosen Ausgaben bewahren. Zudem genießt er das Vergnügen sich alles so erfüllen zu sehen wie er es hier wiederholentlich vorhergesagt. Allerdings ist es ein recht bescheidenes Vergnügen, durch die Erfahrung getrübt, daß selbst Wahrheiten, die in die Augen springen, von Einsichtslosen nicht bemerkt werden, und daß es auf Erden nie etwas Einsichtsloseres, Denk- und Erfahrungsunfähigeres gab als den landesüblichen deutschen Idealisten und Dogmatiker. In *Falters* kürzlich veröffentlichten *Staatsidealen unserer Klassiker* steht der Kernsatz zu lesen: »Die Tendenz der modernen Staatsentwicklung hat im Parlamentarismus . . . das Prinzip der Gerechtigkeit und der Vernunft entdeckt gegenüber dem der Gewohnheit.« Solche Vorstellung spukt noch in dem Kopf eines deutschen Gelehrten. Ist denn wirklich nur für die deutschen Gelehrten und Nichtgelehrten die Geschichte des Parlamentarismus ein Buch mit sieben Siegeln, sind nur sie zu träg sich umzublicken, was in England, Amerika, Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn usw. die Parlamente tun und treiben? Muß man in Deutschland noch immer die *Volksvertretungen* staunend anglotzen, wie der Kannibale den Zylinderhut? Und doch ist der Erfinder des Worts vom *parlamentarischen Kretinismus* ein Deutscher. . . Heute geht wieder der Moralfettnapf reihum; niemand lacht die Leute aus, die sich anmaßen, sie hätten die *regulativen Prinzipien* für das Handeln der Gegenwart. Ein angeblich philosophisches Denken dieser Art ist wieder Mode und darf unabgewehrt die feinsten Blüten der Erkenntnis zerzausen und zerstampfen, die aus dem historischen Geist des 19. Jahrhunderts entsprossen sind. Ist dies auf den Höhen des Geistes möglich, was wundert es uns, daß Tagesschriftsteller und Tagesredner bei aller Anhänglichkeit an die materialistische Geschichtsauffassung mit Naturrechtssätzen aus deutschen Philosophen politische Fragen abmessen und aburteilen wollen?

Nein, in diese versteinerten Köpfe dringt nicht der lösende, lebenweckende Tauwind der Erfahrung. Man hat Chamberlain den Burenkrieg mit Hilfe seiner Presse machen sehen; man hat erfahren, wie es um den Untergang der *Maine* bestellt war, als Amerika mit der Sklavenpeitsche der Demagogie in den Kampf gegen Spanien getrieben wurde; man hat erlebt, daß Delcassé und Eduard den Krieg mit Deutschland hinter den Kulissen fix und fertig kostümiert hatten, und nur die Angst der Ministerkollegen, nicht die französische Kammer hat im letzten Augenblick den Plan zerstört. An unzähligen Staatsverträgen, Kriege drohend und Kriege erzeugend, wie sie von französischen und englischen Staatsmännern in den letzten 15 Jahren geschmiedet wurden, jedesmal ohne Vorwissen ihrer Parlamente, konnte man ablernen, daß auch die mächtigsten Volksvertretungen in die auswärtigen Geschäfte nichts dreinzureden haben. Der englisch-französische Marokkovertrag, das englisch-japanische Bündnis, das französisch-italienische Tripolisübereinkommen, die Teilung Persiens zwischen Rußland und England: alles, was wirklich und in die Zukunft hinaus wirkend in der internationalen Politik geschehen ist, war das Werk einer Kabinettpolitik, die sich von der des 18. Jahrhunderts bloß dadurch

unterscheidet, daß sie ihren Souverän, die vielköpfige Großstadtmenge, statt in Denkschriften in Leitartikeln anlügt und dabei meist das bequemere Verfahren einschlagen kann das Volk vor fertige Tatsachen zu stellen und dann erst die Künste der Agitation zu entfalten. Wir haben keine europäischen Kriege, weil das ungefähr gleiche Maß der Rüstungen zu Lande den eisernen Würfeln keinen Glücksfall zu gewähren scheint. Die Parlamente aber würden ihn nicht stören. Wer indes aus so vielen Beispielen nichts gelernt hat, was soll ihn Giolitti lehren? Was bietet Giolitti Neues? Etwa den Anblick einer Diktatur, die zu fast unbeschränkter Macht ansteigend Parlament und Presse, die beiden lebendigen, bestimmenden Mächte im Volksleben, unter ihrem Bann hält? Vor Jahren schon hat Sidney Low in seinem Buch *Die Regierung Englands* denen, die hören wollen, gepredigt, daß die Regierung als Ausschuß der Parlamentsmehrheit das Parlament selbst aufhebt; denn es gibt keinen strammern, unterwürfigern Gehorsam als ihn Klubgenossen gegen die Klubleitung beobachten, deren öffentliche Kritik übrigens ihre eigene Wiederwahl gefährden würde. Bleibt die Kritik der Opposition: Und die läßt man heran, wenn die Sachen bereits getan sind, die darf hinter dem fahrenden Wagen einherklaffen.

Wir werden sonach ungeachtet des Giolittischen Abenteuers weiter zu hören bekommen, daß regierende Parlamente die auswärtige Politik zu leiten vermögen, und daß hierzu die (in 99 von 100 Fällen von der Regierung bestellten) Interpellationen das nie versagende Zaubermittel sind, werden es zu hören bekommen, wie wir es nach Delcassés, nach Greys Geheimverträgen gehört haben. Es wird auch trotz der jetzt überall so wortreich sich ausleerenden Empörung nach knapp einem Jahr nicht ein Hauch auf Italiens Humanitätsehremschild zu merken sein. Der Friedenskongreß ist auf das nächste Jahr verlegt worden und wird, wie beschlossen, in Rom abgehalten werden. Was gilt die Wette, daß dort keiner die Lippen gegen den *Banditenstreich* öffnen wird, alle jedoch sie sittiglich geschlossen demütig auf die Hand Elenas drücken werden, des friedensreichen montenegrinischen Nikolaus Tochter. Indes, Friedenskongresse sind in erster Linie durch Magenfragen und Freikarten bestimmt und bewegt; eine leichtere und freigebigere Hand der deutschen Regierung würde den friedlichen Ruf Deutschlands wesentlich verbessern können. Wie steht es aber — wenn wir vom Lächerlichen zum Ernst den Schritt wagen — mit dem internationalen Sozialistenkongreß? Gelegentlich des vorletzten Kongresses habe ich an dieser Stelle erküht einzuwenden, daß die internationale Versammlung nicht in der Lage sei Maßregeln gegen die Kriegsgefahr zu beschließen. Denn die Sozialdemokratie sei in den verschiedenen Ländern eine sehr verschiedene Größe, eine beherrschende Volksmacht eigentlich bloß in Deutschland und Westösterreich. Mitteleuropa könne sich die Hände nicht binden, wenn England und Rußland sie frei hätten. Was indes die romanischen und slawischen Sozialisten anlange, so seien sie entweder selbst so lebhaft national gesinnt oder von so starken nationalen Volksströmungen umgeben, daß sie unter den drohenden Zeichen eines herannahenden Krieges im wildauftobenden Meer der Leidenschaften eine zu Ruhe mahnende Gegenmeinung oder gar Gegenmaßregel nicht wagen könnten. Ich wurde wegen dieser Freimütigkeit damals übel angelassen. Allein die Wirklichkeit, die immer noch die allerschärfste Revisionistin ist und sogar Revisionisten von meinem Schlag links liegen läßt, hat inzwischen meine damaligen Erörterungen weit überholt. Ich meinte einen großen Krieg, der die Tiefen des Volkes aufrührt: Die Wirklichkeit hat gezeigt, daß die romanische Friedenentschlossenheit sogar

nicht Fuß beim Mal hält, wenn es sich bloß um die *Wüste von Tripolis* und durchaus nicht um die nationale Ehre handelt, daß in Frankreich alle Flöten schweigen, wenn der Marokkotrust mitten im Frieden einen Spaziergang nach Fes veranstaltet, und daß die Engländer, für die nicht einmal die romanische Erregbarkeit spricht, Sozialdemokraten und Arbeiterparteiern an den hervorragendsten Posten aufweisen, die kräftig die Kriegspauke mitschlagen.

Alle diese sind jedoch sehr feurige; sehr beredte Friedensfreunde und werden es bleiben. Engländer, Italiener, Franzosen — nicht zu vergessen der Frankobelgier, die sich letzthin für die Verteidigung des nichtbedrohten Belgiens gegen Deutschland sehr interessiert haben — werden auf dem kommenden Kongreß reden wie sie auf den früheren geredet haben. Sie würden es gar nicht verstehen, wenn man das verwunderlich fände. In allen romanischen Politikern lebt unentmischt von den Vorfahren her der Beisatz griechisch-römischen Rhetorenbluts. Und dem ist es eigen in jeder Lage und in allen wechselnden Lagen die entsprechend schöne Gebärde und das entsprechend schöne Wort zu finden. Schulung aber, die zur zweiten Natur geworden, läßt der Gebärde und dem Wort das innere Gefühl folgen. Man überzeugt sich selbst für den Augenblick wie die anderen. In Friedenstagen kann man am besten in heldischer Haltung die chauvinistischen Gedankengewohnheiten des Bürgertums herausfordern; der Chauvinismus ist zu solcher Zeit nicht mächtig genug, um gefährlich zu werden, und doch so breitspurig-sichtbar, daß er eine sehr dankbare Angriffsfläche für elegante Fechterübungen darstellt. Kommt jedoch der Krieg auf dunkelschattenden, blutigen Schwingen herangestürzt und weckt in allem Volk das Urgefühl der Gemeinschaft, dann heischt die Vorsicht nichts dawider zu tun, und das mitschwingende innere Gefühl rät sogar die Gebärde und das Wort zu wählen, die jetzt die kleidsamsten sind. Wir werden es immer wieder erleben, daß keine Macht der Erde in Sturmtagen das Gemeingefühl romanischer und slawischer Völker zu spalten vermag, daß überdies in Frankreich und in England die tragenden Gedanken der Machtpolitik so sehr durch ihr Alter das Gut aller geworden sind, daß sie im entscheidenden Augenblick auch aus denen reden, die sich sonst für Gegner jeder Machtpolitik halten. Wo ist der Franzose, für den der Alemanne zwischen dem Rhein und dem Wasgenwald nicht ein Gallier, und der Rhein nicht die natürliche Grenze wäre? Wo der Engländer, der nicht an die gottgegebene Vorherrschaft seines Vaterlands zur See glaubte? Und was hätten wir wohl zu schauen bekommen, wenn statt Tripolis Welschtirol das Kriegsziel Italiens wäre? Unter den Deutschen aller Klassen lebt kein Nationalgefühl, das mit dem der Romanen und Slawen eine vergleichbare Größe darstellte, keine Staatsgesinnung leiht ihnen undurchbrechbare Überlieferungen des politischen Denkens, und ihnen fehlt vor allem das Schauspielblut der Rhetoren. Wenn auf Kongressen die anderen sich an ihren schönen und erhabenen Wendungen he rauschen, wenn der unsterbliche M. Tullius Cicero in ihnen rumort, kramt der Deutsche Herzensmeinungen aus und entwickelt mit düsterm Ernst Lehren, denen er Überzeugungskraft für alle Fälle des Lebens beimißt.

Das ist ein sehr ungleicher Kampf. Und weil wir denn uns auch nicht mehr in absehbarer Zeit ändern werden, weil politisches Denken uns von Natur unzugänglich ist, weil die glückliche Beanlagung der Engländer, der Romanen und Slawen stets das als gerecht und edelmenschlich, als gesittungsnotwendig und fortschrittfördernd zu empfinden, was dem eigenen Volk nützlich ist:

weil diese eigentlich staatenbildende Kraft, die erst die Demokraticeen befähigt ihre internationalen Geschäfte ohne monarchische Bevormundung zu führen, weil sie uns einfach nach unserer angeborenen Art nicht erreichbar ist, weil wir nie aufhören werden die strengsten Richter und übelsten Nachredner unserer selbst zu sein, so ist alles, was wir von uns erlangen können, dies: die anderen nicht besser zu behandeln als uns selbst. Können wir am eigenen Wein den schlaffen, schläfrigen Sinn nicht herauschen, so sollen wir ihn nicht durch die Schaumschlägereien der rethorischen Seifenblasenkunst der Fremden blenden lassen. Und vielleicht sind wir schon auf dem Weg zu diesem uns Erreichbaren. Babels Rede auf dem Jenaer Parteitag war wirklich ein großer Schritt vorwärts. Babel kennt Koloniceen, die eine große wirtschaftliche Zukunft in ihrem Schoß tragen, er kennt ein Recht Deutschlands an diesen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten teilzunehmen, und er spricht über die Kriegsverhinderung Worte aus, denen das tripolitanische Abenteuer mit allem, was drum und dran ist, nachträglich das Siegel geschichtlich bewährter Wahrheit aufdrückt. Er macht auch den Anfang damit nicht die angebliche Angriffslust sondern nur die Unfähigkeit der deutschen Auslandspolitik einer berechtigten Kritik zu unterziehen. Wie gefährlich es wäre, weil den Kriegshetzereien des Auslands dienlich, wenn man an dem Wahn festhielte, die Faust sei mit Eisen gepanzert oder wolle gar dreinschlagen, so notwendig wird es eine Politik zu kennzeichnen, die, friedlich bis zum äußersten, durch ihr ornamentales Beiwerk von Schiffsendungen und rassenden Reden das deutsche Volk der Verleumdung der Gegner bloßstellt.

Die Italiener werden, wie früher die Engländer, kaum daß die blutigen Hände abgewischt sind, morgen schon untadelig in die Reihe der übrigen untadeligen Friedensbürgen Europas einrücken: Einziger Friedensstörer ist das deutsche Volk als das einzige, das nichts erobert und keine Kriege führt. Niemand wird sich die Mühe nehmen die zu unseren Ungunsten — zuungunsten des Volksganzen, also auch der Arbeiter — auf den Kopf gestellte Wahrheit wieder auf die Beine zu bringen, wenn wir es selbst nicht tun.

XX

MAX SCHIPPEL · DIE MAROKKOWIRREN UND UNSER SCHEINRADIKALISMUS

WER über eine längere und reichere Erfahrung in unserer parteigenössischen Entwicklung verfügt, konnte in den letzten Monaten abermals recht lehrreiche, freilich zugleich recht peinliche Vergleiche zwischen dem Einst und Jetzt unseres vermeintlichen Parteiradikalismus anstellen. Wenn man jüngst die Leipzig-Hallenser oder die Bremen-Solinger Parteiwächter über die Verschlaftheit und Lässigkeit des Parteivorstands beim Kriegsfeuerlöschen reden hörte, so schien das unerschütterlich aufgerichtete Prinzip wieder einmal der rückgratlosen bloßen Wahlstimmenpolitik, der gefällig schmiegsamen Rücksichtnahme auf unklare Mitläufer und gleichgültige Außenseiter entgegen zu stehen. Aber noch vor ein paar Jahren, als man von ganz anderer Seite weniger *Pomadigkeit* und mehr massenprotestierende Entrüstung empfahl, da wurde uns aus genau den selten radikalen Ecken heraus bewiesen, und zwar auf Grund der niemals irreführenden materialistischen Geschichtsphilosophie und des vielgerühmten proletarischen Eindringens in die *Mysterien der internationalen*

Staatskunst ganz unwiderleglich bewiesen: daß jedes übermäßige Betonen und Aufbauschen derartiger auswärtiger weltpolitischer Streitfragen lediglich die Allgemein Stimmung günstig für neue Flotten- und Rüstungsagitationen vorbereite, daß also möglichste Zurückhaltung auf diesem Gebiet den zielbewußt geleiteten proletarischen Klasseninteressen am besten entspreche. Ganz ähnlich wie das jüngst so bitter angegriffene bremsende Parteivorstandsmitglied in seinem privat-öffentlichen Briefwechsel: ein Mitglied eines Parteivorstands schreibt niemals private Briefe! Nur daß bei der vorigen Marokkoaktion der Hauptflaumacher nicht Molkenbuhr oder Ebert sondern — *Leipziger Volkszeitung* hieß. Und wenn man die Kriegswahrscheinlichkeit von damals und heute in Betracht zieht, so war doch eigentlich damals ganz anderer Grund zu Massenprotesten vorhanden.

Rufen wir uns zunächst die damalige weltpolitische Lage ins Gedächtnis zurück. Der letzte Zweifel an der »unsinnigen und verbrecherischen Politik Delcassés«, um mit dem *Vorwärts* selber zu reden, wurde im Oktober 1905 durch die Rede Jaurès' in Limoges beseitigt:

»Als es Delcassé gelungen war Frankreich in vertraulichere Beziehungen mit Italien und England zu bringen, gab er sich in diesem Rausch dem Gedanken hin der Mann der Revanche werden und Deutschland isolieren und zernieren zu können. Er sah sich am Ziel seiner Träume in einer zugleich dunklen und blendenden Perspektive als Sieger und als Rächer des Rechts, der die Integrität und die Oberherrschaft Frankreichs wiederherstellte. So zog er uns unwissend und mit gebundenen Händen hinter sich her auf die schlimmsten Katastrophen los. England hatte den Plan erraten, der das Gehirn unseres leitenden Ministers beschäftigte, und sich gerüstet ihm in der Stille auszubeuten. Die deutsche Industrie, der deutsche Handel bedrohen in stets höherem Maß auf allen Märkten der Welt den englischen Handel und Export. Es würde ein skandalöser Zynismus sein, wollte England Krieg gegen Deutschland erklären, lediglich weil es die deutsche Kriegsflotte zerstören und den deutschen Handel auf dem Grund der Ozeane begraben will. Doch wenn eines Tages ein Streit zwischen Frankreich und Deutschland ausbräche, wenn Frankreich Gründe des Rechts, Forderungen der nationalen Unversehrtheit erhöhe, dann könnte die Berechnung der kapitalistischen Klassen Englands sich hinter solchem vortrefflichen Vorwand verbergen und erfolgreich werden. So kam es, daß, als Marokkos wegen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland ausbrachen, und Deutschland, die geheime Absicht einer englisch-französischen Koalition ahnend, barsch eingriff, um die beiden Völker zu Erklärungen zu nötigen, England — ich bin gezwungen, dies zu sagen — nur zu sehr geneigt erschien zum Konflikt anzureizen. Es ist wahr, daß England sich an Frankreich in dem Augenblick, wo diese Ereignisse sich vollzogen, mit einem Defensiv- und Offensivbündnisvertrag gewandt hat, worin es uns seine volle Hilfe versprach, worin es sich verpflichtet nicht allein die deutsche Flotte zu vernichten sondern auch den Nordostsekanal und Kiel zu besetzen sowie 100 000 Mann englischer Truppen in Schleswig-Holstein zu landen. Wenn dieser Vertrag unterzeichnet wurde — und Delcassé wollte, daß er unterzeichnet werde —, so war das der sofortige Krieg.«

In der *Humanité* ergänzte Jaurès seine Rede in Limoges durch folgende, womöglich noch schärfere Verwahrungen:

»Entweder hat Delcassé durch die verbrecherischste und tollste Erfindung versucht seine Kollegen zu täuschen und sie zum Widerstand zu ermutigen — doch diese Hypothese ist zu kraß —, oder England hat sich in der Tat dazu verstiegen dem beginnenden und ungewissen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland eine furchtbare Bestimmtheit und einen furchtbaren Umfang zu verleihen. Das ist die Wahrheit, und Frankreich hat das Recht und die Pflicht über diese nunmehr unzweifelhafte Tatsache nachzudenken... Wir haben es also mit einem wohlüberlegten Plan zu tun. Dieser Plan erfüllt mich mit Entsetzen. So haben wir das Einvernehmen mit England nicht verstanden. Der Ernst des von Delcassé enthielten Zwischenfalls kann nicht gelegen werden. Delcassé hat

bei der englischen Regierung den Eindruck hervorgerufen, daß er zu allem bereit wäre, und die englische Regierung hat bei dem citlen Exminister die Rolle des Versuchers gespielt.«

Just zur rechten Zeit, gerade als brennende Lunte und volles Pulverfaß in unheimlichste Nachbarschaft gerückt waren, meldete sich nun eine parteigenössische *Kampfnatur* (zu jener Zeit R. M., nicht R. L., gezeichnet) mit den erregtesten Vorwürfen gegen die ganz grundlos und ganz gewissenlos händelstiftende — deutsche Regierung und gegen die angesichts solcher diabolischer Berliner Pläne allzu schlafmützige deutsche Parteileitung, die einer derart niedertrachterfüllten deutschen Regierung bei ihrer Auseinandersetzung mit der geschilderten Delcasséschen Politik nicht genügend Knüppel zwischen die Beine werfe und nicht hinreichend Fesseln an die Hände lege:

»So sahen die Sozialisten in Frankreich, England, Belgien und Italien mit schlecht verhohlenem Mißmut, daß in Deutschland die Dreimillionenpartei, die auf internationalen Kongressen sich für berechtigt hält den Genossen des Auslands gegenüber den Ton anzugeben, die Geschicke des deutschen Volkes der berufsmäßigen, vom Berliner Hof aus inspirierten kaiserlich deutschen Diplomatie in aller Seelenruhe überließ. In diesen entscheidenden Zeiten, wo es sich darum handelte, ob die Entwicklung des Sozialismus in Deutschland auf Jahre hinaus lahmgelegt werden sollte oder nicht, zeigte sich unsere Partei in vollendeter politischer Impotenz. Kein Leitartikel beinahe in der ganzen Presse, keine Versammlung, keine Demonstration! Erst als Genosse H. M. Hyndman, der Vertreter Englands im internationalen sozialistischen Bureau, mit scharfem Tadel eingriff und eine Sonderberatung des gesamten Bureaus in Sachen der Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich anregte, und die belgischen Mitglieder des Bureaus, Anseele und Vandervelde, den Vorschlag machten, die deutschen und französischen Genossen möchten sich auf neutralem Gebiet zu gemeinsamem Kongreß vereinen, und sich endlich Jean Jaurès für Berlin ansagte, ging unsere Partei aus ihrem merkwürdigen Still-schweigen heraus... War die Marokkogefahr wirklich nur Einbildung? Das ist die Frage, die uns scheidet... Wenn nun ein Mann wie Jaurès — und mit ihm die weitesten Schichten seiner Partei — von dem Vorhandensein einer Kriegsgefahr mit Deutschland in der Marokkoaffäre fest überzeugt war, so müssen wir ihm schon glauben, daß er diese Absicht aus einer tiefern Einsicht in die Sachlage der Dinge gebildet hat. Die deutsche Sozialdemokratie besitzt — es wäre ein Zeichen der Schwäche das aus Rechnungsträgerei auf Freund oder Feind leugnen zu wollen — bisher nur einen sehr geringen praktischen Einblick in die hohe Politik der deutschen Reichsregierung... Wenn also die französischen Sozialisten von einer Kriegsgefahr fest überzeugt waren und zur Vermeidung einer Verschärfung derselben all ihre Kraft einsetzen zu müssen glaubten, so ist mir das ein wertvoller Indizienbeweis für die Richtigkeit meiner Auffassung, ein größerer wie das — freilich auch nicht allzusehr zu unterschätzende — Kriegsgebrüll der Londoner Presse, ein größerer Indizienbeweis aber auch als es für die angebliche Irrtümlichkeit meiner Auffassung das Schweigen unserer Parteipresse gewesen wäre. Die erste Auffassung der Sachlage im Marokkokonflikt war aber nicht etwa nur den Franzosen oder den zurzeit in London lebenden, vom Kriegsgebrüll betörten Deutschen eigentümlich. Auch in Belgien, in England — es sei nochmals an Genosse Hyndman, der die Kriegsgefahr ausdrücklich konstatierte, erinnert! —, in Italien, überall da, wo die Genossen Führung und Gefühl mit der auswärtigen Politik besaßen, nahm man die Sache bitter ernst. Auch ausländische Genossen in Deutschland konnten sich, wie mir persönlich bekannt, den ernstesten Befürchtungen nicht verschließen. Nur die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie kaprizierte sich darauf, während außerhalb Deutschlands ein aus Empörung und Grauen gemischtes Zittern vor einem der furchtbarsten Menschenkriege, den die Weltgeschichte jemals erlebt haben würde, durch die Völker geht, von einer Kriegsgefahr nichts zu sehen und nichts zu hören. Diese Kaprixe, aus der sich, zum Teil wenigstens, die merkwürdige Bierruhe der deutschen Sozialdemokratie zu Zeiten der Kriegsgefahr ergeben haben mag — während eine von weiten Menschheitsideen getragene Agitation gegen die Regierung

und den Krieg hätte durch die Lande getragen werden müssen, die übrigens nebenbei auch von gewaltigster agitatorischer Wirkung gewesen wäre, die klaffertiefe Kluft zwischen Regierungspolitik und Arbeiterpolitik auch dem Blindesten sichtbar gemacht und die unendlich ersten und sittlichen Gesichtspunkte der Sozialdemokratie in internationalen Fragen mit aller Schärfe hätte betonen müssen — wäre nur dann, wenn auch nicht politisch klug, so doch immerhin verständlich gewesen, wenn die *Leipziger Volkszeitung* mit ihrer Behauptung, zu einem Krieg zwischen Deutschland und Frankreich um Marokkos willen hätten alle Entstehungsursachen gefehlt, und daß sich die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gegen einen solchen Krieg mit Händen und Füßen gesträubt haben würde, im Recht gewesen wäre. Das möchte ich aber für alle beide Behauptungen ganz entschieden bestreiten.«

In komischem Kontrast zu heutigen Parteiäußerungen nennt der *radikale* damalige Kritiker als internationalen Lord Feuerbrand den deutschen Kaiser, der, »wie männiglich bekannt, sowohl katastrophischen als pangermanistischen, expansionistischen Neigungen huldigt«. Wie männiglich bekannt...

Mit diesem Versuch zu flammenden Protesten gegen die friedienstörenden deutschen Regierungen aufzubeitschen fand jedoch zu jener Zeit *R. M.* bei dem kleinpariser Radikalismus an der Pleiße ganz und gar keinen Anklang. Nicht der gewohnten und gewünschten »Birrruhe« wegen, sondern weil man in Leipzig über »die großen historischen Bewegungen der europäischen Nationen urteilen zu können glaubte, und diese schienen uns eine Kriegsgefahr um Marokkos willen auszuschließen«:

»Bedeutete der Marokkolärm eine Kriegsgefahr für Zentraleuropa oder nicht? Michels [*R. M.*] bejaht diese Frage, wir [!] verneinen [!] sie. Das wäre an sich nun nichts Besonderes. Bezeichnend aber und deshalb der Diskussion wert ist die verschiedene Methode, mit der wir zu unseren verschiedenen Anschauungen gelangen. Genosse Michels beruft sich auf einzelne Personen, denen er besondere Kenntnisse oder besonderen Einfluß auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zuspricht, wie Jaurès und Wilhelm II., um aus der geistigen Verfassung dieser Persönlichkeiten die weitgehendsten Schlüsse zu ziehen. Zu diesem Zweck ist Genosse Michels genötigt etwas Seelendiagnose zu treiben, also ungefähr das unsicherste Studium, das sich denken läßt... Für die Sozialdemokratie kann es sich unseres Erachtens ganz und gar nicht darum handeln, wie Genosse Michels schreibt, »das Dunkel der Nacht der Stimmungen und Strömungen innerhalb unserer Regierungsschichten« zu lichten. Unsere grauen Regierungskatzen, die sich im Dunkel dieser Nacht herumtollen, interessieren uns sehr wenig. Viel wichtiger ist es für uns das zu erkennen, was sich am hellen lichten Tag vollzieht... An die Stelle einzelner Personen und ihrer psychologischen Durchforschung setzten wir die Betrachtung der materiellen Verhältnisse, und wir kamen zu dem Schluß, daß von einem Krieg in Zentraleuropa keine Rede sein kann... Und wenn er uns den Genossen Jaurès gewissermaßen als *Sachverständigen* auf dem Gebiet der auswärtigen Politik vorführt, so möge er sich des treffenden Wortes entsinnen, das der alte Ziegler einst prägte: Die *Sachverständigen* haben sich immer blamiert. Auch für den Genossen Jaurès scheint uns das zuzutreffen. Er hat eben sich so sehr »mit den hinter den Kulissen vor sich gehenden Ereignissen im Marokkokonflikt«, mit der Haltung des Berliner Hofes und ähnlichem Schnickschnack abgegeben, daß er den Blick für die tatsächlich entscheidenden Faktoren, die großen weltwirtschaftlichen Kräfte, aus dem Auge verloren hat... Seine Seelenanalyse von Jaurès und Wilhelm II. ist möglicherweise sehr scharfsinnig und zutreffend — darüber können wir nicht urteilen —, aber worüber wir urteilen zu können glauben, das sind »die großen historischen Bewegungen der europäischen Nationen«, und diese schienen uns eine Kriegsgefahr um Marokkos willen auszuschließen...«

»Freilich fielen unsere Ausführungen über die Marokkopoße etwas anders aus als sie Genosse *R. M.* gewünscht hätte, aber deshalb ist er immer noch nicht berechtigt von einer »vollendeten politischen Impotenz« zu reden. Wir standen von jeher und stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Marokkoffäre niemals eine ernste Kriegsgefahr für Frankreich und Deutschland bedeutet hat. Man mag über die Bülow und Rouvier so niedrig denken wie man will — und die Gefahr die Herren zu überschätzen ist auch bei uns nicht gerade akut —, so darf man

sie doch nicht für so ausgemachte Tröpfe halten, daß sie um der Holzbirne Marokko willen einen Weltbrand entzünden könnten. Das Kriegsgeschrei war freilich groß, und speziell wer in jener Zeit in England gelebt hat, bekam von früh bis spät die Ohren voll von der dröhnenden Blechmusik der angelsächsischen Presse *Krieg gegen Deutschland!* Aber ist es nicht die erste Pflicht eines ernsthaften Politikers sich durch derartiges Geschrei nicht in seinem Urteil beeinflussen zu lassen, in solchen Situationen vielmehr erst recht ruhig Blut zu bewahren und durch die schäumende Oberfläche hindurch auf den Grund der Dinge zu schauen? Was hätte er aber da gesehen? Daß nicht der geringste Grund zum Krieg zwischen Frankreich und Deutschland vorlag... Einen solchen Krieg wagt kein noch so windiger Diplomat, denn er weiß, daß er damit den Vulkan zur Explosion bringen würde, auf dem die herrschenden Klassen tanzen. Überlassen wir es doch den literarischen Hausknechten Bülow und Rouviers ihren Herren und Meistern wegen der Erhaltung des Weltfriedens zu gratulieren, der tatsächlich niemals gefährdet war.«¹⁾

Erläuternd sei zu diesen geistvollen Bemerkungen unseres Theophrastus Bombastus Grundgucker eingeschaltet, daß bis zu jener Zeit nur unbestimmtere Äußerungen von Jaurès vorlagen, und daß die oben zitierten Anschuldigungen, die nach Jaurès auf den zweifelfreiesten Informationen seitens dreier Ministerkollegen Delcassés selber beruhten, erst ein paar Monate später erhoben wurden. Aber selbst dann ließ sich das zielbewußte Leipzig nicht aus seinem Gleichmut aufbringen, und die seelenruhig wiederholte Verwahrung gegen alle überflüssigen Entrüstungskundgebungen und Proteste steht vollends in schreiendem Gegensatz zu der heutigen Haltung unseres radikalen Scharfmacherflügels, wie sie diesmal mit dem Artikel *R. L.s* in der selben *Leipsiger Volkszeitung* eingeleitet und mit den Ledebourschen Episteln gegen den Parteivorstand fortgeführt wurde:

»Wir haben allerdings triftigsten Anlaß uns nicht den lächerlichen Phantastereien hinzugeben, als hätte Europa sich in einen Krieg stürzen können, wie er possierlicher noch niemals dagewesen wäre... Wenn zwischen solchen Leuten einiges törichte Zeug hin und her getratscht wird, so steht Europa deshalb so wenig am Vorabend eines Weltbrands als wenn mit einem Streichholz Berlin oder Paris oder London angezündet werden sollte... Den schönen Theaterdonner darüber, daß eine Handvoll Diplomaten Europa an allen vier Ecken anzünden könne, überlassen wir den bürgerlichen Aufklärern und Friedensschwärmern, so viel es deren noch geben mag. Wir haben von unseren großen Denkern gelernt, daß es bei der Frage von Krieg und Frieden, wie Lassalle einmal an Engels schreibt, stets auf die objektive Lage und Situation ankommt, das heißt also auf Dinge, mit denen alles diplomatische Material von der Welt gar nichts zu schaffen hat. Selbst bei den Kriegen des 18. Jahrhunderts, die man gemeiniglich *Kabinettskriege* zu nennen pflegt — was sie nur der Form nach waren, im Wesen der Sache waren es Handelskriege —, spielt die Diplomatie eine untergeordnete Rolle, geschweige denn bei den Kriegen seit der großen französischen Revolution, bei denen — um sie führen zu können — immer ein je nachdem falsch oder richtig verstandenes Lebensinteresse der Massen ins Spiel gebracht werden mußte... Überlassen wir also der bürgerlichen Presse die sensationelle Aufbauschung des ganzen Delcassérummels und halten wir uns an unsere Prinzipien, die uns auch praktisch die sichersten oder vielmehr die einzig sicheren Wegweiser sind. Die europäische Diplomatie mag keinen Schuß Pulver wert sein, aber wenn die Delcassés leichtgläubige Toren sind, so brauchen wir nicht die leichtgläubigen Opfer der reaktionären Schwarzmalerei zu werden, in der sich die Soldschreiber der Bülow gefallen!«²⁾

Während jener, wirklich kritischen Periode bestand also die geistige Überlegenheit des *Radikalismus* gegenüber dem schwachen sanftlebigen Fleisch des Opportunismus vor allem darin keine Kriegsgefahr anzuerkennen, sogar an der Hand der sicher führenden Prinzipien die Unmöglichkeit aller ernsteren

¹⁾ Siehe die *Leipsiger Volkszeitung* vom 28. Juli, 5. und 7. August 1905.

²⁾ Siehe die *Leipsiger Volkszeitung* vom 14. Oktober 1911.

Marokkoge fahren zu beweisen und in der grundlosen Aufregung über dunkle Kriegswolken nichts weiter als die mittelbare Unterstützung der Flotten- und Rüstungsagitationen zu erblicken. Das alles läuft, wie man sieht, ungefähr auf das selbe hinaus, wie neulich das Schreiben Molkenbuhrs. Das unerschütterlich aufgerichtete *Prinzip* hat sich also in Wahrheit wieder einmal als eine sehr drehfähige Wetterfahne entpuppt. Oder sollte es mit unserm *Einblick* in die Mysterien der Staatskunst noch immer etwas hapern?

XX

AUGUST ERDMANN · NATIONALLIBERAL-ULTRAMONTANE KOALITION IM WESTEN?



ETZTHIN ist durch die Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf die Aufmerksamkeit wieder auf die politischen Verhältnisse im industriellen Westen gelenkt worden, wo in Riesenwahlkreisen 3 große Parteien: Sozialdemokratie, Nationalliberale und Ultramontane, um die Herrschaft mit einander ringen. Bis zur Mitte der neunziger Jahre standen sich im eigentlichen Industriegebiet (Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund) Nationalliberale und Ultramontane gegenüber, die Sozialdemokratie gelangte erst mit der Reichstagswahl 1893 zu einiger Bedeutung, und 1895, bei einer Nachwahl in Dortmund, kam der erste Sozialdemokrat, Lütgenau, aus dem Industriegebiet in den Reichstag. Von da ab rückte die Sozialdemokratie in die Stichwahl, die sie zum Teil dann bei weiteren Wahlen erfolgreich bestand (1903 und 1907 in Dortmund und Bochum, 1907 in Duisburg). Die Sozialdemokratie war für die Liberalen wie für die Ultramontanen der gemeinsame und schlimmere Feind geworden. Dazu kam, daß Mitte der neunziger Jahre das Zentrum im Reichstag die ausschlaggebende und regierende Partei wurde und sich in dieser Lage veranlaßt sah seine bisherige Oppositionsstellung aufzugeben und sich eines von guter Gesinnung zeugenden Tones zu befleißigen. Die ultramontanen Draufgänger vom Schlag eines Fusangel traten mehr und mehr zugunsten einer staats- und geschäftsmännisch kühler und vorsichtiger rechnenden Zentrumspolitik zurück. Klerikale und Liberale begannen einander sich zu nähern: zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes und zur Verfechtung gemeinsamer Interessen.

Zunächst blieb die Annäherung wohl nur der Wunsch der führenden Leute auf beiden Seiten. Aus der Masse ließ sich die jahrzehntelang genährte Erbitterung nicht so ohne weiteres austreiben und in brüderliche Gesinnung umimpfen; dafür äußerten sich den Arbeitern und kleinen Leuten die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze doch zu augenfällig, und dafür haftete bei dieser für religiöse Eindrücke zum Teil noch sehr empfänglichen Bevölkerung die kulturkämpferische Erinnerung doch zu fest. Die Liberalen und die Ultramontanen kämpften also den alten Kampf weiter, und bei der Wahl von 1903 konnte man in der Presse der beiden Parteien noch die heftigsten Artikel gegen einander lesen. Die *Kölnische Zeitung* brachte im April 1903 einen Artikel, worin sie dem Deutschen Reich das Los der romanischen Völker voraussagte, »die unter dem harten Joch einer unduldsamen Priesterherrschaft geistig verblödet und wirtschaftlich verkümmert sind«. Das Blatt sagte den Untergang »allen politischen Gruppen« an, die sich »zu Heloten des Zentrums herabwürdigten«. Der »blöden Verdorrungspolitik« des Zentrums gegenüber müsse »die bisherige Gutmütigkeit ein Ende nehmen, womit der gemäßigte Liberalis-

mus bisher unter Umständen einen Zentrumsmann herausgehauen hat. Durch aktive oder passive Hilfe der Nationalliberalen darf unter dieser Voraussetzung kein Zentrumsmann in den Reichstag einziehen.«

So und noch schlimmer las man es in der Zentrums Presse des Westens gegen die Liberalen. Aber der Zorn war, verraucht, als die Hauptschlacht geschlagen war, die Sozialdemokratie in der Hauptwahl 58 Mandate gewonnen und in der Stichwahl einen weitem Zuwachs zu erwarten hatte. Da trat die *Kölnische Zeitung*, die vorher die Parteien verflucht hatte, die sich »zu Heloten des Zentrums herabwürdigen«, mit Feuer und Flamme dafür ein, daß für die Stichwahl die Sozialdemokratie als der weitaus größere Feind des deutschen Volkes und des Liberalismus in erster Linie zu bekämpfen sei. Und die Nationalliberalen in Essen, die vor der Hauptwahl nicht minder arg auf die *Schwarzen* losgehauen hatten, bekehrten sich ebenfalls und forderten ihre Wähler auf bei der Stichwahl »ihre Stimme nicht zugunsten des Vertreters der Sozialdemokratie abzugeben«. Denn es dürfe, so hieß es in dem Aufruf, »doch nicht vergessen werden, daß der gemeinsame Feind, der . . . durch die wüste und vergiftende Art der Agitation die Volksrechte in gefährlichster Weise in Frage stellt, die revolutionäre Sozialdemokratie ist. Diesen Feind abzuwehren erscheint im Augenblick als die hauptsächlichste politische Notwendigkeit.« Im übrigen wurde in den einzelnen Wahlkreisen ein lustiger Kuhhandel getrieben. So war in Dortmund bei den Reichstagswahlen 1898 zwischen den Nationalliberalen und den Ultramontanen eine Abmachung getroffen worden, wonach das Zentrum sich gegen Zugeständnisse bei den Gemeindewahlen verpflichtete in der Stichwahl für den Liberalen einzutreten. Die Abmachung wurde 1903 mit der Erweiterung erneuert, daß die Liberalen sich verpflichteten bei künftigen Reichstagsstichwahlen in Dortmund, wenn das Zentrum in die Stichwahl komme, für dieses zu stimmen. Die Dortmunder Zentrumsführung handelte 1903 bei der Stichwahl diesem Pakt zuwider, worauf dann die Liberalen die Abmachung in Sachen der Stadtratssitze für ungültig erklärten. Gesinnung und Überzeugung kamen, seitdem die Sozialdemokratie als der gemeinsame und schlimmere Feind erkannt worden war, bei den politischen Vereinbarungen der Liberalen und Ultramontanen nicht mehr in Betracht.

Die Geschehnisse, die im Dezember 1906 zur Auflösung des Reichstags führten, brachten es mit sich, daß diesmal der Wahlkampf der Liberalen sich weit mehr gegen den *schwarzen* als den *roten* Gegner wandte. Die *Kölnische Zeitung* richtete ihre Wahlartikel mit besonderer Wucht gegen das Zentrum; die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, das scharfmacherische Blatt der Gruben- und Hüttenherren, rechnete mit unverkennbarer Schadenfreude mit dem Verlust der städtischen Zentrumswahlkreise an die Sozialdemokratie, und ein Mann von so tadellos nationaler Gesinnung wie Exzellenz Hamm, der frühere Oberlandesgerichtspräsident von Köln, hielt es für ganz sicher, daß das rheinische Rom diesmal den Sozialdemokraten zufalle, das heißt, daß seine Kölner Parteifreunde am 5. Februar *rot* wählen würden. Freilich, bei den Nationalliberalen sind die Taten umso schwächer, je stärker die Worte sind, und zumeist ergeben die Taten das Gegenteil der Worte. So auch bei der Reichstagswahl von 1907. Man wartete nach dem 25. Januar merkwürdig lange auf die Ausgabe der Stichwahlparole, sowohl bei den Ultramontanen wie bei den Nationalliberalen. Statt dessen erfuhr man, daß Verhandlungen zwischen beiden Parteien im

Gang seien. Diese Verhandlungen haben sich, wie man später durch die Mitteilungen eines Führers der rheinischen Nationalliberalen, des Professors Moldenhauer in Köln, erfuhr, wie folgt zugetragen: Am 28. Januar fanden in Düsseldorf Beratungen der nationalliberalen Parteivorstände von Rheinland und Westfalen über die Stichwahlen statt. Es kam zu dem Beschluß Duisburg und Bochum, wo die Nationalliberalen in Stichwahl standen, gegen Essen und Düsseldorf abzuwägen, wo das Zentrum in Stichwahl stand; Köln dagegen sollte aus dem Abkommen ausgeschieden werden. Nun legte das Zentrum gerade besonderes Gewicht auf Köln und die Wiederwahl Trimborns, und die nationalliberale Parteileitung in Berlin sprach den Kölnern den Wunsch aus in dieser Frage dem Zentrum so weit wie eben angängig entgegenzukommen, damit überhaupt das Abkommen ermöglicht werde. Die Kölner Nationalliberalen sagten auch zu und beschlossen für die Stichwahl die Stimmabgabe freizustellen. An einer ausgesprochenen Unterstützung Trimborns hinderten die Kölner Jungliberalen, die sich nicht dazu verstehen konnten in dem Zentrum das kleinere Übel gegenüber den Sozialdemokraten zu erblicken. Nun übernahm der rheinische Oberpräsident, Freiherr von Schorlemer, die Vermittlerrolle, um Nationalliberale und Zentrum einander näher zu führen. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei entsandte den Abgeordneten Semler, um die Kölner Parteifreunde gefügig zu machen. Schließlich ließen sich die Kölner Nationalliberalen breitschlagen und erklärten sich bereit zur Unterstützung Trimborns aufzufordern. Das Zentrum verlangte, daß dies in einer sofort einzuberufenden öffentlichen Wählerversammlung geschehe; das wurde von den Nationalliberalen abgelehnt, weil »vermutlich linksliberale Heißsporne für den Sozialdemokraten und gegen das Zentrum reden und dadurch die Erbitterung nur noch schüren könnten«. Auch stellte das Zentrum Forderungen auf Einbeziehung weiterer Wahlkreise in das Stichwahlabkommen, die die Nationalliberalen nicht glauben bewilligen zu dürfen, und so scheiterten denn, trotz des guten Willens der Führer, die Verhandlungen.

Das Zentrum verkündete für alle im Westen in Betracht kommenden Kreise, wo Liberale und Sozialdemokraten in Stichwahl standen, Wahlenthaltung; das selbe taten die Liberalen für Essen und Düsseldorf, während sie in Köln ihren Anhängern anheimstellten, ob sie für Zentrum oder für die Sozialdemokratie stimmen wollten. Aber diese Wahlparole hinderte nicht, daß die Liberalen zum großen Teil ihre Abneigung gegen den ultramontanen Erb- und Erzfeind vergaßen und nach Kräften das Zentrum in der Stichwahl unterstützten. In Düsseldorf hat kein Liberaler für die Sozialdemokratie gestimmt, während der Zentrumsman noch 4000 liberale Stimmen einheimste; in Köln fielen unserm Kandidaten in der Stichwahl 3000, dem Zentrumsman 4000 liberale Stimmen zu; in Essen blieb der Stimmenunterschied der beiden Stichwahlgegner gleich, da der Sozialdemokrat wie der Ultramontane jeder 6000 liberale Stimmen erhielt. Umgekehrt gaben die führenden Zentrumsleute sich in Duisburg, Bochum und Dortmund alle erdenkliche Mühe die ultramontanen Wähler von der Stimmabgabe für den Sozialdemokraten abzuhalten, doch ohne Erfolg; manches Tausend katholischer Arbeiter hat in den genannten 3 Wahlkreisen bei der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt, während die *besseren* Katholiken die Stimmenzahl der Liberalen vergrößern halfen. In Lennep-Mettmann und Elberfeld-Barmen sind die Ultramontanen trotz ihrer Stichwahlparole offen für den liberalen Kandidaten eingetreten und haben dadurch den Sozialdemokraten zu Fall gebracht. Jedenfalls steht fest, daß 1907 bei den Nationalliberalen

und Ultramontanen in Rheinland-Westfalen der Wille bestand in der Stichwahl das Industriegebiet unter einander aufzuteilen: ohne Rücksicht darauf, daß man sich in der Hauptwahl gegenseitig als den schlimmsten Feind aller heiligen Güter bezeichnet hatte.

Wofür seit 1898 gearbeitet wurde, und was 1907 der Verwirklichung nahe war, das wird jetzt mit Eifer für die Reichstagswahl 1912 angestrebt. Die ultramontane Presse des Westens, die *Kölnische Volkszeitung* voran, bemüht sich, je näher die Wahlen kommen, desto angelegentlicher um den Nachweis, daß das Zentrum keineswegs, wie man zu behaupten pflege, industrie-feindlich sei, daß es die Bedeutung der Industrie für Deutschlands Wohlergehen durchaus anerkenne und auch dafür eintrete, daß ihr in den Parlamenten ein größerer Einfluß als bisher eingeräumt werde. Eine im Bachemischen Verlag in Köln publizierte Schrift des Aachener Fabrikanten und Zentrumsmanns Albert Kern *Die Industrie, ihre Bedeutung und ihre Lasten* ergänzt diese Gedanken noch durch den allen Scharfmachern willkommenen Nachweis, daß angeblich die deutsche Industrie übermäßig belastet sei und mit der Sozialreform endlich Halt gemacht werden müsse. Und die christlichen Gewerkschaften überboten sich an Beteuerungen, daß sie beileibe nicht daran denken dem Unternehmertum ihre Stellung im Wirtschaftsleben streitig zu machen.

Im August 1910 brachte die *Kölnische Volkszeitung* einen Artikel *Gibt's keinen Damm gegen die rote Flut?*, worin dargelegt wurde, die bürgerlichen Parteien müßten sich trotz aller Verschiedenheit der Richtung doch bewußt bleiben, »daß die Sozialdemokratie sie alle am stärksten bedroht«, und sie müßten sich darum »bei der Stichwahl nach Möglichkeit verständigen«. Eine solche Verständigung vor den Stichwahlen liege im Interesse aller bürgerlichen Parteien, namentlich aber der Liberalen, und sie werde, wenn auch das nächste Mal erst in einigen Teilen des Reichs, sicher erfolgen, sobald die Liberalen sähen, daß sie ohne Gegenleistung keine Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie erhalten würden. Wollten aber die Liberalen in ihrer Verblendung den Sozialdemokraten alle Kreise, in denen diese mit dem Zentrum oder der Rechten in Stichwahl stehen, ausliefern, so würden auch diese Parteien die Liberalen ihrem Schicksal überlassen. Von einer solchen Verständigung erhofft das Blatt eine günstige Wirkung auf die politischen Gesamtverhältnisse; wenn diese, so meint es, »sich in praktischer Arbeit wieder zusammenfinden, dann wird allmählich auch wieder Beruhigung und Überlegung der verhetzten Volksmassen zurückkehren, und die rote Springflut zurückebben«. Im selben Sinn der Versöhnung den Nationalliberalen gegenüber drückte sich im Januar 1911 auf der Generalversammlung des *Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse* der *Volksvereinsdirektor* Dr. Brauns aus, der es im Interesse der Gesundung unseres politischen Lebens für unbedingt erforderlich erklärte, daß wenigstens ein Teil der Nationalliberalen zur »rechts stehenden positiv arbeitenden Mehrheit« herangezogen werde. Der Redner meinte, es komme nun darauf an, daß vom Zentrum alles getan werde, »um den rechts stehenden liberalen Kreisen wieder das Zusammengehen mit uns und den Konservativen nahe-zulegen«, dementsprechend müsse bei den Reichstags- und Landtagswahlen gehandelt werden. Die »rechtsstehenden« Kreise im Liberalismus umfassen die Großindustrie, die Hütten- und Zechenbesitzer am Rhein, an der Ruhr und an der Saar, mit einem Wort: das Scharfmachertum in seiner höchsten Vollendung. Dem Bund der Klerikalen und Agrarkonservativen sollen sich

die Industriekonservativen gesellen, um die Herrschaft ihres Blocks zu festigen und, worauf es zunächst ankommt, dem Zentrum den Besitz der städtischen Mandate im Westen sichern. Und der rechtsstehende Teil der Nationalliberalen zeigt sich diesem Plan gar nicht abgeneigt. Vorläufig legt er es darauf an sich als den Gebenden, das Zentrum als den Empfangenden hinzustellen und der Gegenseite recht eindringlich die Gefahr der Lage zu Gemüt zu führen. Diese Gruppe der Nationalliberalen treibt Bosheitspolitik. Bei der Stadtverordnetenwahl in Essen Ende 1910 hat ein Teil des liberalen Anhangs in der Stichwahl der 3. Abteilung für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt. Die *Kölnische Zeitung* nannte das ein »Warnungszeichen« für die Ultramontanen, eine »starke Mahnung an das Zentrum in seiner Kampfesart Zurückhaltung zu üben und sein Auftreten daraufhin zu revidieren, ob mit ihm ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen zu ermöglichen ist«. Und die parteiamtliche *Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz* gibt dem Zentrum einen deutlichen Wink, daß Düsseldorf nicht als »verloren gegangene Hochburg« zu betrachten sei, wenn es nur »die Lehren aus dieser interessanten Nachwahl zu ziehen« wüßte, das heißt sich für die nächsten allgemeinen Wahlen zu einem Stichwahlbündnis herbeilasse. Das ist ein noch deutlicheres »Warnungszeichen«. Während die Fortschrittler bei der Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf beschlossen sofort in der Hauptwahl für den Sozialdemokraten zu stimmen, verkündeten die Nationalliberalen Wahlenthaltung. Sie wollten freie Hand für 1912 behalten, sie wollten durch diese, sich auf den spärlichen Rest des gegenwärtigen Reichstags erstreckende Wahl keine hinderlichen Verpflichtungen für die Zeit eingehen, da es sich um größere Dinge handelt; vor allem aber — so lag es in der Absicht der Führer — wollten sie dem Zentrum einen Denkkzettel geben, was es im Westen zu gewärtigen hat, wenn es nicht beizeiten eine Verständigung mit den Nationalliberalen für 1912 nachsucht. Die konservativen und freikonservativen Blätter haben das Verhalten der Nationalliberalen scharf verurteilt und es als eine Schmach bezeichnet, als auch nach dem für das Zentrum so blamablen Ausgang der Hauptwahl die Nationalliberalen sich nicht erweichen ließen den Klerikalen beizuspringen. Das Zentrum appellierte gar beweglich an die Königstreue, an die Vaterlandsliebe und andere Tugenden, und es schilderte dem nationalliberalen Philister die Sozialdemokratie röter noch als rot; mit der Entscheidung der Nationalliberalen in Sachen Düsseldorf falle auch die Entscheidung über Duisburg, Bochum und Dortmund, wo das Zentrum zwischen Sozialdemokratie und Nationalliberalismus den Ausschlag zu geben habe, und es bedürfe keiner weitem Ausführung, daß die Auslieferung Düsseldorfs an die Sozialdemokratie ihren Schatten auch noch auf andere Wahlkreise werfen werde. Es half nichts. Die Nationalliberalen blieben diesmal fest. Gleichwohl wird der Zorn des Zentrums über die Vorgänge in Düsseldorf bald verraucht sein. Düsseldorf ist für 6 Wochen hin. Das ist schlimm, nicht wegen der parlamentarischen Folgen, aber deswegen, weil der Fall gezeigt hat, daß der Zentrumsturm doch nicht so unerschütterlich dasteht wie die Zentrumslieder künden. Und darüber mögen die Ultramontanen manchen Fluch und manchen Seufzer haben fahren lassen. Aber wenn es gilt nicht 1 sondern 3 oder 4 Wahlkreise im Westen, und zwar nicht auf 6 Wochen sondern auf 5 Jahre zu retten, dann verzeiht man demjenigen, den man zur Hilfe braucht, schon eine kleine Bosheit, wenn man hofft, daß sie geschah, um die Freundschaft desto fester und dauernder zu ketten.

Soll diese Zentrumshoffnung in Erfüllung gehen? Ob die Berechnung der Führer so glatt aufgehen, ob sich die Wählerschaft so folgsam gruppieren wird, wie das mit den Ziffern auf dem Papier möglich ist, darüber darf man doch wohl noch einige Zweifel hegen. Die nationalliberale Partei ist keine in ihren Interessen und Anschauungen gleichartige Masse. Die großen Herren von der Industrie mögen wohl auf den Pakt mit dem Zentrum hinarbeiten. Aber die Masse der nationalliberalen Wähler dürfte denn doch nicht so ohne weiteres ihre politische Haltung durch die Interessen der Herren von der Großindustrie und durch die Wünsche strebsamer Parteiführer bestimmen lassen. Den Kölner Jungliberalen ist es zuzuschreiben, daß 1907 das Stichwahlabkommen für Rheinland-Westfalen nicht zustande kam, und die Zahl der kapitalistisch minder oder gar nicht interessierten Parteigänger, die aus politischen und kulturellen Gründen im Zentrum den schlimmern Feind sehen, ist seit 1907 im nationalliberalen Lager unzweifelhaft gewachsen. Wer die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, der weiß, daß bei der Masse der liberalen Wähler sich in den letzten Jahren die Stimmung gegen das Zentrum wesentlich verschärft hat, und man kann daher als gewiß annehmen, daß die Stichwahlfrage unter den Nationalliberalen sich nicht so glatt erledigen sondern im Gegenteil zu heftigen Auseinandersetzungen führen wird. Vielleicht darf man hoffen, daß die Zahl derjenigen, die in Düsseldorf aus ehrlicher Zentrumsfeindschaft beiseite gestanden oder für den Sozialdemokraten gestimmt haben, doch größer ist als die Zahl derer, die damit nur ein »Warnungszeichen« geben, das heißt die Bereitwilligkeit bekunden wollten gegen angemessene Belohnung demnächst das Zentrum herauszuhauen. Und vielleicht sind diese Elemente nicht nur zahlreich sondern auch mannhaft genug ihre Meinung und ihren Willen gegen die reaktionäre Seite durchzusetzen. Vielleicht auch vermögen sie ihre nach rechts neigenden Parteifreunde zu überzeugen, daß es Wahlkreise gibt, in denen die Sozialdemokraten den Ausschlag zugunsten von Nationalliberalen geben können, und daß eine allzu offensichtliche Hinneigung der Nationalliberalen zur konservativ-klerikalen Allianz nicht geeignet ist die Stimmung unter den sozialdemokratischen Wählern günstig zu beeinflussen. Die *Kölnische Zeitung* hat jüngst geschrieben, es sei am besten die Stichwahlen »als ein Parteigeschäft zu betrachten und Stimmgabe wie Stimmenthaltung allein danach einzurichten, wie weit sie der eigenen Partei und ihren Idealen von Nutzen sind«. Wenn das die Meinung der Nationalliberalen ist, werden sie hoffentlich einiges Verständnis dafür gewinnen, daß die Sozialdemokraten für ihre Stichwahlhaltung den Nationalliberalen gegenüber auch die Stichwahlhaltung der Nationalliberalen den Sozialdemokraten gegenüber mit in Betracht ziehen:

XX
**HENDRIK SPIEKMAN · DAS LANDARBEITER- UND
 KLEINGRUNDBESITZPROBLEM IN HOLLAND**

I



INE der schwierigsten, kompliziertesten und am schwersten lös-
 baren Fragen für die sozialdemokratischen Parteien aller Länder
 wird, wie deutlich ersichtlich ist, die Landarbeiterfrage werden. Die
 Landarbeiterfrage: das heißt die Frage, wie man diese beträchtliche
 Arbeiterschicht dauernd organisieren, und mit welchen Mitteln man
 für eine ökonomische Hebung und erhöhte wirtschaftliche Unabhängigkeit der

Landarbeiterschaft wirken könnte, ohne in Widerspruch mit den grundlegenden sozialistischen Prinzipien zu geraten, wie wir sie bisher verkündet und in unseren Programmen niedergelegt haben.

Freilich nimmt diese Frage in den verschiedenen Ländern auch verschiedene Gestalt an, je nach den vorhandenen Besitzformen und den bestehenden ländlichen Verhältnissen; historische wie psychologische Einflüsse spielen mit dabei eine Rolle. Aber früher oder später sieht sich doch die Sozialdemokratie aller Länder vor die Notwendigkeit gestellt praktische Arbeit für die Organisation und für eine Hebung und Erhöhung der Unabhängigkeit der Landarbeiterschaft leisten zu müssen, und sofort erhebt sich vor ihr das Problem: Sollen wir die Landarbeiter in ganz gleicher Weise organisieren wie die Industriearbeiter, sollen wir sie mit den Mitteln der industriellen Arbeiterbewegung organisieren, das heißt in einem Zentralverband mit Streikfonds und Unterstützungswesen, der für Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung usw. kämpft, und sollen wir darin so lange ausharren, bis die Massen der Landarbeiter den anderen organisierten Arbeitern eingereiht sind? Oder ergibt sich aus der Erfahrung mit derartigen Organisationsversuchen, das heißt schließlich, ergibt sich aus den besonderen Verhältnissen der Landarbeiterschaft, daß es eine reine Unmöglichkeit ist in Ländern mit nicht vorherrschendem Großgrundbesitz solche Organisation zu gründen und auszubauen, so daß nach anderen Mitteln gegriffen werden muß, um dem gleichen Zweck zu dienen und das gleiche Ziel zu erreichen? Und da drängt sich uns unwiderstehlich die Frage auf: Existiert für uns überhaupt ein anderer Weg als jenen Arbeitern durch gesetzgeberische Mittel ein Stück Boden zur Verfügung zu stellen, und zwar gegen eine so niedrige Pachtsumme, daß sie darauf mindestens einen großen Teil ihrer Lebensbedürfnisse selbst erzeugen und darüber nach eigenem Belieben verfügen können, so daß sie wenigstens zum Teil von den Großgrundbesitzern oder Grundherren unabhängig werden?

Aber sobald man eine Lösung der Frage in dieser Richtung sucht, steigen neue Probleme vor uns auf. Werden die Landarbeiter, denen man Grund und Boden verschafft, nicht zu Kleinbauern? Werden sie, sobald sie einmal teilweise ihre Existenz auf eigenem Grund finden, nicht unaufhaltsam danach streben so viel Boden in ihren Besitz zu bringen, daß sie völlig unabhängig von dem Arbeitgeber werden? Und ist es nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, die ja die Befreiung der Arbeiter aus der Lohnarbeit anstrebt, die Arbeiterlandnutzer in diesen Wünschen zu unterstützen? Wiederum, wenn die Partei so handelt: muß sie dann nicht fürchten, daß sie selber mit-hilft aus den Landarbeitern Kleinbesitzer zu machen, sie der Arbeiterbewegung vollständig zu entfremden, und verstößt sie dann also nicht gerade gegen die allerersten elementarsten sozialdemokratischen Grundsätze?

Es scheint nun, daß die sozialdemokratische Partei des einen Landes in dieser Frage weniger Schwierigkeiten zu überwinden hat oder wenigstens weniger Furcht vor den Konsequenzen zur Schau trägt als die des andern Landes. In England hat noch keine der sozialistischen Parteien oder Fraktionen versucht sich der *Small Holdings- und Allotments-Act* von 1907 zu widersetzen, die doch nichts anderes bezweckte als die Förderung des Kleingrundbesitzes. Und in Dänemark, Schweden und Norwegen wurde die Gesetzgebung zur Förderung des Kleingrundbesitzes in den letzten Jahrzehnten gerade von den sozialdemokratischen Parteien unterstützt. Sogar in

Frankreich, im Land des Kleingrundbesitzes, hat sich die geeinigste Partei genötigt gesehen dem Drang der Landarbeiter nach Bodennutzung Konzessionen zu machen, und es wird sich noch zeigen, ob sie nicht ebenso dem Streben nach Grundbesitz wird nachgeben müssen, das ja auch nur dem Drang nach Unabhängigkeit entspringt. In Holland ist die Frage jetzt ebenfalls aktuell. Der letzte sozialdemokratische Parteitag, der Ostern dieses Jahres in Utrecht tagte, beauftragte den Parteivorstand ein Programm auszuarbeiten, in dem die Forderungen der Landarbeiter, soweit sie deren Wünsche nach Bodennutzung betreffen, niedergelegt sind. Da diese Frage jedoch in engem Zusammenhang mit der Agrarfrage steht, ja in vielen Punkten beide in einander übergehen, die Sozialdemokratie aber von der Lösung der Agrarfrage weiter als je entfernt ist, so mehren sich auch hier die Schwierigkeiten, und schon das sehr umgrenzte Problem *Grund und Boden für Landarbeiter!* wird zu einer interessanten Streitfrage, in der sich die verschiedenen Anschauungen innerhalb der Sozialdemokratie unverkennbar spiegeln. Welche dieser Anschauungen das Recht auf ihrer Seite hat, in welcher Richtung also die Partei die Lösung der Frage wird suchen müssen: darüber aber werden schließlich die *Tatsachen* entscheiden.

Diese Tatsachen, soweit sie sich auf Holland beziehen, will ich hier dem Leser vorführen. Und da Holland insofern ein typisches Land ist als es alle Formen der Landwirtschaft und alle landwirtschaftlichen Betriebsarten in sich vereinigt; da es sowohl Groß- wie Kleingrundbesitz, sowohl Viehzucht wie Ackerbau, sowohl fruchtbare wie unfruchtbare Gegenden aufweist, werden die Verhältnisse in Holland manchen anderen Ländern zum Exempel dienen können, und andererseits wird die Erfahrung in anderen Ländern auch für Holland sehr lehrreich sein.

II

IM allgemeinen zeigen die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse in Holland die gleiche Tendenz wie in den umliegenden Ländern Mitteleuropas: starke Zunahme der Zahl der Pachtbauern; Zunahme der Zahl der Grundbesitzer, aber zugleich Zunahme der Hypothekenschulden; Abnahme des Großgrundbesitzes und Großgrundbetriebs im Ackerbau; Zunahme des Klein- und Mittelbetriebs. Die Zahl der Bauern, die zugleich Besitzer und Nutzer ihres Bodens waren, und mehr als 50 Hektar im Anbau hatten, betrug:

Jahr	50 bis 100 Hektar	mehr als 100 Hektar
1881	1461	154
1887	1530	132
1897	1400	113
1904	1259	96

Es zeigt sich also deutlich eine absolute, und zwar eine ziemlich starke Abnahme des Großbetriebs. Daraus ist indessen durchaus noch nicht der Schluß zu ziehen, es gehe dem Großkapitalismus in der Landwirtschaft schlecht. Das Gegenteil ist der Fall. Nur sucht sich der Großkapitalismus auf anderen Wegen Profite zu verschaffen, und zwar dadurch, daß er den Boden gegen schwere Pachtsummen Kleinbauern zur Nutzung überläßt, daß er die Pachtsummen von Jahr zu Jahr erhöht und sich so ohne eigene Arbeit und ohne Risiko durch einfache Auspumpung von Pächtern und Kleinbauern vielleicht

noch größerer Gewinne versichert als früher, da er das Land von eigenen Arbeitern bearbeiten ließ. Und sogar wo es bei Sterbefällen von Großgrundbesitzern und Parzellierung (Verkauf) von großen Gütern oder bei Verkauf aus anderen Gründen zu einer Vermehrung der Zahl der Besitzer kommt, weist die Summe der Hypothekenschulden bald eine solche Steigerung auf, daß man dem Großkapital unter allen Formen und Gestalten dennoch wieder begegnet. Die Zahl der Pächter vermehrt sich sehr stark, die Zahl der Eigenbesitzer ist relativ in Abnahme begriffen. Dies ergibt sich aus folgende Zusammenstellung:

Größenklasse in Hektar	1882		1892		1902	
	Besitzer	Pächter	Besitzer	Pächter	Besitzer	Pächter
1 bis 5	39 560	25 310	44 847	32 896	46 579	36 090
5 bis 10	19 447	11 069	21 015	13 177	20 886	14 099
10 bis 20	16 315	10 047	17 805	12 111	17 293	12 705
20 bis 50	11 046	9 495	11 155	10 700	10 704	11 412
50 bis 100	1 481	1 530	1 457	1 867	1 380	1 908
über 100	152	118	130	81	122	86
zusammen	88 001	57 693	964 019	70 832*	96 964	76 300

Deutlich tritt in diesen Zahlen die starke Zunahme der Zahl der Pächter hervor, die sich in 20 Jahren um 35 % vermehrt haben, während die Zunahme der Zahl der Besitzer 10 % beträgt. Und diese Zunahme der Zahl der Besitzer bezieht sich fast ausschließlich auf die Kleinbesitzer von 1 bis 5 Hektar.

Alle diese statistischen Ziffern deuten indes nicht auf eine Abnahme der Macht des Großkapitals sondern nur auf die unverkennbare Tendenz: Vermehrung der Zahl der Kleinbetriebe im technisch-wirtschaftlichen Sinn, und aus allem geht hervor, daß der Drang nach Eigen- (Klein-)betrieb und Eigenbesitz aus den Reihen der Landarbeiter selbst herauswächst. Das soeben veröffentlichte *Landbouwwerlag* (Bericht des landwirtschaftlichen Departements) bestätigt sehr deutlich diese Tendenz der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Größe der Betriebe Ende des Jahres 1910 im Vergleich mit früheren Aufnahmen war wie folgt:

Größenklasse in Hektar	Zahl der Betriebe			Vermehrung (+) oder Abnahme (-) in % seit	
	1888	1904	1910	1904	1888
1 bis 5	74 589	92 693	109 645	+ 18,3	+ 47,0
5 bis 10	34 088	34 798	41 547	+ 19,4	+ 21,9
10 bis 20	30 004	29 797	30 819	+ 3,4	+ 2,7
20 bis 50	22 422	22 605	23 800	+ 8,1	+ 6,1
50 bis 100	3 558	3 089	3 275	+ 6,0	- 9,7
über 100	217	184	216	+ 11,9	- 0,46

Seit 1888 haben sich also die Betriebe von 1 bis 5 Hektar um 47 %, die Betriebe von 5 bis 10 Hektar um 21,9 % vermehrt. Diese Vermehrung der Kleinbetriebe ist am stärksten in denjenigen Provinzen, wo die Landwirtschaft seit 1888 in technischer und sozialer Hinsicht die größten Fortschritte gemacht hat: in Friesland, wo die Betriebe von 1 bis 5 Hektar um 132,1 % zuge-

nommen haben, und in Südholland, wo die Vermehrung der Zwergbetriebe von 1 bis 5 Hektar 108,5 % betrug.

Auch folgende Statistik zeigt wieder die gleiche Erscheinung: Abnahme der Zahl der Besitzer, die selbst ihren Boden bebauen, und Zunahme der Zahl der Pächter:

Größen- klasse in Hektar	Prozentzahl der von den Besitzern selbst exploitier- ten Betriebe		
	1888	1904	1910
1 bis 5	59,2	54,3	50,3
5 bis 10	61,7	58,5	55,6
10 bis 20	59,9	56,7	52,5
20 bis 50	51,8	46,9	43,9
50 bis 100	44,7	40,8	37,4
über 100	58,1	52,2	63,4

Ich erwähne all dies hier nur deshalb, weil daraus die eine Tatsache hervorgeht, die für uns von der größten Bedeutung ist: daß unter der kapitalistischen Form des Landwirtschaftsbetriebs, und zwar in einer Periode äußerst profitreicher Jahre für das landwirtschaftliche Großkapital, der Drang der Landarbeiter nach *Eigenbetrieb*, sei es als *Besitzer* mit schweren Hypothekenschulden sei es als Pächter, unwiderstehlich stark gewesen ist; daß kein einziges Zeichen vorliegt, das auf eine Wendung in dieser Tendenz hinweist, und daß also die Sozialdemokratie gezwungen ist mit dieser Tatsache zu rechnen, will sie mit ihren Forderungen für diese enorm große Arbeiterschicht wie für die jenen Arbeitern ganz gleichgestellten Kleinbauern den Boden der Wirklichkeit nicht völlig verlassen und damit ihren Einfluß auf die Arbeiter und Arbeiterkleinbauern verlieren.

III



BEN wurde schon bemerkt — und es geht ja auch klar aus dem angeführten Zahlenmaterial hervor —, daß die Vermehrung der Kleinbetriebe durchaus noch nicht gleichbedeutend mit einer Schwächung des Großkapitals ist. Ganz und gar nicht. Die Gesamtsumme der Hypotheken auf Grund und Boden und Gebäuden vermehrte sich von 871 131 000 Gulden im Jahr 1881 auf 1 748 970 000 im Jahr 1904. Nach Vliegen entfällt ungefähr ein Drittel dieser 1748 Millionen, das heißt also eine Hypothekenschuld von etwa 600 Millionen Gulden auf Rechnung der landwirtschaftlichen Eigentümer. In dieser Hypothekenschuld steckt ja der Riesenanteil des Großkapitalismus, der sich die Zerschlagung der Großbetriebe in kleinere Stücke wohl gefallen läßt, weil er sich so auf eine andere leichtere und sicherere Weise die Früchte der Arbeit aneignen kann. Für die Kleinbauern ist der Kampf ums Dasein ebenso schwer wie er es stets war. Die Grundpreise steigen höher und höher; dies drückt sich in höheren Pachtsummen oder unglaublich hohen Kaufsummen aus, und so ist es das Großkapital, das die Früchte des wirtschaftlichen Aufstiegs einheimst. Und die Arbeiter? Für diese ist ebenfalls das Leben ein Leben schwerer Sorgen, niedriger Löhne, unmenschlich langer Arbeitsdauer, ein Leben der Entbehrung und des hoffnungslosen Alltags geblieben, das in Holland noch dadurch verbittert wird, daß bisher weder ein einziges Arbeiterschutzgesetz noch das Unfallgesetz auf die Landarbeiter ausgedehnt wurde.

Zwei Untersuchungen über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter in Holland liegen uns in ihren Resultaten vor. Sie waren es, die die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Zustände lenkten; sie zwangen auch die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* sich darüber klar zu werden, was sie neben gesetzlichem Schutz und Arbeiterversicherung von der Gesetzgebung noch ferner fordern müsse, um das Lebensniveau der Landarbeiterschaft zu heben und ihre Unabhängigkeit von den Grundbesitzern und den landwirtschaftlichen Industriebetrieben zu erkämpfen, die sie zu bestimmten Jahreszeiten ausnutzen (in den Zuckerfabriken, in dem mit Dampf betriebenen Molkereiwesen usw.) und sie dem Elend und der Abhängigkeit von den Bauern überlassen, sobald es ihnen paßt. Die erste Untersuchung wurde im Jahr 1908 von dem *Sozialdemokratischen Studienklub* in Holland unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Parteiorganisationen des ganzen Landes und verschiedener Landarbeiterorganisationen veranstaltet; ihre Resultate wurden 1909 veröffentlicht. Die zweite ging von einer Reichskommission aus, die im Juni 1906 eingesetzt wurde und aus 21 Mitgliedern — unter ihnen kein einziger Sozialdemokrat — bestand, die alle oder fast alle dem Grundbesitzertum angehörten oder doch diesen Kreisen zuzurechnen waren. Die Kommission veranstaltete über das ganze Land hin eine Enquete; der Bericht darüber erschien in 4 starken Bänden ebenfalls im Jahr 1909.

Vergleicht man die beiden Berichte mit einander, so kommt man unschwer zu dem Schluß, daß die Lebensverhältnisse der Landarbeiterschaft in dem Bericht des *Sozialdemokratischen Studienklubs* bei weitem nicht so vollständig, klar und systematisch erfaßt sind wie in dem Bericht der Reichskommission. Das ist ja leicht begreiflich. Die Reichskommission verfügte über alles Notwendige: Geld, die Mitarbeit von Beamten, über einen bezahlten Sekretär, kurz, über alles, was nötig war, um ihren Bericht vollständig zu machen. Wir haben hier aber nur mit der Tatsache selbst zu rechnen und hinzuzufügen, daß der Bericht der Reichskommission vollkommen genügt, um einen Überblick über die Arbeits- und Lebensverhältnisse, die gesetzlichen, sozialen, hygienischen Zustände unter der Landarbeiterschaft zu gewinnen. Freilich weist der Bericht auch Lücken auf; so besonders dort, wo er die Lohnsteigerungen im letzten Jahr erwähnt, während sich andererseits die Kommission von den Lebensbedürfnissen der Landarbeiterfamilien keine klare Rechenschaft gibt. Auf diese Art spricht der Bericht mehrfach von Erhöhung des Wohlstands, wo doch von *Wohlstand* gar keine Rede sein kann sondern im besten Fall nur von weniger Armut. Das ist eine Folge des Ubelstands, daß kein Sozialdemokrat und sogar überhaupt kein Arbeiter Mitglied der Kommission war. Was aber die Tatsachen selbst betrifft, so kann dem Bericht das Lob nicht versagt werden, daß er in jeder Hinsicht nach Vollständigkeit strebte und die vorgefundenen Verhältnisse in vielen Punkten in scharfes Licht gerückt und beim rechten Namen genannt hat. Was fand er vor?

Es ist klar, daß ich hier in dem knappen Rahmen eines Artikels die gewaltige Masse des Tatsachenmaterials nur zu einem winzig kleinen Teil wiederzugeben vermag. Im allgemeinen kam jene Grundbesitzkommission zu dem Schluß, daß die Verhältnisse der Landarbeiterschaft äußerst traurig seien: die Löhne niedrig, der Arbeitstag in gewissen Jahreszeiten lang, vielfach sogar unmenschlich lang, die Abhängigkeit von den Grundbesitzern äußerst drückend und schwer, die Ernährungsverhältnisse schlecht, die Wohnungsverhältnisse noch schlechter, das Lebenslos der alten Männer und Frauen trostlos.

Die Arbeitslöhne der Landarbeiter variieren selbstverständlich je nach den allgemeinen geographischen und ökonomischen Verhältnissen der verschiedenen Orte; sie hängen davon ab, ob die Arbeiter in der Nähe der Großstädte wohnen, ob sie einen Teil des Jahres in der Industrie beschäftigt sind, ob sie auf schwerem fruchtbarem Boden arbeiten, wo die Arbeit intensiver ist und höhere Anforderungen stellt, ob auf weit von den Bevölkerungszentren entferntem Sandboden, wo Großbetriebe fehlen, und Arbeiter und Kleinbesitzer der gleichen Schicht hungernder und schlecht entlohnter Proletarier angehören. Für das im Jahreslohn arbeitende, bei den Bauern wohnende männliche Gesinde (Knechte) variieren die Löhne von 150 bis 250 Gulden pro Jahr; für das weibliche, im Hause wohnende Gesinde von 100 bis höchstens 200 Gulden im Jahr. Die Löhne der nicht einwohnenden Arbeiter, das heißt der bei einem bestimmten Bauer in festem Dienst stehenden Tagelöhner steigen nur in einigen Gegenden, besonders in der Umgebung der Großstädte, über einen Jahreslohn von 400 Gulden; in einzelnen Fällen sind in den Antworten an die Kommission Löhne von 500 und sogar ein paar Mal von 600 Gulden angegeben worden. In den Gegenden mit fruchtbarem Boden und intensivem Bodenbau betragen die Löhne 300 bis 425 Gulden. Unter einem Jahreslohn von 300 Gulden stehen die Löhne der Tagelöhner in dem südwestlichen Teil der nördlichen Provinz Groningen, ferner in weitaus dem größten Teil der Provinz Drenthe, auf dem Sandboden der *schönsten* Provinz Hollands, Gelderland, in Nordbrabant, Zeeland und einem Teil der Provinz Utrecht. In diesen Gegenden fanden sich zahlreiche Landarbeiterlöhne von 240, 250, 270 Gulden, von denen Familien mit oft mehreren Kindern ein ganzes Jahr hindurch sich nähren, Miete zahlen mußten usw. Die Löhne der nicht in festem Dienst arbeitenden Tagelöhner unterscheiden sich nicht wesentlich von den Löhnen der fest angestellten Arbeiter. Diese Tagelöhner ziehen von einem Arbeitgeber zum andern und besitzen meist ein eigenes Grundstück in Pacht oder Miete, auf dem sie und ihre Familienangehörigen schwer arbeiten, um sich durch die Früchte dieser Arbeit gegen die Zeiten der Arbeitslosigkeit schützen zu können. Die Arbeiter, die abwechselnd in der Land- und Viehwirtschaft und in der Industrie tätig sind, verdienen einen höhern Jahreslohn. Die hier in Betracht kommende Gruppe dieser halb Land- und halb Industriearbeiter arbeitet meist in den Zucker-, Kartoffelmehl-, Stein-, Zichorienfabriken, an den Dreschmaschinen und Strohpressen. Solche Saisonarbeiter werden mit 1,20 bis 3 Gulden pro Tag entlohnt.

In den letzten 5 Jahren — so wird von allen Seiten an die Kommission berichtet — sind so gut wie in allen Provinzen die Löhne gestiegen, wie dies aus den vergleichenden Lohntabellen hervorgeht. Soweit sich die Berichterstatter über diesen Punkt aussprachen, wurden als Ursachen dieser Lohnsteigerung folgende genannt: 1. eine Abnahme der Zahl der für die Grundbesitzer und Pächter verfügbaren Arbeitskräfte durch die Zunahme der kleinen Eigenbetriebe; 2. der Abzug der Landarbeiter nach den Industriezentren und Städten, die Abwanderung der Arbeiter nach Deutschland und das Fernbleiben der deutschen Landarbeiter, die früher in großer Zahl in Holland arbeiteten; 3. die vermehrte Nachfrage nach Landarbeiterkräften durch den rasch anwachsenden Aunbau und die Kultivierung von Heide- und Sandboden; als ein weniger bedeutungsvoller Faktor in den Ursachen der Lohnsteigerung trat auch 4. hier und da die Gründung von Landarbeiterorganisationen hervor, die aber im allgemeinen nur geringe Stabilität zeigten und sich nur in wenigen Gegenden be-

merkbar machten. Am stärksten sind an den Lohnsteigerungen die einwohnenden Arbeiter (Knechte) und die Dienstboten beteiligt. Die Kommission weist darauf hin, daß zwar wohl diese Kategorie der einwohnenden Arbeiter und zum Teil auch die Arbeiterkleinbesitzer einen Nutzen von jenen Lohnsteigerungen hatten, nicht aber die Arbeiter, die ausschließlich von ihrem Geldlohn leben müssen, da ja die Lebensmittelteuerung die Lohnsteigerung wieder völlig wett gemacht hat.

Der Arbeitstag ist außerordentlich lang. Und zwar ist er für den einwohnenden Arbeiter noch länger als für den freien Arbeiter. Für den einwohnenden Arbeiter beträgt die Arbeitszeit im Frühjahr 11 bis 14 $\frac{1}{2}$ Stunden pro Tag, in den Sommermonaten mehrfach 15 Stunden mit 1 $\frac{1}{2}$ Stunden Ruhepause täglich.

Unter den schweren wirtschaftlichen und hygienischen Folgen der Arbeitslosigkeit haben besonders die nicht in festem Dienst stehenden Arbeiter zu leiden. Besonders im Norden des Landes, wo die Großbetriebe sich bequem alle technischen Hilfsmittel beschaffen können, ist die Arbeitslosigkeit durch arbeitssparende Maschinen dem Arbeiter weit stärker fühlbar geworden als in den Gegenden mit vorherrschendem Kleinbetrieb. Da, wo die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren stärker hervorgetreten ist (in Groningen, Zeeland, Nordholland) kam den Arbeitern ihre Abhängigkeit, das Elend der niedrigen Löhne ebenfalls stark zum Bewußtsein, und sie drängten stark dahin selbst Grund und Boden zur Nutzung zu erhalten, um sich von der Not im Winter und der Abhängigkeit von den Arbeitgebern frei machen zu können.

Über die allgemeine soziale Lage der Landarbeiterschaft sagt der Bericht:

»Wenn man sich von dem Stand der Arbeitslöhne überzeugt, von denen verheiratete Arbeiter mit Weib und Kindern leben müssen; wenn ferner von allen Seiten berichtet wird, wie die alten Arbeiter, die bis in ihr Alter hinein von dem Verdienst ihrer Arbeit existieren mußten, so gut wie überall von ihren Kindern abhängig werden, die ja selber arm sind, oder der öffentlichen Armenpflege anheimfallen; wenn man sieht, wie im Winter zahlreiche Arbeiter infolge von Arbeitslosigkeit nur mit den größten Schwierigkeiten und durch Entbehrungen aller Art der öffentlichen Armenpflege entgehen können; wie an vielen Orten — wenn auch eine Besserung in den Wohnungsverhältnissen nicht zu verkennen ist — die Schaffung besserer Wohnungsverhältnisse auf Schwierigkeiten stößt, weil die Landarbeiter zu wenig verdienen, um mehr Miete zu zahlen; wenn man sieht, wie noch vielfach sogar die Lohnarbeit der verheirateten Frauen nicht entbehrt werden kann, wenn man dies alles sieht und kennt, ist es gewiß angebracht davor zu warnen, daß man die Lohnsteigerungen der letzten Jahre gar zu optimistisch betrachtet.«

Und weiter:

»Die Lohnstatistiken lehren, daß für weitaus den größten Teil der Landarbeiter des ganzen Landes die Löhne der verheirateten Arbeiter zwischen 300 und 400 Gulden pro Jahr variieren. Wenn dem Arbeiter aus keiner andern Quelle, wie zum Beispiel eigener Landnutzung oder der Arbeit von Frau und Kindern, ein Nebenverdienst zufließt, er also sich und seine Familie von 6 bis 8 Gulden Wocheneinnahme unterhalten muß, so ist es wohl nicht nötig noch weiter darzulegen, daß von einigermaßen ausreichender Ernährung, Kleidung und Wohnung keine Rede sein kann.«

So weit die Kommission. Nochmals sei daran erinnert, daß diese Kommission aus Großgrundbesitzern und ähnlichen Leuten bestand. Wenn eine solche Kommission ein derartiges Urteil über die Lebensverhältnisse der Landarbeiter ausspricht, so erübrigt sich jede weitere Beweisführung. Schlimmer hätte sich auch eine sozialdemokratische Kommission über die Not und die Lebens- und Arbeitsverhältnisse unter der Landarbeiterschaft nicht äußern können. Für den Zweck dieses Artikels kommt es ja auch weniger darauf an diese Land-

arbeiternot in Holland von neuem bis in alle Einzelheiten zu schildern. Großes Elend nach allen Richtungen hin, Unterernährung, sklavisches Abhängigkeit, Armut existieren. Das wird von allen Seiten bestätigt. Uns interessiert aber vor allem die Frage, wie hier durch die Gesetzgebung Abhilfe geschaffen werden kann.

Die Reichskommission gelangt am Ende ihres Berichts zu folgenden Schlüssen über die Mittel zu einer Hebung der Lebenslage und des materiellen Wohlstands der Landarbeiterschaft:

1. Die ärztlichen Hilfeleistungen für die Landarbeiter müssen verbessert werden; es sind staatliche Subventionen an Ärzte zu fordern, die sich auf dem Lande niederlassen, ebenso staatliche Subventionen für das Hebammenwesen.
 2. Die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande müssen durch kräftige Reformen, durch den mit staatlichen Mitteln unterstützten Bau von schönen, gesunden Arbeiterwohnungen gehoben werden.
 3. Der Staat muß den Landarbeitern Grund und Boden zur Nutzung überlassen. Die Überweisung von Grund und Boden zur Nutzung an die Landarbeiter ist ein wichtiges Mittel zur Hebung der ökonomischen Lage der Landarbeiterschaft. Die Förderung dieser Bodennutzung ist eine Angelegenheit, die im Interesse der ganzen Gesellschaft liegt. Gegenwärtig ist es für den Landarbeiter zu schwierig Grund und Boden in seine Hand zu bekommen. Die Staatshilfe muß dahin gehen dem Landarbeiter ein Grundstück zur eigenen Nutzung zu beschaffen; dieses Grundstück darf aber nicht so groß sein, daß es ihn hindert bei anderen in Lohnarbeit zu gehen. Die Bodenbeschaffung in Eigentum ist der in Pacht vorzuziehen.
- Das Hauptgewicht haben wir auf diesen unter 3 genannten Vorschlag zu legen, weil sich eben über diesen Punkt auch die Sozialdemokratie klar werden muß.

IV



AN kann die Tatsache nicht verkennen, daß unter den Landarbeitern selbst allgemein die Überzeugung herrscht: das beste Mittel, um ihre soziale Lage zu verbessern und sie von den Grundbesitzern und dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber unabhängig zu machen, sei die Beschaffung von Grund und Boden. Nicht nur sämtliche Antworten an die Reichskommission aus allen Teilen des Landes wiesen auf dieses Mittel hin; der gleichen Meinung gaben auch viele Berichterstatter an den *Sozialdemokratischen Studienklub* Ausdruck, der sich meist an sozialdemokratische Landarbeiter um Auskunft gewandt hatte. Aber wenn man einmal den Landarbeitern Boden überläßt, wo ist dann die Grenze zwischen ihnen und den Kleinbauern? Wenn sie einmal Pächter sind, wer will sie dann hindern Besitzer zu werden? Man kann doch nicht gut glauben, daß, wenn unter den heutigen politischen Zuständen der Staat zugunsten der Landarbeiter durch Beschaffung von Pachtgrundstücken in die Besitzverhältnisse eingreift, daneben ein gesetzliches Verbot erlassen werden könnte diesen Boden als Eigentum zu erwerben? Das Gegenteil ist ja der Fall. Die Reichskommission spricht es ja selber klar und deutlich aus: »Der Besitz von Grundstücken ist der Pacht vorzuziehen.« Auch ist es eine unverkennbare und unleugbare Tatsache, die in diesem Zusammenhang nicht außer acht gelassen werden darf, daß das Streben nach Eigenbesitz von den Landarbeitern und Kleinpächtern selbst ausgeht und auch in Übereinstimmung mit ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit von den Grundbesitzern steht.

Da eben liegt die Schwierigkeit für die Sozialdemokratie. Dem wichtigsten Mittel zur Hebung der ökonomischen Lage der Landarbeiter, dem Mittel, das nun einmal dem Landarbeiter selbst vor Augen steht, das ihm jeden Tag wie eine Rettung aus der ärgsten Not erscheint, kann sie nicht nachstreben, ohne

daß sie sich in die Gefahr begibt selbst an der Züchtung von Kleinbauern mitzuwirken, die vielleicht in Zukunft der Sozialisierung des Bodens den stärksten Widerstand entgegensetzen könnten. Denn alles, was die Sozialdemokratie sonst noch von der Gesetzgebung fordert: Invaliditäts-, Unfall-, Kranken- und andere Versicherungen für die Landarbeiter, Alterspensionen ohne Prämienzahlung, Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze auf die Landarbeiter, dies alles ist selbstverständlich notwendig, aber es genügt nicht die Lebenslage, die eigentliche wirtschaftliche Position für den Landarbeiter in der gleichen Bedeutung zu heben wie für den Industriearbeiter. Denn die Landarbeiter können sich nun einmal nicht in solcher Weise in Gewerkschaften organisieren wie die Industriearbeiter; die Zerstretheit ihres Arbeitsterrains, die starke Verschiedenheit der Arbeitsbedingungen, die Unmöglichkeit, sie schnell in großen Massen zusammenzubringen, der Mangel an Geld, alles das macht die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter unter den heutigen Verhältnissen schwierig. Möglich ist es vielleicht unter ganz bestimmten Umständen die Landarbeiter eines bestimmten Ortes zur Erhebung zu bringen, weil sie unter dem Druck eines unverschämten Grundbesitzers leiden oder in besonders schwerer, hoffnungsloser Armut dahinleben; mit einer festen, kampfbereiten, starken Organisation hat das nur wenig zu schaffen.

Unbestreitbar ist es, daß die Landarbeiter selbst neben den oben erwähnten sozialpolitischen Maßnahmen und neben einer Steuererleichterung die Selbstverfügung über ein Stück Boden als das auf der Hand liegende und wirksamste Mittel betrachten größern Wohlstand, erhöhte Selbständigkeit gegenüber den Arbeitgebern, stärkere soziale Macht und wirtschaftliche Freiheit zu erobern. Auch in diesen Bestrebungen, die von manchen bürgerlichen Kreisen lebhaft unterstützt werden, muß die Sozialdemokratie die Führung übernehmen. Sie muß dafür sorgen, daß jene Bestrebungen nicht darauf hinauslaufen Zustände herbeizuführen, die zur Stärkung des Großkapitals und der Reaktion führen und eine Enttäuschung für die Landbevölkerung bedeuten würden. Der nächste Parteitag der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* in Holland wird zu dieser Frage Stellung nehmen müssen. Das ist um so dringender nötig als in der jüngsten Thronrede ein Gesetzentwurf zur Schaffung von Grundstücken und Wohnungen für Landarbeiter in Eigentum oder von Grundstücken allein in Pacht angekündigt worden ist.

Der Standpunkt, den die Partei einzunehmen hat, ist anscheinend leicht zu finden. Bis zum Jahr 1905 enthielt das Programm der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* unter den Gegenwartsforderungen an die Gesetzgebung auch die Forderung zur Hebung der Landarbeiternot, die die Partei von Anfang an vertreten hatte:

»Die Gemeinden haben gegen ermäßigte Preise Grund und Boden und Betriebsmaterial an Landarbeiter zu überlassen, um diesen dadurch eine selbständige Existenz anzubahnen und zu sichern.«

Diese Forderung wurde aus dem Programm gestrichen, weil die Partei zu der Ansicht kam, es sei nicht Aufgabe der Sozialdemokratie dafür einzutreten, daß die Landarbeiter zu Kleinbauern werden. Eine Kommission, die damals diese Frage studierte, berichtete in diesem Sinn an die Partei und kam zu folgendem Ergebnis:

»Es mag das individuelle Streben des Landarbeiters sein selbständiger Kleingrundbesitzer zu werden: die Arbeiterklasse als solche gelangt damit keinen Schritt weiter. Sie hat im Gegenteil ein Interesse daran, daß die Einheitlichkeit der Klasseninteressen aller Proletarier so wenig wie möglich durchbrochen wird, was

hier in mancher Beziehung die Folge sein würde. Nur in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, in Fällen dringender, durch starke Arbeitslosigkeit verursachter Not sollte es ausnahmsweise zulässig sein, daß die Gemeinden den Arbeitslosen durch die Überlassung von Grund und Boden zu Hilfe kommen.«

Statt des gestrichenen und der damit zusammenhängenden Paragraphen wurde zwar eine Anzahl neuer Forderungen unter die Gegenwartsforderungen des Parteiprogramms aufgenommen, unter ihnen ist nichts von gesetzlichen Maßnahmen zu der Bodennutzung für Landarbeiter zu finden. Es wurde zwar gefordert: »Ausdehnung des Expropriationsrechts zu dem Zweck Grund und Boden in Staats- und Gemeindeeigentum zu überführen« und »Verbot des Verkaufs von Grund und Boden durch Gemeinde und Staat an Privateigentümer«, aber was mit diesem Boden für die Landarbeiter geschehen sollte, darüber schwieg das Programm und schweigt es noch. In dem von der Partei aufgestellten Kommunalprogramm wird ebenso »Ausdehnung des Grundbesitzes der Gemeinden« gefordert, ferner »Enteignung von Boden durch die [ländlichen] Gemeinden, um deren Bedarf an Bauland decken zu können«, jedoch auch hier fehlt die Erklärung, auf welche Art dies geschehen sollte, ohne daß man in Konflikt mit dem Parteibesluß von 1905 gerät.

Seit jener Zeit aber haben sich die Verhältnisse nach allen Richtungen hin stark gewandelt, und die Partei kann nicht umhin sich nochmals mit dieser auch für das gesamte Agrarproblem so äußerst wichtigen Frage zu befassen und die Beschlüsse von 1905 noch einmal zu diskutieren. Zunächst hat sich der Drang nach eigener Bodennutzung, sei es in Pacht oder Miete sei es — was ja schon darin eingeschlossen liegt — weiterhin als Eigentum in allen Landesteilen gewaltig verstärkt. Das wird von sämtlichen Berichterstattern an die Reichskommission und ebenso von den Auskunftgebern des *Sozialdemokratischen Studienklubs* konstatiert. Wie schon erwähnt, sehen die Arbeiter darin das wirksamste Mittel ihre ökonomische Lage zu heben, der unerträglichen Abhängigkeit von den Groß- und Mittelgrundbesitzern zu entfliehen und sich gegen die traurigen Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen, die sich mit der zunehmenden Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen besonders an den Orten mit kapitalkräftigem Großbetrieb steigert. Durch diesen Drang nach eigener Bodennutzung werden, solange *freie Konkurrenz* herrscht, und die Gesetzgebung in keiner Weise im Interesse der Arbeiter eingreift, die Pachtpreise in der schlimmsten Weise in die Höhe getrieben. Das Großkapital ist dann der lachende Dritte, während die Arbeiterkleinbesitzer einen Konkurrenzkampf auf Leben und Tod gegen einander kämpfen. Unter solchen Umständen kann und darf die Sozialdemokratie sich doch nicht länger diesen aus den ökonomischen Verhältnissen selbst erwachsenen Bestrebungen gegenüber gleichgültig verhalten.

Das hat sich denn auch als Ding der Unmöglichkeit erwiesen. Der Bericht der Reichskommission über die Landarbeiter veranlaßte am 13. Dezember 1909 in der Zweiten Kammer eine Debatte. Bei dieser Gelegenheit vertrat Genosse Schaper im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den Standpunkt, daß der Verkauf von Grund und Boden durch Gemeinde oder Staat an Arbeiter oder Arbeiterlandnutzer nicht statthaft sein sollte, wohl aber die Gemeinden Grund und Boden expropriieren und gegen mäßige Preise an Landarbeiter verpachten sollten. Es ist klar, daß mit solchen Bodenüberlassungen die selbständigen Existenzen unter den Arbeitern gefördert und die Bestrebungen nach eigenem Besitztum, wenn auch unabsichtlich, unterstützt werden. Aber

die Sozialdemokratie konnte eben nicht anders als sich für die Verpachtung von Boden unter den im Interesse der Arbeiter notwendigen Bedingungen zu erklären, da es ja tausendmal vernünftiger ist, die Arbeiter, die zur Verbesserung ihrer sozialen Lage Boden pachten müssen, erhalten diesen Boden in Pacht von Gemeinden oder vom Staat als von Grundbesitzern oder Grundbesitzgesellschaften, die — in Ausnutzung der freien Konkurrenz — Raubzüge unter den Arbeiterbodennutzern veranstalten.

Am 28. Dezember 1908 wurde von der starken sozialdemokratischen Fraktion der Gemeinde De Bilt, wo die Arbeiter schwer unter der Herrschaft des Großgrundbesitzes leiden, ein Antrag eingebracht und vom Gemeinderat angenommen: die Summe von 80 000 Gulden zum Ankauf von Grund und Boden zur Verfügung zu stellen, mit der Maßgabe diesen Boden zu einem festgesetzten Preis in Stücken von ungefähr 3 Morgen an Arbeiter zu verpachten, um den in der Gemeinde wohnenden Arbeitern die Möglichkeit zu geben für sich selbst statt für den Großgrundbesitzer zu arbeiten. Gegen dieses Vorgehen wurde von *marxistischer* Seite scharf opponiert, weil es ja gegen den Parteibeschluss von 1905 verstoße, und weil es das Kleinbesitzertum fördere. Ein praktischer Vorschlag aber, was denn nun die Sozialdemokraten auf dem Lande von Staat und Gemeinden fordern sollen, um dem Landarbeiter zu helfen und auch in Fühlung mit dem zu bleiben, was der Arbeiter selbst denkt, empfindet und erstrebt: solch ein Vorschlag wurde von jener Seite nicht gemacht.

So ist also die einzige Möglichkeit für die Partei in Holland, wenn sie die Führung in den allgemeinen Bestrebungen der Arbeiter auf dem Lande übernehmen und sich nicht außerhalb ihres sozialen Lebens und Ringens stellen will, für die Enteignung des Bodens durch den Staat und die Überlassung von Grundstücken bestimmten Umfangs an die Arbeiter von Gemeinde wegen einzutreten; und zwar gegen einen mäßigen Pachtpreis und unter sonstigen Bedingungen, die der fernern Landsklaverei entgegenwirken. Daß sich unter den heutigen Machtverhältnissen durch solche Bodenüberlassung der Kleinbesitz entwickeln und verstärken wird, da ja die bürgerlichen Parteien kein Interesse daran haben den Privatbesitz zu hindern, das ist klar. Aber das ist nicht zu ändern und muß nötigenfalls als neues Problem auf Grund praktischer Erfahrungen für sich behandelt werden. Unumgänglich jedoch ist es den Parteibeschluss von 1905 teilweise zu widerrufen.

XX

EDMUND FISCHER · DIE GENOSSENSCHAFTLICHE LÖSUNG DER WOHNUNGSFRAGE



KAUM einem andern sozialen Problem wird zurzeit ein so großes Interesse entgegengebracht wie der Wohnungsfrage. Dazu haben vor allem die große Wohnungsnot und die Ergebnisse der neuesten Erhebungen über das moderne Wohnungswesen geführt. Es handelt sich heute in Deutschland auch nicht mehr lediglich um Beseitigung von Mißständen sondern um eine großzügige Reform, die das ganze Wohnungswesen auf eine andere Grundlage stellen soll, und deren Richtlinien sich dem Sozialismus zuwenden, wie aus den ersten Anfängen deutlich zu erkennen ist. Von der Mitarbeit der sozialistischen Arbeiterbewegung wird es deshalb auch im wesentlichen abhängen, in welchem Tempo sich diese Reform durchsetzt, und ob sie ein Teil des sozialistischen Aufbaus werden wird.

Das moderne Wohnungsproblem ist eine Frage des Arbeitslohns und der Arbeitszeit, der Ansiedelung und der Technik, eine Bodenfrage und eine Frage des Standorts der industriellen Unternehmungen, eine hygienische, eine ästhetische, eine soziale und eine politische Frage. Staatliche und kommunale Gesetzgebung, Techniker, Hygieniker und Künstler und die sozialen und politischen Organisationen der an der Wohnungsreform interessierten Bevölkerungsklassen müssen zusammenwirken, wenn etwas Großes und Wertvolles zustande kommen soll. Die praktische Mitarbeit an der Lösung des Problems wird sich also auf den verschiedensten Gebieten zu vollziehen haben. Und auch die Betätigung der Arbeiter, als die wesentlichsten Träger dieser Reformbewegung, wird vielseitig sein müssen.

Unter dem Wohnungselend leiden selbstverständlich nur die ärmeren Teile der Bevölkerung: die industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter, die kleinen Handwerker, die Kleinbauern und die niederen Beamten. Technik, Hygiene, Kunst und Verkehrswesen sind heute so hoch entwickelt, daß es an der Möglichkeit schöne, gesunde, praktische Wohnungen herzustellen nicht fehlt. Wer also die nötigen Mittel dazu hat, kann gut und schön wohnen. Und auch um die den einfachsten Bedürfnissen und Anforderungen entsprechenden Wohnungen herzurichten, bedarf es eines gewissen Aufwands an Mitteln, so daß die unterste Grenze des Mietwerts einer Wohnung, die den hygienischen und ästhetischen Anforderungen entspricht, feststeht. Ein schönes und gesundes Wohnungswesen ist also nicht dadurch zu erzielen, daß die Wohnungsmieten den heute bestehenden niedrigsten Einkommensverhältnissen angepaßt werden. Um die am schlechtesten entlohten Arbeiter aus ihrem Wohnungselend befreien zu können, ist die Erhöhung des Lohnes die Vorbedingung. An der allgemeinen Wohnungsmisere in den Städten und Industrieorten ändert die Lohnerhöhung aber gar nichts, solange die Grundwertsteigerung und mit ihr die Steigerung der Mietpreise anhält. Wo die Löhne am höchsten sind, wohnen heute die Arbeiter am schlechtesten. In Berlin wohnten nach der letzten Erhebung 1 485 000 Menschen, das sind 74 % der Berliner Bevölkerung, in Wohnungen in der Größe bis zu 2 Zimmern; 189 247 Wohnungen bestanden aber nur aus 1 heizbaren Zimmer mit Küche, 34 444 aus 1 heizbaren Zimmer ohne Küche, 25 766 überhaupt nur aus einem Raum ohne Küche und 7975 gar nur aus einer Küche. Die Berliner Arbeiter mit relativ hohen Löhnen wohnen jedenfalls schlechter als die Arbeiter mit wesentlich niedrigeren Löhnen in kleinen Orten. Solange das heutige Wohnwesen in den Städten, in großen Mietshäusern auf einem relativ kleinen Raum zusammengedrängt, besteht, wird daran auch nichts geändert werden, daß die Mieten fortgesetzt und ständig steigen. Die Grundwertsteigerung ist ein dem zentralisierten Wohnwesen innewohnendes Gesetz, keine künstliche Mache. Mit der Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden allein wird dieses Gesetz keineswegs ganz beseitigt. Auch wenn der gesamte Grund und Boden von Berlin und alle Häuser der Kommune gehören würden, müßte eine Wohnung oder ein Geschäftslokal im Zentrum der Stadt mehr Miete kosten als eine gleich große und gleich schöne Wohnung oder ein gleich beschaffenes Geschäftslokal an der äußersten Peripherie. Und eine Wohnung am Tiergarten könnte nicht zum selben Preis vermietet werden wie eine gleich große und gleich komfortable Wohnung in der Ackerstraße. Nur in den nicht bevorzugten Teilen der Stadt könnten die Mieten wesentlich geringer sein als heute, und die Wertsteigerung käme der Kommune, also der Gesamtheit, zugute,

und nicht einzelnen Grundbesitzern. Dem Streben den Grund und Boden in den Besitz der Gesamtheit überzuführen muß also eine Dezentralisation des Wohnwesens parallel laufen, wenn die Grundwertsteigerung ganz überwunden, und die Mieten dauernd auf möglichst gleicher, den unbedingt notwendigen Herstellungskosten entsprechender Höhe gehalten werden sollen. Nur so läßt sich, bei steigenden Löhnen, das Wohnwesen der Arbeiter derart gestalten, daß es den Anforderungen der modernen Lebensbedürfnisse, der Hygiene und der Ästhetik entspricht.

Um dieses Wohnwesen der minderbemittelten Bevölkerung in den Städten und Industriezentren handelt es sich im wesentlichen, wenn von der *Wohnungsfrage* die Rede ist. Denn nur dieser Teil des Wohnungselends gestaltet die Reform schwierig und stellt ein eigentliches Problem dar. Das ländliche Wohnungselend läßt sich durch gesetzliche Maßnahmen beseitigen. Man kann die großen Grundbesitzer zwingen die Wohnungen ihrer Knechte, Mägde und der bei ihnen wohnenden Landarbeiter nach gesetzlichen Vorschriften zu gestalten. Die Ursache der unhygienischen Zustände in den Behausungen der Kleinbauern und Häusler ist zum größten Teil mehr in dem überlieferten Wohnwesen zu suchen als in der Armut der Bewohner. Durch ein entsprechendes Wohnungsgesetz und, wo es nötig ist, mit staatlicher Unterstützung können sie zu den notwendigen baulichen Änderungen veranlaßt werden. Neue Wohnungen müssen nach Vorschrift errichtet werden. Ganz anders aber gestaltet sich die Wohnungsreform in den Städten und Industrieorten. Denn hier ist die Wohnungsmisere im wesentlichen der Ausfluß des Zusammenwohnens großer Menschenmassen auf einem relativ kleinen Gebiet in kapitalistischen Wohnungsunternehmungen und der damit verbundenen Grundwertsteigerung und der Spekulation. Hier kann nur eine Beseitigung der Not durch eine Reform erzielt werden, die die Dezentralisation des Wohnwesens, die Überwindung der kapitalistischen Wohnungsproduktion und somit die Beseitigung der Grundwertsteigerung und der Spekulation zum Ziel hat. Die erste Frage ist nun die, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Die Überführung des gesamten Grund und Bodens in den Besitz der Gesamtheit, Staat und Gemeinden, ist ein Prozeß, der viele Generationen dauern wird. Die Entwicklung hat bereits begonnen und teilweise schon recht erfreuliche Fortschritte gemacht. München zum Beispiel hatte im Jahr 1891 nur 1995,25 Hektar eigenen Bodenbesitz, im Jahr 1900 aber schon 4332,99 und im Jahr 1910 gar 6022,89 Hektar. Auch viele andere Städte vermehren fortgesetzt ihren Grundbesitz. Trotzdem wird man zugeben müssen, daß, wenn diese Entwicklung auch durch gesetzliche Maßnahmen wesentlich gefördert werden würde, es dennoch einer sehr langen Zeit bedürfe, bis der Privatbesitz aufgehoben wäre. Soll die Wohnungsreform nicht auf unabsehbare Zeit verschoben werden, muß sie zunächst mit dem privaten Besitz von Grund und Boden rechnen. Aber auch das Ansteigen der niederen Einkommen geht nur allmählich und langsam vor sich. Die moderne Wohnungsreform muß also die Aufgabe erfüllen: bei den bestehenden Bodenpreisen schöne, gesunde und bequeme Wohnungen so billig herzustellen, daß sie im allgemeinen den Einkommensverhältnissen entsprechen; und das ganze Wohnwesen auf eine Grundlage zu setzen, die die Mietssteigerung ausschließt. Diese Aufgabe glaubt man heute durch die sogenannten *Gartenstädte* lösen zu können, mit ihren Wohnstraßen und Einfamilienhäusern auf kommunalem, staatlichem oder genossen-

schaftlichem Bodenbesitz. Außerhalb des Stadtkreises ist der Bodenpreis wesentlich niedriger als in der Stadt. Da bei kleinen Einfamilienhäusern mit Gärten neben den notwendigen Verkehrsstraßen im allgemeinen schmale Wohnstraßen genügen, so kann der Boden viel besser ausgenutzt werden. Die Erfahrung hat auch gelehrt, daß mit dem Kleinhausbau die billigsten Kleinwohnungen errichtet werden können. Zur Erfüllung gleicher Programmforderungen bedarf es in dem mehrgeschossigen Mietshaus eines relativ größeren Volumens bei höherem Preis für die Raumeinheit als in dem niedern Einfamilienhaus. Das mehrgeschossige Massenmietshaus erfordert viel stärkere Mauern, eine ganz andere Bauart, mehr umbauten Raum als das kleine Haus, das den Raum auf das vorteilhafteste ausnutzen kann. Deshalb hat die Praxis ergeben, daß die Mietseinheit für 1 Quadratmeter nutzbarer Wohnfläche, als die für die Wertbemessung einer Wohnung maßgebendste Rentabilitätsziffer, in dem Maß sinkt wie sich die Bauform des Hauses vom Massenmietshaus entfernt und dem Kleinhausbau nähert. In diesen technischen Vorteilen liegt die Bedeutung der Gartenstadt, die ein gesundes, schönes und dennoch billiges Wohnen ermöglicht.

Nun tritt aber die zweite Frage auf: Wer soll diese Gartenstädte anlegen? Vom Staat kann man im allgemeinen nicht die Schaffung von Wohnungen verlangen. Was der Staat tun kann und tun soll, das ist die Förderung der Wohnungsreform durch die Gesetzgebung, durch Errichtung von Wohnungen für die Beamten und Beschaffung von Mitteln. Ein Reichswohnungsgesetz und eine reichsgesetzliche Regelung des Erbbaurechts sind zu erstreben. In Bayern ist durch eine Novelle vom 24. März 1908 das Gesetz über die Landeskulturrentenanstalt dahin abgeändert worden, daß die Anstalt Darlehen zur Erbauung von Wohnungen für Minderbemittelte hergeben kann. Die Beleihung erfolgt nur an Gemeinden, die indessen die Darlehen an gemeinnützige Bauvereine weitergeben können, falls sie nicht den Bau in eigener Regie vorziehen. Ein solches Gesetz empfiehlt sich in allen Bundesstaaten, denn damit erhalten die Gemeinden die Mittel den Wohnungsbau selbst in die Hand nehmen zu können. Auch die Versicherungsanstalten geben Darlehen für die Errichtung von Arbeiterwohnungen; und zwar, wenn die Gemeinde selbst baut oder die Garantie übernimmt, bis zu 100 % der Baukosten; sonst bis zu 80 %. Die Gemeinden sind also sehr wohl in der Lage das ganze Wohnwesen in eigener Regie zu übernehmen, das heißt Wohnungen herzustellen und sie an ihre Bewohner zu vermieten. Und es bleibt auch eine der vornehmsten Aufgaben der Kommunalpolitik die Gemeinden dahin zu bringen, daß sie diese Aufgabe erfüllen, die Wohnungsreform durchführen. Aber bis jetzt ist noch nicht die geringste Aussicht dafür vorhanden, daß dies geschehen wird. Mit Ausnahme von Freiburg im Breisgau und Ulm hat noch keine Stadt nach dieser Richtung hin wesentlich mehr getan, als daß sie der dringendsten Wohnungsnot durch einige städtische Gebäude abzuhelpen suchte. Die Städte errichten zwar Wohnungsamter, stellen Wohnungsinspektoren an, schaffen gute Bauordnungen, wenden auch große Mittel auf für Straßendurchbrüche, Anlagen, freie Plätze, Volksparks, Ruhhallen usw., aber zur Errichtung von Wohnungen in städtischer Regie sind sie nur schwer zu bewegen. Daß in den meisten Städten die Hausbesitzer das Heft in Händen haben, ist sicher ein Hinderungsgrund, aber keineswegs der einzige. Die Verwaltung von Wohnhäusern ist eine sehr mühevoll und vielfach unangenehme Arbeit. Die Kapitalisten sind deshalb in den Städten auch selten mehr Besitzer eines Mietshauses. Die städtischen

Hausbesitzer sind in der Regel Leute, die das Vermietergewerbe betreiben. Sie übernehmen das Haus vom Kapitalisten und leben von dem Überschuß des Mietertrags über den Betrag, den sie als Zinsen abgeben müssen. Ihr Einkommen ist gewissermaßen eine Bezahlung ihrer Verwaltungstätigkeit und ihres Ärgers. Die Verwaltung von Einfamilienhäusern ist nun gewiß eine einfachere Sache. Aber einen sehr großen Apparat würde die Verwaltung sämtlicher Wohnhäuser einer Stadt schon erfordern. Unmöglich ist eine solche Verwaltung natürlich keineswegs. In Freiburg hat man mit den städtischen Miethäusern auch gute Erfahrungen gemacht. Trotzdem ist man dort zu der Überzeugung gekommen, daß das gemischte System zur Lösung des Wohnungsproblems berufen sei: städtische Regie und Genossenschaften. Einige Städte helfen sich auch in der Weise, daß sie die Wohngebäude sämtlichen Bewohnern des Baublocks oder der Kolonie zur Selbstverwaltung überlassen. Ein Hinderungsgrund für die Städte den Bau von Kleinwohnungen selbst in die Hand zu nehmen bildet auch die Tatsache, daß die Gartenstädte ja außerhalb der Stadt errichtet werden müssen, auf Gebieten meistens, die zu anderen Gemeinden gehören. Wollten die großen Kommunen die Siedelung des Gebiets vor der Stadt mit Kleinhäusern selbst betreiben, so müßten die Städte riesige Ausdehnungen annehmen. Zu solchen Unternehmungen ist deshalb bis jetzt noch keine Stadt zu bewegen gewesen. Von den Dörfern aber ist nach dieser Richtung hin noch weniger zu erwarten. Es fragt sich aber auch, ob die *Genossenschaftsbildung im Wohnwesen* nicht das richtigere ist.

Sicher ist, daß der wirtschaftliche und politische Kampf notwendig ist, um die Wohnungsreform zum völligen Durchbruch zu bringen. Es gilt vor allem gute Bau- und Wohnungsgesetze und demokratische Kommunalwahlgesetze zu erkämpfen, ohne die die an der Wohnungsreform interessierten Massen nicht die Möglichkeit erhalten die Reform in ihrem Interesse zu gestalten. Neben der Erhöhung der Löhne ist eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig, weil das weit entfernte Wohnen von der Arbeitsstätte die ungeteilte, also möglichst kurze Arbeitszeit erfordert. Eine Vorbedingung der Gartenstädte sind ferner gute Verkehrsverbindungen. Aber mit alledem werden noch keine Wohnungen errichtet. Und wenn nach dieser Richtung hin weiter nichts geschehen würde als daß man die Forderung an den Staat und die Gemeinden erhebt, sie sollten den Wohnungsbau in die Hand nehmen, wäre zu befürchten, daß die Entwicklung sich sehr langsam vollzieht und schließlich wieder von der privaten Spekulation in ihre Bahnen gelenkt wird. Auch in der Wohnungsreform entsteht das Neue, wie auf allen anderen Gebieten, vor allem durch die selbstschöpferische Tat, nicht durch das Wort. Die Bau- und Wohnungsgenossenschaften haben deshalb bisher auch das meiste geschaffen. Im Jahr 1907 bestanden zwar erst 747 Baugenossenschaften in Deutschland mit einer Mitgliederzahl von 140 278; aber im Jahr 1908 wurden deren schon 848 gezählt, und die Zahl hat sich seitdem wieder bedeutend vergrößert. Zwar wurden diese Baugenossenschaften bisher zu einem sehr großen Teil von Beamten gebildet, aber in der jüngsten Zeit sind es die Arbeiter, die zur Gründung von Baugenossenschaften übergehen. Was eine derartige Organisation erreichen kann, zeigt der Arbeiterbauverein in Kopenhagen, der folgende Entwicklung aufweist: 1867 hatte er 222 Mitglieder, 1870 1 398, 1880 9 365, 1890 16 372, 1900 13 970, 1909 12 367.¹⁾ Der Rückgang vom Jahr

¹⁾ Siehe Albrecht *Die Beamtenbaugenossenschaften im Rahmen der deutschen Baugenossenschaftsbewegung* / Stuttgart 1911 /, pag. 449.

1890 ab rührt daher, daß von diesem Zeitpunkt an Bauterrains in schlechterer Lage erworben wurden, die nicht so begehrt waren. Bis zum Jahr 1909 hatte der Arbeiterbauverein 10 310 Häuser im Wert von 10 909 626 Kronen 73 Öre erbaut. Darauf waren 7 617 629 Kronen 31 Öre abgezahlt. Das Vereinskaptal betrug am 31. Dezember 1908 2 133 224 Kronen 96 Öre. An Reserven waren 412 368 Kronen 64 Öre vorhanden.

Die Baugenossenschaften haben freilich bisher entweder große Mietshäuser gebaut oder Einzelhäuser, die an die Mitglieder abgegeben wurden. Damit ist die Grundwertsteigerung nicht verhindert worden. Die neuesten (Gartenstadt-) Genossenschaften errichteten nur noch Ein- und Zweifamilienhäuser, die zwar in den Besitz der einzelnen, sie bewohnenden Genossen übergehen, aber zugleich auch Eigentum der Genossenschaft bleiben. Entweder ist der Grund und Boden der Genossenschaft von einer Gemeinde in Erbpacht gegeben worden, oder er gehört der Genossenschaft zu eigen. Jedes Wohnhaus ist daher ein *Eigenheim* des Bewohners, aber es kann nicht beliebig verkauft werden, es muß stets in der Genossenschaft bleiben und ist deren Satzungen unterworfen. Ist ein Genosse zum Abwandern genötigt, so kauft die Genossenschaft das Haus zum Herstellungspreis zurück und gibt es zum selben Preis an einen neu eintretenden Genossen ab. Kein Genosse ist also an die Scholle gefesselt. Die Genossenschaft wacht darüber, daß die einzelnen Häuser gut instand gehalten werden. Im übrigen aber kann jeder Genosse sein Heim frei ausschmücken und ausgestalten, und es wird das damit erreicht, was zum Beispiel K. Kautsky als das Ideal der Zukunftsfamilie bezeichnet: »Nirgends kann sich die Persönlichkeit so voll ausleben, ohne jede Hinderung durch feindlichen oder mindestens beengenden Willen anderer wie in einem eigenen Heim, das sie, nur durch materielle, nicht durch persönliche Rücksichten beengt, frei schmücken und ausgestalten, in dem sie frei leben kann ihren Lieben, ihren Freunden, ihren Büchern, ihren Gedanken und Träumen, ihren wissenschaftlichen und künstlerischen Schöpfungen.«²⁾ Die Erfahrung hat auch gelehrt, daß die Wohnhäuser viel besser instand gehalten werden, wenn sie den Bewohnern zu eigen gehören, und die Eintönigkeit der Siedelung damit verhindert wird, weil jeder Genosse sein eigenes Heim individuell zu gestalten sucht. Die Gründung derartiger Eigenheimsiedelungen steht auch der sozialistischen Entwicklung nicht entgegen sondern bewegt sich in deren Bahnen. Wir sehen immer mehr, daß die Menschen einen hohen Wert darauf legen im eigenen Heim zu wohnen. Nicht nur die Besitzenden, auch diejenigen Sozialdemokraten, deren Einkommen es nur einigermaßen erlauben, kaufen sich ein kleines Häuschen, möglichst fern vom Lärm der Stadt und ihrer Arbeitsstätte, dem Redaktionsbureau oder Sekretariat. Von dem gleichen Streben sind auch die Arbeiter erfüllt, die in die neuesten Baugenossenschaften strömen.

Der alte Einwand, daß die Arbeiter durch solche Eigenheime an die Scholle gefesselt und deshalb dem Unternehmer gegenüber weniger widerstandsfähig würden, oder daß sie dem Emanzipationskampf verloren gingen, ist längst widerlegt. Ähnliche Einwände wurden früher auch gegenüber den Konsumvereinen und anderen Genossenschaften erhoben. In den Städten bleibt der weitaus größte Teil der verheirateten Arbeiter zeitlebens am Ort wohnen, und es sind überall und stets die am besten situierten Arbeiter, die die meiste Arbeit

²⁾ Siehe Kautsky *Die Agrarfrage* [Stuttgart 1899], pag. 449.

in der Arbeiterbewegung leisten. Die neueste Genossenschaftsform hindert aber auch keinen Arbeiter mehr am Wegzug. Es liegt sogar im dringendsten Interesse der sozialistischen Arbeiterbewegung, daß sie die Errichtung von Wohnungsgenossenschaften unter ihre Aufgaben aufnimmt. Zurzeit werden Arbeiterwohnungsgenossenschaften bereits von Baufirmen ins Leben gerufen. Diese Unternehmer erfahren aus der Statistik der Sparkassen auf das genaueste, wieviel Arbeiter am Ort sind, die zur Gründung von Baugenossenschaften in Betracht kommen. Auf diese Weise kam in jüngster Zeit eine ganze Anzahl von Genossenschaften für Eigenheimsiedelungen zustande. Es sind auch meistens gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter, die diesen Genossenschaften beitreten. Die Gefahr ist aber nicht ausgeschlossen, daß diese Bewegung falsche Bahnen einschlägt, wenn sich ihr die sozialistische Arbeiterbewegung gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstellt.

Gewiß sind es augenblicklich nur erst die bessergestellten Arbeiter, die diesen Genossenschaften beitreten können, weil eine Anzahlung erforderlich ist. Aber auch in den Konsumvereinen und in den Gewerkschaften ist die Elite und nicht die unterste Schicht der Arbeiter organisiert. Die Sparkassen zeigen ja auch, wie groß die Zahl jener Arbeiter ist, die über einen kleinen, zum Beitritt einer Genossenschaft hinreichenden Barbestand an Geldmitteln verfügen, sei es, daß sie ihn durch Erbschaft sei es, daß sie ihn sonstwie erhalten oder erspart haben. Haben die Wohnungsgenossenschaften der Arbeiter eine gewisse Höhe der Entwicklung erreicht, so kann die Anzahlung — das Eintrittsgeld — auch ebenso auf eine relativ kleine Summe beschränkt oder in kleinen Ratenzahlungen geleistet werden, wie es heute bei den Konsumvereinen der Fall ist.

Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß die Genossenschaftsbildung der einzige Weg zur praktischen Durchführung der Wohnungsreform sein müsse. Aber man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Die Forderungen an den Staat und die Kommunen bleiben deswegen ja bestehen. Und je mehr Wohnungsgenossenschaften entstehen, um so mehr werden Staat und Kommunen dazu gedrängt der Entwicklung Rechnung zu tragen. Nicht zu übersehen ist, daß mit den genossenschaftlichen Eigenheimsiedelungen die Arbeiter in den Kommunen einen größeren Einfluß erlangen können. Die Errichtung von Wohnungsgenossenschaften in der modernen Form der Einfamilienhaussiedelung ist somit in der Tat als eine dringende Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung zu betrachten. Sie ist eine der Vorbedingungen dafür, daß für die Arbeiter ein gesundes, von der kapitalistischen Ausbeutung befreites Wohnwesen geschaffen wird, daß die Wohnungsreform zum Durchbruch kommt, und die Wohnungsfrage im Sinn der sozialistischen Entwicklung gelöst wird.

XX

PAUL KAMPFFMEYER · DIE AUSLESE DER FÜHREN- RENDEN



ON den Führenden will ich hier reden und von ihrer Auslese. Und Führende können uns nur wirkliche Voranschreitende sein, nicht bloß Herrschaftsgewaltige, die, gleichviel ob ihr Weg in die Höhe oder in die Tiefe leitet, mit äußeren Machtmitteln ihre Mitmenschen hinter sich herziehen. Nur die Emporziehenden gelten uns als Führer. Äußerer Machtbesitz erhebt noch nicht den Menschen zum Führer.

Ein Herrschaftskoloß braucht sich nicht aufwärts zu schieben, er kann auch talwärts rollen. Und wie oft tut er es in der Geschichte.

Ein Lebensinteresse hat die Menschheit von jeher an sehenden, entdeckenden, führenden Persönlichkeiten gehabt. Wir brauchen nicht in die graue Vorwelt herabzusteigen, um die Einschätzung dieser Persönlichkeiten in der Geschichte und durch die Geschichte zu kennzeichnen, wir erleben ja tagtäglich die Wirkung, den Einfluß der Führenden. Der in die Weite räumlich und zeitlich sah, war dem Altertum ein Seher, ein Entdecker neuer Eigenschaften der Welt. Der Mythos verknüpft bezeichnenderweise die bahnbrechenden großen Persönlichkeiten direkt mit dem Himmel und erhebt sie zu Göttersöhnen, die von den Himmlischen mit Menschenkindern auf dieser Erde erzeugt sind. Darin prägt sich recht die frühere Wertung der Gedanken und Taten hervorragender Menschen aus. Der Reiner des Bodens eines Augiasstalls wurde in alter Zeit als Zeussohn kniefällig verehrt, der Entgifter des Bodens einer ganzen Großstadt, Pettenkofer, wird heute schlicht als Mensch, als hervorragender, weit-sichtiger und tatkräftiger Mensch gefeiert. Das Übernatürliche hat man nun wohl aus dem Wesen der großen Menschen entfernt, nicht aber ihre natürlichen, den menschlichen Durchschnitt überragenden geistigen und moralischen Qualitäten. Und über die Bedeutung dieser Eigenschaften für die Gestaltung höhern Kulturlebens ist sich heute auch der Arbeiter, der allen Autoritätsglauben und alle Personenvergötterung gründlich abgetan hat, völlig im Klaren. Diese Wertung spricht sich deutlich in seiner Beurteilung der Wirksamkeit von Männern wie Marx, Lassalle, Liebknecht und Auer aus. Wie wird in diesen Urteilen das Allerpersönlichste dieser sozialistischen Führer, die Besonderheit ihrer Charakteranlagen, die ganze Richtung ihres Geistes im Hinblick auf die Förderung der sozialdemokratischen Kulturbewegung betont!

Gewiß, bürgerliche Gelehrte und Ungelehrte stellen sich wohl heute noch die Sozialdemokratie als eine Art plattdrückender Gleichheitswalze vor, deren stupide Leiter die tiefgründigen Unterschiede unter den Menschen nicht kennen. In den Köpfen dieser Gelehrten und Ungelehrten verzerrt sich das sozialistische Postulat der Aufhebung der sozialen Klassen zu der Forderung der rücksichtslosen Beseitigung aller Höhen in der individuellen, geistigen und moralischen Beanlagung der Menschen. Sie sehen nicht das sich historisch wandelnde Moment in der Standes- und Klassenorganisation der Gesellschaft und werfen die Standesunterschiede kurzer Hand mit den Differenzen in der persönlichen Charakter- und Verstandesbildung der Menschen zusammen. Es genügt hier wohl eine kurze Erinnerung an die Polemik Engels' gegen Dühring, in der mit ganzem Nachdruck hervorgehoben wird, daß jede Gleichheitsforderung, die über die Abschaffung der Klassen hinausgeht, notwendig ins Absurde verläuft; es bedarf hier nur des Hinweises auf die Marxschen Ausführungen über die Bedeutung und Rolle der Direktionsarbeit in einem gesellschaftlichen Produktionsorganismus, um alle die törichten bürgerlichen Anschauungen über den rohen Gleichheitskommunismus der Sozialdemokraten zu widerlegen.

Marx und Engels haben uns allerdings gelehrt, wie fest alles geniale neue Schaffen mit dem kollektiven Schaffen vergangener Geschlechter verknüpft ist. Selbst überragende Persönlichkeiten gestalten nicht etwa göttergleich das Große aus dem Nichts. Ganz unvermittelt leuchtet kein neuer Gedanke auf, und kein neuer weltgeschichtlicher Wille greift ohne innere und äußere Veranlassung mit übermenschlicher Kraft in die Geschichte ein. Neben der weg-

weisenden Tätigkeit genialer Geister haben wir die ungeheure gestaltende Massenkraft der Ungenannten, Ungezählten schätzen gelernt. Und im engsten Zusammenhang mit diesem gigantischen Formen und Gestalten der Massen betrachten wir heute das individuelle Werk eines großen Kopf- oder Tatenmenschen. Aber damit schwärzen wir Sozialisten natürlich nicht das Strahlende und ziehen nicht das Große in den Staub. Uns dünkt, wir müßten es erst aus ihm mühsam herausziehen, denn unendliche Werte sind von früheren herrschenden Klassengesellschaften in Schutt und Staub begraben worden. Nicht innerlich Hervorragendes, sondern nur äußerlich Beherrschendes fand meist Gnade vor den Augen der Herrschenden. Was ihre Herrschaftsmacht nicht stützte und förderte, wurde oft bis aufs Messer bekämpft. Nun liegt es aber tief im Wesen alles großen Neuen, daß es an veraltete Herrschaftsverhältnisse anrennt. Und deshalb ist die Geschichte des menschlichen Kulturfortschritts eine Kampfes- und Leidensgeschichte des Neuen gegen das von herrschenden Klassen und Cliques zäh Gehaltene und Veraltete. Den großen Bringer des Kulturfortschritts der Feuerbeherrschung, den Prometheus, heftete der Vater der herrschenden Götterdynastie im Mythos schon an den Felsen; und damit ist das Los der Führenden, der Kulturförderer angedeutet. Die Gewalt der Herrschenden hat sich eben gegen die führenden Geister der Menschheit förmlich verschworen. Dem Weltentdecker Kolumbus droht der Tod aus der Hand seiner unwissenden, im Bann veralteter Vorstellungen stehenden Schiffsgenossen, im Dunklen liegen die Lebensschicksale Gutenbergs, dem kühnen Papin zerstören die im Existenzkampf bedrohten Interessenten sein neukonstruiertes Dampfschiff, der ehrsame Rat von Danzig ersäuft den Erfinder der Bandwebemaschine. In der gedrängten Geschichte Dr. J. Wernickes *Kampf um den wirtschaftlichen Fortschritt* sehen wir überall die Macht des politischen und sozialen Beharrens im heftigen Ringen gegen das Neue, ökonomisch Revolutionäre. Was haben *Staatsmänner*, was haben *Autoritäten* nicht gegen den Eisenbahnbau gesprochen und geschrieben?

Im Herrschaftscharakter der früheren Gesellschaften liegt wohl der vornehmste Grund für die massenhafte Vernichtung führender, großer Köpfe. Eine herrschende Klasse las aus ihrer Mitte nur die Köpfe aus, die ihren Herrschaftszwecken dienten. Die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft kam für die Auslese der Führenden gar nicht erst in Frage, da sie in harte Knechtschaftsverhältnisse gebannt war und gar nicht aufsteigen konnte. Der Sklave, der Leibeigene, der Zunftgeselle, sie konnten selbst bei größter genialer Begabung nicht hoch auf der gesellschaftlichen Stufenleiter emporklimmen. Die Klassengliederung der Gesellschaft bedeutete also gerade eine Massenvernichtung begabter Individuen. Nur Herrschende wurden von Herrschenden, und zwar zur Erfüllung ganz bestimmter Herrschaftsaufgaben, *ausgelesen*. Und selbst diese Auswahl erfolgte noch sehr willkürlich und launisch, und es ist fast wunderbar, wie bei aller Regellosigkeit der Auswahl dennoch die Menschheit vorwärtskam. Den darwinistischen Soziologen, die mit vollen Backen die Wirksamkeit des Prinzips der Auslesen in der Gesellschaftsgeschichte preisen, muß man immer vor Augen halten, daß selbst nach den Aufzeichnungen der im Interesse der Herrschenden schön färbenden Geschichte oft die ungeeignetsten Männer leitende Positionen einnahmen. Die Historie ist bei ihrer kritischen Prüfung der intellektuellen und moralischen Eigenschaften der führenden Persönlichkeiten früherer Zeiten durchweg bescheiden genug, sie erkennt diesen meist schon überragende Talente zu, auch wenn sie nur

klug, geschickt, rücksichtslos die selbstsüchtigen Interessen der Herrschenden förderten. Und doch: Wie wenige Staatsmänner selbst in diesem Sinn des Worts weiß die Geschichte zu nennen!

Wie geschah die Auslese der Führenden im Staatsleben? Die Souveräne wurden überhaupt nicht auserlesen sondern direkt in ihre Stellung hineingeboren. Und ihre Geburt wiederum kam unter Ausschaltung aller Prinzipien einer gesunden Zuchtwahl zustande. Ihre Erzeuger hatten ja durchweg ihre Ehen nur im Hinblick auf eine tatsächliche oder mögliche Machterweiterung abgeschlossen. Das sich zu großer politischer Bedeutung emporheiratende Österreich ist nur ein typisches Beispiel für die Art der Eheschließungen in den Fürstenthümern. In die Stellungen der hohen geistlichen Würdenträger rückten fast ausnahmslos Söhne der souveränen oder halbsouveränen Häuser ein. Zu den diplomatischen Stellungen stiegen meist nur die Abkömmlinge der alten adligen Familien empor, es müßte denn ein Staatsmann gerade seine Auslese dem prüfenden, in Liebesaffären gewiß sachkundigen Blick einer fürstlichen Mätresse verdanken. Über die Herkunft der leitenden Staats- und Hofbeamten schöpfen wir wertvolle Details aus der *Geschichte der Höfe* von Vehse. Die gleichen Adelsgeschlechter besetzen durch Jahrhunderte die leitenden Staatsstellungen. Wenig Abwechslung, wenig Auslese.

Die Brauchbarkeit der Auserkorenen für die führenden Posten der Gesellschaft hängt nun in hohem Maß von der Qualität der Wählenden ab. Mit der Geistesverfassung und dem Charakter der Erkürenden war es aber in bestimmten Stadien der menschlichen Entwicklung gar trübe und armselig bestellt. Weit unter dem geistigen Mittelmaß standen vielfach die Herrschenden, und von Mittelmäßigen darf man wahrlich nicht die Entdeckung führender, genialer Persönlichkeiten erwarten. Man versteht die unsägliche Mißwirtschaft in den deutschen Kleinstaaten des 18. Jahrhunderts, wenn man die Masse gewissenloser Herrscher, entarteter Halb- und Ganzidioten und geborener Verbrecher unter den deutschen Souveränen Revue passieren läßt. Bekannt ist ja das aus einer intimen Kenntnis des deutschen Hoflebens geschöpfte Urteil des Grafen von Mansfeld über Deutschlands Souveräne: »Deutschland wimmelt von Fürsten, von denen drei Vierteile kaum gesunden Menschenverstand haben und die Schmach und Geißel der Gesellschaft sind. So klein ihre Länder, so bilden sie sich doch ein, die Menschheit sei für sie gemacht, um ihren Albernheiten als Gegenstand zu dienen. Ihre oft sehr zweideutige Geburt als Zentrum alles Verdienstes betrachtend halten sie die Mühe ihren Geist oder ihr Herz zu bilden für überflüssig und unter ihrer Würde.« Man sieht, daß das Prinzip der Auslese für die führenden politischen Stellungen im 18. Jahrhundert direkt auf den Kopf gestellt war. Aber weshalb gedeihen da und dort bei aller despotischen Mißwirtschaft in diesem Jahrhundert sozial und wirtschaftlich fortschrittliche Institutionen? In einem Punkt verschlang sich nämlich das Selbstinteresse des Herrschenden mit den Interessen des Beherrschten: in der Zunahme der zahlungsfähigen Bevölkerung. Die *vielsvielen* Zahllosen haben nur als Zahlende Bedeutung für den absoluten Fürsten. In ökonomisch aufstrebenden Menschen sieht er nur wertbringende, einträgliche Objekte, nicht an sich wertvolle Subjekte. Populationspolitik treiben die aufgeklärten Despoten des 18. Jahrhunderts mit besonderem Eifer.

Bisher kam in der Geschichte der Gesellschaft das Prinzip der Auslese immer in sehr verstümmelter, ja verzerrter Form zum Ausdruck: Kleine Minoritäten

MAX HOCHDORF · IN DER STRASSE VOM GESEGNETEN BAUM



ANZ still war der Theatersommer, denn die Abende kühlten sich nie ab, und kein Mensch mochte im Parkett oder auf der Galerie ersticken. Deshalb waren nie so viel Choristen, Bauchredner, Hundedresseure, Schlangennmenschen und Geisterseher brotlos gewesen wie in diesen Hundstagen. Deshalb saßen auch der Tellerjongleur, der Kunstpfeifer und der Fakir traurig und allein in der Kneipe in der Straße vom gesegneten Baum. In der Straße liegt ein von heiligen Schwestern gehaltenes Erziehungsheim für junge Mädchen. Man nimmt Interne auf und auch Externe, also solche, die sich bei den Nonnen zugleich geistig und körperlich sollen pflegen lassen, und solche, die nur zur Bildung des Herzens bei den Himmelsfräulein einkehren. Der gedeckte Tisch steht für sie bei den Eltern. In der niedrigen, schmalen, schmutzigen Kneipe kostet der Schoppen 12 Halbe, 12 kleine, kupferne Centimesstückchen. Das Beefsteak wird mit 15 Sous bezahlt und noch morgens um 4 Uhr mit Bratkartoffeln serviert.

Dort wohnen jetzt Herr Dolores, seine Gattin Amelie, Maria Josefa, das Töchterlein der beiden, und die goldhufige Zizi. Während die Kellnerin hin- und hergehetzt wird, von der Küche zum Bierhahn, vom Keller zu den Tischen der zahlreichen Gäste, bedienen sich Amelie, Dolores, Maria Josefa und Zizi stets selber. Sie wagen es gar nicht, die Kellnerin zu bemühen. Sie bilden eine Familie um einen Tisch, abseits von den übrigen. Es muß hier erklärt werden, daß Zizi eine goldhufige Gais ist, ein Zicklein, das über die besten Künste herrscht. So kann Zizi auf einem ganz schwankenden, losen Palast euporklettern, der aus Flaschen gebaut ist und zum Turm wieder eine laughalsige Flasche trägt. Zizi zaubert sich langsam hinan, schwingt sich, keiner weiß, mit welchen Mitteln einer märchenhaften Geschicklichkeit, auf den himmelblauen Metallhut der Turmflasche, allwo Zizi ihre goldenen Hufe auf einem rätselhaft winzigen Flecken ruhen läßt. Der Flaschenpalast stürzt nicht, er wankt nur einen Hauch nach den vier Himmelsrichtungen. Und wenn im Zirkus oder im Theater die Menschen die beifallklatschenden Hände aufheben, springt Zizi mit dem schlanksten Sprung von der Welt zur Erde. Das klappert dann, das zittert dann unter den goldenen Hufen. Und trotz dieses Genies, das Herr Dolores gezüchtet und entdeckt und mit pädagogischer Geduld erhöht hat, muß Zizi Hunger leiden, gleich ihrem Lehrer und Herrn und der Herrin Amelie und dem Töchterlein Maria Josefa. Hier muß erklärt werden, daß Maria Josefa 4 Monate zählt, daß sie eben die Augen aufschlug, als auch die weißen, sonnenbegehrlichen Maiglöcklein über die Erde hinauswachsen.

Herr Dolores findet gar keinen Unterschlupf mehr. Man mag ihn nicht in der Manege, und man mag ihn nicht mehr auf der Bühne; man schickt ihn sogar in der Jahrmarktsbude zum Teufel, weil es doch schon Menschen gibt, die einen Löwenkopf haben oder mit den Fußzehen Klavier spielen oder glühendes Pech lecken oder oben eine liebliche Frau und unten ein grimmiger Bär sind. Wie sollte da Zizi bestehen, trotz ihrer Akrobatenleichtigkeit, trotz ihrer blitzend vergoldeten Hufe? Herr Dolores hat nichts, er verdient nichts. Er hat nur die Frau, das Kind, die Ziege. Das sind vier hungrige Kehlen, und in der Kneipe in der Straße zum gesegneten Baum fließt ihm der Kredit jetzt so spärlich, so schwierig. Die Vier werden nur noch geduldet, aber nicht

genährt, und sie haben Künstlerstolz, daß sie nicht auf die Straße gehen, daß sie nicht die Hand ausstrecken. Frau Amelie ist sicher engelsgütig. Sie will fasten, damit Maria Josefa zu essen hat. Das wäre ein schöner, lobenswerter Plan. Doch Amelie ist die Amme der Maria Josefa, und wenn das Kleine die Lippen spitzt und sich quält und sehnsüchtig schmatzt und keinen Tropfen Milch mit den trockenen Lippen findet, dann hat Frau Amelie Tränen, die sie kaum noch verhehlen kann. Dann geht Herr Dolores zur Frau Wirtin, die viel auf der Rennbahn verliert, und Dolores legt sich aufs Bitten. Er kann keine Taschenuhr mehr verpfänden und auch keinen silbernen Totenkopfring mehr. Doch er bietet einen kostbaren Talisman an, den Finger eines Erhängten. Die Wirtin meint, daß dieser Glücksfinger nichts wäre als ein altes Stück Riemenleder, und sie nimmt ihn dennoch als Pfand für zwei Beefsteaks, ein Glas Milch und einen Sahnenkäse. Sie schwört, was sie schon zehnmal geschworen hat, daß es diesmal das allerletztmal sein soll, daß sie sich nur aus Mitleid — — —

Um für Maria Josefa Nahrung zu haben, nährt sich Frau Amelie. Das Kind findet nachher wohl Milch, obgleich es Frau Amelie stechend bohrt bis zum Herzen. Das Kindlein saugt sich satt, lächelt, ballt die Fäuste im Behagen, senkt die Augenlider in Schläfrigkeit. Da ist Zizi neugierig geworden, und sie drängt auch ihren Kopf zur Mutterbrust, und da Maria Josefa schon schlummert, hat die Mutter Furcht sich zu rühren. Zizi stiehlt der Mutter die letzte Kraft, indem sie gleich dem Säugekind tut. Erschrocken, stöhnend läßt die Mutter geschehen, um das Kleine nicht zu stören. Die Mutter denkt, daß eine Geisterhand mit einer spitzigen Sonde jegliche Kammer ihres Herzens aufwühle und das Fleisch tausendfältig zerstoche. Endlich achtet sie nicht mehr auf Schlaf und Schlummer des Kindes. Sie schreit, sie weint auf, sie verjagt Zizi.

Aber etwas ist geschehen, was kommen mußte. Der Gais sind die Schuppen von den Augen gefallen. Sie ist eifersüchtig geworden und tückisch auf Maria Josefa. Zizi wittert es, wenn die Mutterbrust sich öffnet. Zizi will das Kind um seinen armen Teil an Lebenszehrung betrügen. Zizi ist wild geworden, sie stößt nach Maria Josefa mit den Hörnern. Erst erschien das als eine artige willkommene Zerstreung, als eine Ablösung in dem Einerlei des Hungerns. Erst konnte Dolores lächeln und auch Amelie, wenn Maria Josefa belustigt und heiter jubelnd mit den Händen in die Barthaare Zizis patschelte. Aber Zizi wurde boshaft, mit den Hörnern gefährlich für die Augen des Kindes. Frau Amelie sah, daß sie den beiden Kreaturen mit ihrer Kargheit nicht genug tun konnte. Amelie bat ihren Gatten um Beistand. Der hörte sie nicht, der war stumpf geworden, abgemattet, ein regungsloser Mann, der dem Schicksal nicht mehr begegnen konnte. Das Amulett war verkauft, die Taschen des Herrn Dolores waren vollständig ausgeleert. Auch sein Schatz an Schmeicheleien, an Versprechungen, Verwünschungen, Flüchen und süß bettelnden Worten war erschöpft. Nichts, nichts mehr zum Kauen. Alle Direktoren, Schaubudenbesitzer schickten Dolores und Zizi auf die Straße. Da ließ er die goldhufige Gais bei den Seinen, und er stieg allein zum großen Boulevard nach dem Mittelpunkt der Stadt, um seinen Künstlerstolz zu begraben, um nun dennoch die Hand hinzustrecken, zu den Sommerreisenden, zu den freigebigen Hochzeitsreisenden, zu Börsenspielern. Auch haben die Kellner häufig ein gutes Herz und einen Fleischrest auf dem Teller.

Dolores fing eben an die Griffe seines neuen Berufs zu lernen, als Frau Amelie die Tat beging, durch die Zizi ihre Künstlerlaufbahn unterbrechen mußte. Zizi hörte nicht auf das Kind seiner Speise zu berauben. Die Mutter schlug nach dem Tier, sie fesselte es. Zizi kehrte immer wieder; sie riß sich los. Sie war jetzt unersättlich die Nebenbuhlerin von der Mutterbrust zu verdrängen. Da wußte sich die Mutter keinen Rat mehr. Sie lockte Zizi, sie umschloß den Hals des Tieres, sie drückte, drückte — — Welch Wunder, daß sie noch so viel Stahl in den Fingern hatte! Den Stahl der Verzweiflung das karge, magere Mahl zu retten, nicht schmälern zu lassen, das die Mutter dem wimmernden Kinde einflößen konnte, der im ersten Frühling mit den Maiglöckchen geborenen Maria Josefa. Dann war die Mutter still, sehr schwach, dennoch sehr zufrieden. Sie nahm das Kleine, sie wiegte das Kleine, sie strichelte das Kleine, sie küßte das Kleine auf jede Stelle des Leibes. Noch vier Tage nachher hatte Herr Dolores einen besänftigten Magen, und er kostete, nicht gehetzt zur Bettelei, die bittere Kränkung seines Künstlerstolzes. Er kostete von den Lenden, von der Brust, von den Schulterblättern der goldhufigen Gais, und Frau Amelie sprach nichts, klagte nichts vor Seligkeit, da Maria Josefa des Schwelgens nimmer müde wurde.

Das Brennen spürte die Mutter nicht mehr und auch das Bohren nicht mehr in ihrem Herzen. Und es war auch kein Schmerz sondern eher eine heilige Freude, als bald darauf Frau Amelie die Augen schloß und den Mund auf-tat, aus dem der letzte Atemhauch entglitt, der über das Gesicht des Kindes säuselnd wehte. Sie saß auf einer Holzbank in der Kneipe in der Straße vom gesegneten Baum. Maria Josefa kugelte aus den Händen der Mutter, daß der Vater sie auffangen mußte. Und Dolores nahm sein Kind. Dolores trug sein Kind, da er für die Bettelei zu stolz war und bei sich keinen Tisch decken konnte, zu den Nonnen. Auf der Schwelle, die von den Internen und Externen überschritten wird, legte er das Kind nieder. Denn er hoffte, daß der Fund erst als unwillkommen und entsetzlich beschrien würde; dann jedoch als lieblich, als Himmelszeichen, als Gotteswink, als Engelswerk. Er täuschte sich nicht. Und als man ihn dann wegen Kindesaussetzung ein Vierteljahr lang ins Gefängnis schickte, hegte er auf den Herrgott gar keinen Zorn. Er beschloß nur Möglichkeiten zu suchen die 3 Monate der Ruhe in 3, vielleicht auch 30 so köstliche Jahre umzuwandeln.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

**Auslands-
politik und
Demokratie** Man hat der Demokratie nicht selten den Vorwurf gemacht, daß sie den großen Umwälzungen und Aufgaben der auswärtigen Politik ein zu geringes Verständnis und eine allzu laue Teilnahme entgegenbringe. Leicht erklärlich und bis zu einem gewissen Grad entschuldbar, denn ihre ganze Anschauungswelt und nächste Betätigung sei fast ausschließlich aus dem Bedürfnis und Streben nach

inneren Reformen emporgewachsen, so daß sie alle darüber hinausragenden Probleme instinktiv als etwas Fremdartiges und Ungewohntes empfinde, ja sogar häufig als gefährliche Störung ihrer engeren eigenen Kreise ablehne und verabscheue. Es gibt selbst in England heute noch politische Theoretiker, die Liberalismus und Schwäche nach außen für unzer-trennlich halten, und die deshalb — oft genug, ohne selber konservativ zu sein — die Notwendigkeit einer periodischen Rückkehr zu konservativer Staatsleitung verkünden, um die während des liberalen

Regimes vernachlässigten internationalen Interessenfragen, Fragen des Rechts wie der Macht, mit größerm Weitblick und festerer Entschlossenheit zur Erledigung zu bringen. Mitunter verdichtete sich diese Anschauung jenseits des Kanals zu der philosophisch resignierten Lehre, daß für große innere Umgestaltungen das Heil von links, aber für die nicht minder großen und nicht minder notwendigen auswärtigen Umwälzungen das Heil vorwiegend von rechts zu erwarten sei.

Wenn gerade die englische bürgerliche Demokratie, mindestens während der jüngsten Vergangenheit, am wenigsten diesen hippokratischen Grundzug aufweist, so dankt sie dies der reichen praktischen Schulung und Erziehung, die aus der immer erneuerten Leitung eines mächtigen, in allen Erdteilen fußenden Staatswesens unwillkürlich ganz von selber sich ergibt. In letzter Zeit haben diese Liberalen stets die historisch vielgerühmte *aktivere* Auslandspolitik der Konservativen fortgesetzt, oft genug sogar schon an Aktivität überboten. Umgekehrt kann man an unserer deutschen bürgerlichen Demokratie, besser fast als an jeder andern, beobachten, wie die geringe Beteiligung an der Führung der Staatsgeschäfte, dazu in den dereinst vollsonveränen Klein- und Mittelstaaten die geistige *Kantönliv*erkümmern von jeher den Nerv für die tiefgehenden, zwar kräfteverzehrenden, aber auch kräftestählenden Rivalitäten der Völker und Völkergruppen lange Zeit ganz tötete oder bis zur Unwirksamkeit lähmte. Noch bis weit nach der Reichsgründung blieb ein ansehnlicher Teil unserer radikalsten süddeutschen *Volkspartei*er partikularistisch-reaktionär und fand nicht das geringste Verständnis für die diesen partikularistischen Horizont allerdings gewaltig übersteigenden Revolutionen von 1866 und 1870. Andererseits war die norddeutsch-preußische Demokratie wohl bis zur Erkenntnis des fundamentalen, die damalige auswärtige Politik beherrschenden Gegensatzes zwischen Preußen und den österreichisch gerichteten Staaten vorgezogen, aber vor lauter konstitutionellen Befürchtungen und inneren Verfassungskonflikten verweigerte sie dem eigenen Preußenstaat diejenigen Machtmittel, mit denen allein der Sieg der liberalen Wirtschaft-, Verfassungs- und Rechtseinheit durchgesetzt werden konnte. Wenn alsdann die Umwälzungen von 1866 und 1870 in einem Riesentriumph und damit in einer ungeahnten Stärkung gerade der

Regierung Preußens endeten, so hat der deutsche bürgerliche Liberalismus diese Selbstschwächung, deren verhängnisvolle Folgen bis zum heutigen Tag noch nicht überwunden sind, nur der frühern eigenen politischen Unzulänglichkeit, das heißt vor allem seiner unglückseligen Stellungnahme zu der Kernfrage der auswärtigen Politik jener entscheidenden Zeit zuzuschreiben.

Eine ähnliche Erfahrung wiederholt sich jetzt in der Weltpolitik, dieser natürlichen und deshalb unaufhaltsamen Fortbildung der Politik der Nationalstaatserschöpfung und -konsolidierung, nachdem diese ihre Ziele in Europa im allgemeinen erreicht hat und nur in Halbasien ihren Abschluß noch zu suchen braucht, soweit hier überhaupt ein haltbarer Abschluß denkbar ist. Weite linksliberale Kreise haben abermals erst sehr allmählich und sehr widerstrebend eine richtige Vorstellung von der Bedeutung der neuen weltwirtschaftlichen Entwicklungsperiode und ihrem machtpolitischen Niederschlag gewonnen. Auf der äußersten Linken, das heißt heute: innerhalb der Arbeiterbewegung, ist vollends noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten, ehe die alten konservativen, kleindeutschen Vorstellungen und Neigungen genügend überwunden sind, die in den alten, kleinen Verhältnissen der Einzelstaaten und des Reichs und unter unsern früheren unentfalteteren Weltwirtschaftsbeziehungen naturgemäß entstehen und sich festwurzeln mußten. Manchem unserer Parteigenossen kam tatsächlich heute noch das Bebel'sche Wort in Jena überraschend, daß uns bei unseren modernen vielverzweigten Wirtschaftszusammenhängen beispielsweise Marokko nicht gleichgültig sein dürfe. Ferner, wie lange hat es gedauert, ehe Parteiblätter, die sich noch dazu ständig ihrer überlegenen Einsicht in alle weltwirtschaftlich-fortschrittlichen Entwicklungen rühnen, glücklich wenigstens so weit geistig vorgerückt sind im Imperialismus — wie dies hier an dieser Stelle seit Jahren radikal tauben Ohren gepredigt wurde — die der höhern, nicht der niedern Stufe des Kapitalismus adäquate Politik zu sehen, während er bisher von der gleichen Seite nach guter altüberlieferter Schablone gewöhnlich nur als Rückfall in überlebte barbare, für eine niedrigere wirtschaftliche Entwicklungsstufe kennzeichnende kapitalistische *Verirrungen* behandelt wurde. Selbst die *Leipziger Volkszeitung* verkündigt seit ein paar

Wochen ihren Lesern mit nicht geringem Stolz, zu welcher vortrefflichen Einsicht sie nunmehr — es war wirklich die höchste Zeit — in dieser Richtung vorgedrungen sei; nur die einzig folgerichtigen Konsequenzen daraus will sie noch immer nicht ziehen.

✕ **Auslandspolitik und Sozialismus** Die weitestgehende Kundgebung in diesem Sinn liegt jetzt in einer Schrift des Genossen Gerhard Hildebrand vor. (*Sozialistische Auslandspolitik* / Jena, Diederichs/). Ich halte viele Anschauungen Hildebrands über die Schwäche der industriestaatlichen Entwicklung gegenüber der vermeintlich so robusten Lebenskraft der bisher mehr agrarischen Staaten für einseitig übertrieben. Auch die Anwendung des Wortes *sozialistisch* im Gegensatz zu *nationalistisch* und *kapitalistisch* ist wenig glücklich. Weiter wirft der Solinger Genosse viel zu rasch und unterschiedslos notwendige weltpolitische Betätigung und Unentbehrlichkeit neuen eigenen kolonialen Erwerbs zusammen. Darüber wird später noch manches zu sagen sein. Die Darlegungen aber, welchen Wert Afrika im allgemeinen und in seinen einzelnen Teilen für die Versorgung Europas mit Lebensmitteln, Metallen, Rohstoffen haben kann, wie ungleichartig die koloniale Expansion Frankreichs, Englands, Amerikas, Rußlands und Deutschlands, sehr zum Nachteil des letztern, verlief, wie dieser unglückliche Verlauf zuletzt sogar durch systematische Feindseligkeiten seitens Englands und in seinem Gefolge Frankreichs verschärft wurde, gehören zu dem Besten, was überhaupt darüber geschrieben wurde, und noch vor nicht allzu langer Zeit wäre es ganz undenkbar gewesen, daß in derartigen weltwirtschaftlichen Fragen so viel Sachkunde und Umsicht von sozialdemokratischer Seite bewiesen werden könnte. Man braucht sich nur der letztjährigen weltpolitischen Schriften der Genossen *Parvus* oder *K. Kautsky* zu erinnern, um den Abstand und den Fortschritt auf das sinnfälligste festzustellen. Auch die Nutzenanwendung, die Hildebrand schließlich wegen Marokkos zieht, wird man ihrem Kern nach nur unterschreiben können: »Auch wer, wie der Verfasser dieser Schrift, die Formen und Mittel der deutschen Auslandspolitik oft genug scharf kritisiert und der blinden Unterwürfigkeit großer Volksteile unter die offizielle politische Führung lebhaft entgegenzuwirken versucht hat, muß ange-

sichts der im letzten marokkanischen Entwicklungsstadium hervorgetretenen absoluten Gleichgültigkeit der französischen Regierung gegen alle noch so berechtigten und vertragsmäßig noch so gesicherten deutschen Interessen gestehen, daß sich die deutsche Regierung ähnlicher Provokationen anderer Staaten durch die Tat niemals schuldig gemacht hat. Es scheint, als ob es in Frankreich zahlreiche und jedenfalls sehr einflußreiche Leute gibt, die in blindem Haß gegen Deutschland oder in skrupelloser Spekulation auf innere Gegensätze des deutschen Volkes oder in bestimmter Hoffnung auf jede etwa notwendige Unterstützung seitens anderer Mächte oder endlich in zuversichtlicher Erwartung auf die Schwäche und Unentschlossenheit irgendwelcher in Deutschland maßgebender Personen alle Rücksichten fahren lassen zu können glauben. Aber das ist ein gefährliches Spiel. Es steht nicht so, daß Deutschland unter allen Umständen darauf angewiesen wäre sich jede Zurücksetzung, jede Verletzung seiner Interessen gefallen lassen zu müssen. Der Versuch das deutsche Wirtschaftsleben einzuschüüren, ihm jede Bewegungsfreiheit in großen und zukunftsreichen Ländern zu nehmen, seine kolonialen Bedürfnisse zu ignorieren muß früher oder später — bei der starken Entwicklung aller Verhältnisse unter Umständen sehr bald — zu elementaren Gegenbewegungen führen, die zu vermeiden, denen zuvorzukommen im Interesse aller Beteiligten liegt.« Aus den oben angeführten Gründen kann man der Schrift in parteigenössischen Kreisen nur recht viele Leser wünschen.

✕ **Kurze Chronik** Nach einem Ultimatum an die Türkei vom 27. September begann die italienische Regierung mit der Blockade und Besetzung von Tripolis, das ihr schon vor Jahren durch eine Verständigung mit England und Frankreich als Einflußsphäre zugewiesen worden war. ✕ Große, offenbar von langer Hand vorbereitete revolutionäre Bewegungen, die sich äußerlich gegen die Oberherrschaft der Mandschus zuspitzen, sind in den Süd- und Mittelprovinzen Chinas ausgebrochen. ✕ Die kanadischen Wahlen brachten Ende September einen Umschwung zugunsten der Konservativen und gegen das Reziprozitätsabkommen mit den Vereinigten Staaten. ✕ Die belgischen Gemeinderatswahlen fielen glänzend für das sozialistisch-liberale Kartell aus.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Partei und Genossenschaft Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratie hat sich zweimal mit den Konsumvereinen befaßt. Zuerst nahm er eine vom Abgeordneten Südekum begründete Resolution an, in der angesichts der unerhörten Preissteigerung aller Lebensmittel neben sonstigen politischen Maßregeln der konsumgenossenschaftliche Zusammenschluß der Massen des Volkes gefordert wird. Sodann lag eine von der Verbandsgeneralversammlung Groß Berlins eingebrachter Antrag vor, der unter Berufung auf den Beschluß des Magdeburger Parteitags zur Genossenschaftsfrage, der die Erfüllung der Konsumvereine mit sozialistischem Geist fordert, sich gegen den »Neutralitätsfanatismus« des Generalsekretärs Heinrich Kaufmann wendet und die Arbeiter zu massenhaftem Beitritt in die Konsumvereine auffordert, um dort im Sinn der Magdeburger Resolution zu wirken. Der Antrag kam jedoch nicht zur Debatte, da Genosse Göhre ihn im Namen der Berliner Genossen zurückzog. Gegen dieses Vorgehen wandte sich Engler-Freiburg, der es als illoyal bezeichnete erst einen derartigen Angriff zu unternehmen und es dann durch Zurückziehung des Antrags unmöglich zu machen darauf zu erwidern. An diesen Vorfall knüpfte sich noch eine äußerst scharfe Preßdebatte zwischen Göhre im *Vorwärts* und Dr. August Müller in der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau*, die irgendetwas Neues indes nicht zutage brachte.

Solche Vorgänge sind natürlich höchst bedauerndwert und nicht geeignet das gute Einverständnis zwischen Partei und Konsumvereinsbewegung zu fördern. Ich habe meine Meinung über Kaufmanns Neutralitätsstandpunkt schon bei anderer Gelegenheit gesagt (siehe diese Rundschau, 1911, 2. Band, pag. 786 ff.). Der Generalsekretär ist selbst gewiß nicht unschuldig daran, wenn die Ansicht aufkommt, daß er ein Abrücken der Konsumvereine von der Partei wünscht. Trotzdem dürfte nicht ein Parteitag sondern ein Genossenschaftstag der geeignete Ort sein ihm in dieser Beziehung entgegenzutreten, wie auch die dort anwesenden Delegierten allein die Kompetenz haben über diese seine Politik zu richten. Auf alle Fälle muß die in Jena geübte Art des Vorstoßes als höchst unglücklich bezeichnet werden, da sie nur böses Blut erzeugte, ohne wenigstens die Möglichkeit zu schaffen die Ansicht der

Mehrheit der Parteigenossen zu dieser Frage kennen zu lernen.

Gewerkschaft und Genossenschaft Der 8. deutsche Gewerkschaftskongreß nahm auch zu den die Gewerkschaften

und die Genossenschaften gemeinsam betreffenden Fragen und Aufgaben Stellung, die bereits die beiden letzten Genossenschaftstage beschäftigt hatten. Es handelte sich um die Vereinbarungen über die Behandlung der Heimarbeits- und Strafanstaltserzeugnisse durch die Genossenschaften, die Anerkennung der gewerkschaftlichen Tarife bei Lieferungsauträgen und bei der Vergebung von Arbeiten durch die Genossenschaften, die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, die Verhängung von Boykotts und die Stellungnahme zu der Gründung neuer Produktivgenossenschaften (siehe diese Rundschau, 1910, 2. Band, pag. 979). Sämtliche 6 Resolutionen, die über diese Fragen vorgelegt worden waren, wurden angenommen. Sodann beschäftigte sich der Kongreß mit der Errichtung einer gewerkschaftlichen genossenschaftlichen Volksversicherung (siehe diese Rundschau, 1911, 2. Band, pag. 913 ff.; ferner die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung*, 1911, 2. Band, pag. 1050). Nach kurzer, zustimmender Erörterung wurde die von dem Referenten Bauer-Berlin vorgelegte Resolution, in der die *Generalkommission* beauftragt wird gemeinsam mit dem *Zentralverband* die Aufgabe in Angriff zu nehmen, angenommen.

Damit ist die prinzipielle Grundlage für das große Werk, das Konsumvereine und Gewerkschaften in einer machtvollen Aktion der Selbsthilfe vereinigen soll, gelegt. Hoffen wir, daß seine praktische Durchführung ebenso glatt und einmütig von statten gehen wird.

Steuerung Die Hamburger Bürgerschaft hat dem Konsumvereinssteuermonstrum ihre Zustimmung gegeben. Obwohl sogar ein Redner der Rechten, der Bankier Warburg, die Steuer als eine »höchst unglückliche« bezeichnete, erfolgte doch die Annahme des Gesetzes mit 80 gegen 67 Stimmen. Gegen die Annahme stimmten die Sozialdemokraten und die *Vereinigten Liberalen*, die alle vollzählig anwesend waren.

Die Hamburger Konsumvereinsgegner haben sich jedoch nicht allzu lange ihres Sieges freuen können. Die *Produktion*

hat die Konsequenz aus der Ungerechtigkeit der neuen Steuer gezogen, indem sie einfach ihren Betrieb der Form nach aus einem genossenschaftlichen in einen kapitalistischen verwandelt hat. Das heißt: Die Genossenschaft *Produktion* bleibt in ihrer alten Form bestehen; es ist aber daneben eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung *Produktion* mit einem Kapital von 100 000 Mark in das Handelsregister eingetragen worden, die die geschäftlichen Unternehmungen der Genossenschaft übernehmen wird. Die Genossenschaft *Produktion* und der Geschäftsführer Postel bilden die Gesellschafter. Selbstverständlich bleiben den Mitgliedern alle seitherigen Rechte erhalten.

In anderen Ländern ist es umgekehrt: Da genießen die Genossenschaften solche gesetzlichen Vorteile gegenüber den Privatunternehmungen, daß sich manches kapitalistische Unternehmen in der Form der Genossenschaft konstituiert, um dieser Vorteile teilhaftig zu werden. Bei uns muß sich die Genossenschaft in die kapitalistische Form flüchten, um ihre Mitglieder vor ungerechter Behandlung durch den Gesetzgeber zu schützen.

Auch das liberale **Hessen** hat nunmehr ein Gemeindesteuergesetz erhalten, durch das in diesem Land in Zukunft alle Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Diese Belastung verdanken die Konsumvereine dem Zentrum, das die betreffende Bestimmung in der Zweiten Kammer mit 2 Stimmen Mehrheit durchsetzte. Außerdem können die Konsumvereine kraft des neuen Gesetzes auch noch zur Warenhaussteuer und Filialsteuer herangezogen werden. Es steht den Gemeinden frei die erstgenannte Steuer als Zuschlag zur Gewerbesteuer oder als Umsatzsteuer zu erheben. Nur darf sie 15 % des Umsatzes nicht übersteigen. Die Filialsteuer kommt für solche Vereine in Betracht, die in anderen Orten als dem Sitz des Hauptgeschäfts Filialen unterhalten.

X X
Lagerhalter Der Lagerhalterverband hat für das Jahr 1910 wiederum eine Statistik über die Ge-

halts- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder aufgenommen. Sie zeigt, daß, wenn auch hier noch nicht alles so ist wie es sein sollte, doch die Verhältnisse sich dauernd gebessert haben. So hatten von den 2710 Personen, für die die Arbeitszeit ermittelt wurde, eine solche bis

zu 60 Stunden wöchentlich 35,7 % gegen 17,2 % 1908, von 61 bis 70 Stunden 40,8 % gegen 25,6 %, 71 bis 80 Stunden 16,3 gegen 43,9 %, 81 bis 90 Stunden 6,6 gegen 25,6 % und 91 bis 96 Stunden 0,7 gegen 0,3 %. Der Prozentsatz der mit kurzer Arbeitszeit Beschäftigten hat sich also bedeutend vergrößert. Immerhin ist es noch schlimm genug, daß jetzt noch 24 % über 70 Stunden wöchentlich arbeiten müssen, was höchstens durch den Umstand in mildere Beleuchtung gerückt wird, daß auf dem Lande und in kleineren Städten häufig die Läden lange Zeit offen bleiben müssen, ohne daß während der ganzen Zeit intensiv gearbeitet wird. Bedauerlich ist, daß die Statistik zwischen den Vereinen des *Zentralverbands* und den diesem nicht angeschlossenen keine Unterschiede macht; sonst würde es möglich sein den günstigen Einfluß, den der Verband auf die Arbeitsbedingungen der in seinen Vereinen Angestellten ausübt, auch hier nachzuweisen. Mittagsladenschluß war für 1330, also etwa die Hälfte aller Lagerhalter eingeführt; doch berichten auch alle übrigen, soweit sie sich überhaupt zu der Frage geäußert haben, über kürzere oder längere Mittagspausen. Vollkommene Sonntagsruhe hatten 57,5 % der Befragten, Achttuhrladenschluß mindestens an 5 Wochentagen 85 %.

Was die Gehaltszahlung anlangt, so erfolgte sie noch bei 5,8 % der Angestellten nach dem Prozentsystem, und zwar wurden 1 % bis 5 % des Umsatzes als Vergütung gezahlt. Von den im festen Monatsgehalt Angestellten erhielten ein Salair bis zu 80 Mark 7,0 % (6,2 in 1808), 81 bis 90 Mark 3,4 (3,8) %, 91 bis 100 8,4 (10,7) %, 101 bis 120 17,8 (18,2) %, 121 bis 150 29,0 (32,0) %, über 150 Mark 34,1 (29,0) %. Auch auf diesem Gebiet sind die in der kurzen Zeit von 2 Jahren gemachten Fortschritte zu erkennen. Zu diesen Gehältern kommen noch in einer Anzahl von Fällen freie Wohnung oder Wohnungsentschädigung. Dafür müssen allerdings auch öfters Familienangehörige des Lagerhalters mit in der Verkaufsstelle zur Bewältigung des großen Umsatzes tätig sein. Ferien hatten von 2710 Angestellten 2002, das sind 73,8 %.

An den in den Händen der aufgeklärten Arbeiterschaft befindlichen Konsumvereinen ist es durch Beispiel die Erreichung mustergültiger Arbeitsbedingungen für alle Genossenschaftsangestellten zu beschleunigen.

X

X

Landwirtschaftliche Genossenschaften Am 13. und 14. Juni tagte in Hannover der 27. deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag. Der Jahresbericht läßt eine außerordentlich günstige Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Deutschland erkennen (siehe auch beispielsweise die Rubrik *Landwirtschaft*, in diesem Band, pag. 1442). Es gehörten dem Reichsverband am 1. Juli 1911 19 579 Genossenschaften an (gegen 18 962 am 1. Juli 1910), und zwar waren dies 79 (78) Zentralgenossenschaften, 13 203 (12 894) Spar- und Darlehnskassen, 2148 (2077) Bezugs-, 2093 (2028) Molkerei- und 2018 (1885) sonstige Genossenschaften. Die Zentralkassen des Verbandes setzten im Jahr 1910 4973 Millionen Mark um, gegen 4913 Millionen im Jahr 1909. Der gemeinsame Bezug der Zentraleinkaufs- und Verkaufsgenossenschaften stellte sich auf 207 (197) Millionen Mark, der gemeinsame Absatz landwirtschaftlicher Produkte auf 80 (85) Millionen. Die von den einzelnen Spar- und Darlehnskassen gewährten Kredite erreichten die Höhe von 1508 (1379) Millionen Mark, der Wert der von den Bezugs-genossenschaften umgesetzten Waren die von 111 (101) Millionen, während die Molkereigenossenschaften 83,9 (76,6) Millionen Kilo Butter erzeugten. Von den Beschlüssen, die gefaßt wurden, sei der erwähnt, der die landwirtschaftlichen Molkereigenossenschaften auffordert einem etwa bei ihren Mitgliedern sich zeigenden Bestreben nach möglichst hohen Geldeinnahmen, die eine mangelhafte Zurückhaltung von Haushaltsmilch und dadurch Unterernährung der Familie zur Folge haben möchte, entgegenzutreten. Ferner wurde den Kreditgenossenschaften empfohlen sich zur Vermeidung empfindlicher Verluste bei Produktiv- und ähnlichen Genossenschaften mit Geschäftsanteilen und Haftsummen nur bis zur Höhe ihres eigenen Vermögens zu beteiligen. Endlich fand noch ein Antrag einstimmige Annahme, der die landwirtschaftlichen Genossenschaften als ein wichtiges Glied der Wohlfahrts-pflege auf dem Lande bezeichnet.

✕ **Frankreich** Der am 14. und 15. Juli in Calais abgehaltene 8. nationale Kongreß der sozialistischen Konsumgenossenschaften Frankreichs ist für die Geschichte des französischen Genossenschaftswesens von außerordentlicher Bedeutung. Zwar hat er noch nicht die längst ersehnte Einigung zwischen den beiden einander gegenüber-

stehenden Genossenschaftsrichtungen gebracht. Aber er hat doch die Grundlagen dafür geschaffen, indem er die eine bisher nur lose organisierte Seite zur festen Föderation gebracht hat, und zwar auf Grund von Prinzipien, die von der andern Seite ohne weiteres angenommen werden können. Um die Festlegung dieser Prinzipien sowie um die statutarischen Bestimmungen entspann sich eine ziemlich lebhaftige Kontroverse, die mit dem Sieg der Richtung endigte, die etwa auf dem Boden unserer deutschen modernen Konsumvereinsbewegung steht.

Der Verbandsvorstand hatte dem Kongreß den Entwurf einer Prinzipienklärung vorgelegt, an dem die Anhänger der guesdistischen Richtung aber bemängelten, daß er den revolutionären Wert der Konsumvereine zu stark betone, und daß er die bis jetzt von den der sozialistischen Genossenschaftsbörse beitretenden Vereinen verlangte Anerkennung der drei wichtigsten Grundprinzipien des politischen Sozialismus nicht enthalte. Demgegenüber betonte Héliers, der Direktor der Großeinkaufsgesellschaft, daß die Genossenschaft nicht erst dadurch einen sozialistischen Wert erhalte, daß sie die Partei materiell unterstütze, vielmehr trage sie diesen Wert schon in sich selbst. Der vorliegende Entwurf wurde, weil er auch die Anhänger der andern Richtung nicht befriedigte, einer Kommission vorgelegt. In der von dieser ausgearbeiteten neuen Fassung wird zunächst betont, daß die Konsumvereine die Arbeiter von der Habgier der Zwischenhändler befreien, daß sie bedeutende Reserven für wirtschaftliche Krisenzeiten sichern, und daß sie der kapitalistischen Konkurrenz zum Trotz breite und sichere Grundlagen für eine von der Arbeiterschaft zu organisierende Produktion schaffe. Dann heißt es weiter: »Unter den proletarischen Organisationsformen, die der vollständigen Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft zustreben, stellen die Konsumvereine schon heute wesentliche Organe einer kollektiven Verteilung der Güter dar. Als Elemente der sozialen Umwandlung sind sie von Natur aus sozialistisch. Um diesen sozialistischen Zielen zu dienen, ist es notwendig, daß die Konsumvereinsbewegung, entsprechend den Beschlüssen der internationalen Kongresse von Kopenhagen und Hamburg, streng ihre Autonomie wahre, und daß keinerlei Unterordnung ihre Entwicklung hemme.« Demgegenüber beantragt Lebas (Guesdist) die Aufrechterhaltung der

ursprünglichen von ihm ergänzten Fassung. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Kommissionsfassung mit 292 gegen 69 Stimmen. Mit der Annahme dieser Prinzipienklärung haben sich die sozialdemokratischen Genossenschaftler Frankreichs auf den prinzipiell fortgeschrittenen Standpunkt gestellt. Jedenfalls steht ihre Prinzipienklärung turmhoch über der Magdeburger und selbst der Kopenhagener Genossenschaftsresolution.

Es folgt darauf die Beratung der neuen Statuten. Der Entwurf bestimmt die Umwandlung der Genossenschaftsbörse in eine allgemeine *Föderation der sozialistischen Konsumvereine*. Peron und Albert Thomas bemängeln das Wort *sozialistisch*, das manche Vereine vom Beitritt abhalten und der Einigung hinderlich sein könne. Nachdem mitgeteilt worden ist, daß selbst Professor Gide von der neutralen Richtung in seine Erklärung das Wort *sozialistisch* aufgenommen habe, wird dieses Bedenken fallen gelassen. Auf Antrag eines Delegierten wird dem Titel noch das Wort *Arbeiter* hinzugefügt, so daß es nun heißt *Konföderation der sozialistischen und Arbeiterkonsumvereine*. Eine längere Debatte knüpft sich an die Frage der Parteisteuer. Auch hier siegt die Auffassung, die der Genossenschaft ihre volle Unabhängigkeit wahren will: Die Beitragsleistung bleibt entsprechend den Beschlüssen von Kopenhagen fakultativ.

Zum Schluß wurde noch ein Antrag Héliers dem Konföderationsvorstand die Vollmacht zu Verhandlungen mit der neutralen *Union Coopérative* zu geben gegen die Stimmen der Guesdisten angenommen.

× **Dänemark** ×
Das dänische Genossenschaftswesen, das ursprünglich nur auf dem Lande blühte, beginnt jetzt auch in die Städte einzudringen. Es existieren gegenwärtig in Dänemark 1364 Konsumvereine, von denen 1320 auf dem Lande und 44 in den Städten gegründet sind. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 205 000 und der Jahresumsatz zirka 70 Millionen Kronen. Die dänische Konsumvereinsbewegung ist außerordentlich stark zentralisiert: Fast alle Konsumvereine sind der Großeinkaufsgesellschaft angeschlossen, die ungefähr 60 % des Gesamtumsatzes der Vereine vermittelt.

Im verflossenen Jahr hatte die dänische Großeinkaufsgesellschaft einen Umsatz

von 48 093 059 Kronen gegen 41 723 312 im Jahr vorher. Davon entfallen etwa 33 Millionen Kronen auf die Kolonialwarenabteilung, 3 Millionen auf die Manufakturwarenabteilung, 2,6 Millionen auf die Eisenwarenabteilung usw. Ziemlich groß ist auch der Umsatz der Gesellschaft in landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln: Futtermitteln, Sämereien, Düngstoffen, landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen. Etwa der 9. Teil des Gesamtumsatzes, nämlich für 4 791 119 Kronen (gegen 4 181 784 in 1909), entstammte eigenen Fabrikbetrieben, und zwar besitzt die Gesellschaft eine Kaffeerösterei, eine Tabak- und Zigarrenfabrik, Seilereier, Seifenfabrik, Trikotagen- und chemische Fabrik, eine Schokoladen- und eine Zuckerwarenfabrik. Alle Betriebe haben sich gut entwickelt. Der Nettoüberschuß war mit 2 346 775 Kronen um 322 067 Kronen höher als im Vorjahr.

Am 13. Juni wurde in Fredericia die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft abgehalten, die von zirka 1400 Teilnehmern besucht war. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Haftfrage der Konsumvereine, verschob aber eine endgültige Stellungnahme zu diesem Punkt bis nach Erlaß des in Aussicht stehenden neuen Genossenschaftsgesetzes. Ein Antrag die Lieferung geistiger Getränke an die Vereine durch die Großeinkaufsgesellschaft aufzuheben wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Errichtung einer Zuckerfabrik. Beschlossen wurde, um den fortwährenden Verdächtigungen der Gegner der Konsumvereine zu entgehen, wie bereits in diesem Jahr so auch künftig die Jahresrechnung der Gesellschaft von einem vereidigten Bücherrevisor nachprüfen zu lassen.

× **Schweiz** ×
Am 24. und 25. Juli hielt der *Verband schweizerischer Konsumvereine* in Frauen-

feld seine von 250 Teilnehmern besuchte 22. Delegiertenversammlung ab. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der Verbandsvereine im Jahr 1910 sich von 311 auf 328 vermehrt hat. Über Mitgliederzahl und Umsatz der Verbandsvereine konnte diesmal dem Bericht keine Statistik beigefügt werden, da die nötigen Angaben bei seiner Fertigstellung noch nicht vorlagen. Sie sollen gesondert erscheinen. Die Zentralstelle des Verbands hat sich vorzüglich entwickelt. Sie steigerte ihren Umsatz von 21 402 530 Mark im Vorjahr auf

27 765 801 Mark oder um 29,7 %. Es ist dies die größte absolute und mit Ausnahme des Jahres 1907 auch relative Steigerung. Neu erworben wurde eine eigene kleine Druckerei, in der zunächst die Warenberichte gedruckt werden; vom 1. Januar 1912 ab soll auch das Verbandsorgan, der *Schweizerische Konsumverein*, darin hergestellt werden. Der Reingewinn stellt sich vor Abzug der an die Verbandsvereine gewährten Rückvergütungen in Höhe von 94 241 Francs auf 257 335 Francs. Von dem nach Abzug dieser Rückvergütungen verbleibenden Rest von 163 094 Francs schlägt die Verwaltung vor 86 678 Francs zu Abschreibungen zu verwenden, 40 000 dem Verbandsvermögen, 7000 dem Delkrederekonto, 12 500 dem Ferienheimkonto, 4264 Francs dem Dispositionskonto zuzuschreiben und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen, in welchem Sinn auch die Generalversammlung entschieden.

Der Verband gibt gegenwärtig 4 Blätter heraus: den *Schweizerischen Konsumverein* in 210 000 Exemplaren, das *Genossenschaftliche Volksblatt* in 4233 000, *La Coopération* in 501 000, und *La Cooperazione* in 66 000 Exemplaren. Über die seit 1909 bestehende Angestellten-unfallversicherung des Verbands wird mitgeteilt, daß sich die Zahl der versicherten Personen von 321 Ende 1909 auf 461 Ende 1910 hob. Unterstützungen waren bis jetzt noch nicht auszahlbar. Die Delegiertenversammlung beschäftigte sich zunächst mit der herrschenden Lebensmittelteuerung und nahm eine Resolution an, in der die Verbandsleitung beauftragt wird allein oder in Verbindung mit anderen Organisationen Schritte gegen jede staatliche Erschwerung der freien Einfuhr von Lebensmitteln zu tun. Eine andere Resolution verurteilt die Unsitte des Zuhabewesens, die auch in den Konsumvereinen eingerissen war. Der andere Tag brachte eine prinzipiell wichtige Debatte. Der Verbandsvorstand hat mit dem *Schweizerischen Gewerkschaftsbund* ein Übereinkommen getroffen, das vorbildliche Arbeitsbedingungen und Tarifverträge vorsieht und die Anerkennung der Gewerkschaften auch seitens der Lieferanten der Konsumvereine fordert. Von allzu ängstlichen Leuten wurde die Verwerfung des Übereinkommens gefordert, da dieses eine Verletzung der Neutralität darstelle. Nach lebhafter Debatte gelangte ein Antrag zur Annahme, der prinzipiell ein Abkommen mit dem *Gewerkschaftsbund* gutheißt, die

Entscheidung über die jetzige Vorlage jedoch einer spätern Delegiertenversammlung überweist, da in dieser keine gründliche Besprechung möglich war.

× **Kurze Chronik** Die deutsche Großverkaufsgesellschaft verzeichnet für das 1. Halbjahr 1911 einen Umsatz von 45 649 967 Mark gegen 37 506 526 Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. In der Abteilung *Zigarrenfabrikation* wurde ein Gesamterlös von 1 174 152 (913 343), in der Abteilung *Seifenfabrikation* ein solcher von 2 104 722 Mark erzielt. Die Gesellschaft hat jetzt auch eine Streichholzfabrik angekauft, deren Betrieb sie April 1912 übernehmen wird. × Der Glau-chauer Konsumverein feierte am 19. August das Fest seines 50jährigen Bestehens. × Das 25jährige Jubiläum beging der Jenaer Konsumverein am 27. August. × Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat in dem Geschäftsjahr 1910-1911 die Zahl seiner Mitglieder von 45 111 auf 51 407 erhöht. Sein Umsatz wuchs von 18 636 560 auf 20 862 444 Mark, sein Reingewinn von 4 206 574 auf 4 721 000 Mark. Der Verein betreibt 3 Bäckereien und eine Fleischerei; er besitzt 90 Verkaufsstellen. × Nach einer Mitteilung auf dem diesjährigen Verbandstage deutscher Rabattsparvereine umfaßt der Verband gegenwärtig 373 Vereine mit 62 000 Mitgliedern. Er zahlte im letzten Jahr 32 Millionen Mark Rabatte aus. × Dem 'schwedischen' Konsumvereinsverband waren Ende 1910 431 Vereine mit 72 419 Mitgliedern angeschlossen; 37 Vereine und 4371 Mitglieder mehr als im Vorjahr. Die Verlagsanstalt erzielte einen Umsatz von 15 472 und einen Überschuß von 2811 Kronen. Sämtliche Unternehmungen des Verbandes, der auch als Großverkaufsgesellschaft fungiert und eine Margarinefabrik besitzt, warfen einen Reingewinn von 70 898 Kronen ab. × Der 17. allgemeine italienische Genossenschaftstag wurde am 2. Juli in Rom abgehalten. Der Kongreß forderte von der Regierung die Errichtung einer Arbeiterbank. Ferner forderte er die Verpachtung des landwirtschaftlichen Besitzes des Staates, der Provinzen und Gemeinden an landwirtschaftliche Genossenschaften. Endlich nahm er einen Antrag an, der die Herstellung engerer Beziehungen zwischen dem parlamentarischen Komitee der Genossenschaftsfreunde und den Behörden der genossenschaftlichen Organisation bezweckt.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Kurt Grelling

Dilthey † Im Alter von 77 Jahren ist Wilhelm Dilthey gestorben. Mit ihm verliert die Berliner Universität einen ihrer liebenswürdigsten Lehrer, die deutsche Philosophie einen ihrer geistvollsten Vertreter. Seine Lebensarbeit ist durch Schlagworte nicht zu charakterisieren: Er gehörte keiner Schule an, und wenn er auch Schüler hatte, so kann man doch von ihm nicht sagen, daß er eine Schule hinterlassen hätte. Das große Problem, das ihn beschäftigte, war die Methode der Geisteswissenschaften, speziell der Geschichte. Die Tendenz alle Wissenschaft in Naturwissenschaft, das heißt in Wissenschaft von der äußern Natur aufzulösen, die in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts immer mehr an Boden gewann, bekämpfte er energisch und verfocht ihr gegenüber die Selbständigkeit der Geisteswissenschaft. Seine *Einführung in die Geisteswissenschaften* ist dieser Aufgabe gewidmet. Es ist die Gleichberechtigung der politischen gegenüber der physikalischen Weltansicht — um einen Friesschen Ausdruck zu gebrauchen —, die er verteidigt. Später bekämpfte er den immer mehr sich breitmachenden Subjektivismus und Relativismus und betonte die Bedeutung des Objektiven und Allgemeingültigen nicht nur in den Geisteswissenschaften sondern auch in der Kunst, speziell in der Poesie. Seine Analysen des dichterischen Schaffens in dem Buch *Das Erlebnis und die Dichtung* erfreuen sich sogar einer gewissen Popularität.

×
Wissens-
schafts-
lehre

×
Seit der Entdeckung der nichteuklidischen Geometrie ist der Streit um den Ursprung der geometrischen Urteile nicht zur Ruhe gekommen; aber ein Fortschritt ist doch unverkennbar. Zunächst einmal haben die mathematischen Untersuchungen des 19. Jahrhunderts, die unter dem Namen der *Axiomatik* sich zu einer besondern Disziplin ausgewachsen haben, die Auffassung von der Bedeutung jener Entdeckung geklärt. Man hat eingeschrieben, daß die Möglichkeit einer widerspruchslosen Geometrie, die von der des Euklid abweicht, nur für das Verhältnis der geometrischen Axiome unter einander von Bedeutung ist; speziell war zunächst die logische Unabhängigkeit des Parallelenaxioms von den übrigen bewiesen, man lernte aber auch bald für andere Axiome mit

den selben Methoden den entsprechenden Beweis zu führen, und heute ist man über die gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse fast aller geometrischen Sätze genau unterrichtet. Diese ganze Lehre aber konnte, wie heute wohl allgemein zugegeben wird, weder über die Wahrheit oder Falschheit solcher Systeme von Sätzen noch über den Grund ihres Fürwahrgehaltenwerdens Aufschluß geben. Diese beiden Probleme hängen aufs engste zusammen, denn die Methode das erste zu entscheiden hängt von der Beantwortung des zweiten ab, und andererseits, hat man eine einwandfreie Antwort auf das erste, so braucht man nur die Methode ihrer Auffindung und Begründung zu betrachten, um das zweite zu lösen. Was das zweite Problem anlangt, so ist insofern ein Fortschritt zu konstatieren als der radikale Empirismus, wie ihn etwa Mill und Helmholtz vertraten, von keiner Seite mehr ernsthaft aufrecht erhalten wird. Es glaubt heute noch kaum jemand daran, daß die geometrischen Sätze durch Messungen an wirklichen Körpern bestätigt oder widerlegt werden können. Es handelte sich ja in diesem ganzen Streit um zwei Meinungen: Kant und seine Schule behaupteten und behaupten noch, die mathematischen und speziell die geometrischen Sätze seien syntetische Urteile *a priori*, das heißt sie gelten unabhängig von aller Erfahrung und entstammen einer besondern Erkenntnisquelle, der reinen Anschauung. Der Grund für diese Ansicht liegt in dem Anspruch auf Allgemeinheit und Notwendigkeit, mit dem diese Sätze auftreten. Demgegenüber behaupteten die Empiristen, diese Allgemeingültigkeit sei nur angemacht, in Wirklichkeit seien die geometrischen Sätze nur induktorische Verallgemeinerungen aus Ergebnissen von Wahrnehmungen und Messungen. In letzter Zeit nun hat die Einsicht immer mehr an Boden gewonnen, daß mindestens ein Teil der geometrischen Sätze zu der Möglichkeit einer Messung schon vorausgesetzt werden muß, also durch eine solche weder bestätigt noch widerlegt werden kann. Da aber die Empiristen nach wie vor an der Voraussetzung festhalten, daß Logik und Erfahrung die einzigen Erkenntnisquellen sind, so blieb nur eine Möglichkeit: die geometrischen Sätze für willkürliche Festsetzungen zu erklären. Dieser Weg ist denn auch eingeschlagen worden. Vor allem hat Henri Poincaré diese Ansicht mit großem Geschick vertreten. Vor ihm hatte Ernst Mach ähnliche Gedanken geäußert.

Neuerdings ist dieser Anschauung ein Vertreter in Hugo Dingler erstanden. In seinem Buch *Die Grundlagen der angewandten Geometrie* /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/ sowie in dem mehr populär gehaltenen über die *Grenzen und Ziele der Wissenschaft* /Leipzig, Barth/ hat er seine Ansichten niedergelegt. Dingler hat das Verdienst durch große Klarheit und Präzision des Ausdrucks die Diskussion mit ihm wesentlich zu erleichtern, im Gegensatz zu vielen Vertretern dieser Richtung, die sich da, wo die wirklichen philosophischen Probleme angeschnitten werden, oft auf mehr oder weniger geistvolle Aperçus und unbestimmte Andeutungen beschränken. Er faßt seine Aufgabe ziemlich weit, indem er es unternimmt »das Verhältnis von Theorie und Erfahrung bei den exakten Wissenschaften« zu untersuchen und das Ergebnis dann auf die Geometrie anzuwenden. Eine der Hauptstützen seiner Lehre ist der sogenannte *Identitätssatz*: »Ein Vorgang ist identisch mit der Gesamtheit seiner Bedingungen.« Oder auch »Gleichen Bedingungen entspricht stets der gleiche Vorgang.« Diesen Satz, auf dessen Formulierung er großen Wert legt, beweist er auch. Dabei versteht er aber unter Bedingungen eines Vorgangs Umstände, durch deren Änderungen der Vorgang sich ändert. Dingler glaubt mit diesem Satz die Schwierigkeiten beseitigt zu haben, die der Kausalbegriff bietet. Die Sache liegt aber so, daß sich die Schwierigkeit in dem Begriff der *Bedingung* oder des *wesentlichen Umstands*, wie er auch sagt, verbirgt: Woher weiß ich denn, daß ein Umstand, der sich in einem Fall als wesentlich für das Zustandekommen eines Vorgangs erwiesen hat, dies auch in anderen Fällen tun wird? Rein logisch läßt sich das nicht beweisen, und die Erfahrung kann es auch nicht zeigen; das hatte schon Hume eingesehen. Dingler kommt mit einem logischen Salto über dieses Problem hinweg. Weit glücklicher ist seine Lehre von den »Elementarvorgängen«, in die jeder Vorgang in der Natur zerlegt, und aus denen er wieder zusammengesetzt wird. Er vergleicht dieses Verfahren sehr richtig mit der Entwicklung einer Funktion in eine Reihe von Elementarfunktionen. Der Elementarvorgang wird nun aber nicht der Beobachtung entnommen, sondern er wird definiert; wenn die Natur sich dieser Definition nicht zu fügen scheint, so wird das Gesetz des Elementarvorgangs durch »Exhaustion« aufrechterhalten und die Ab-

weichungen durch störende Umstände erklärt. Woher nehmen wir nun aber das Gesetz des Elementarvorgangs? Wir wählen auf Grund des Machschen Ökonomieprinzips das einfachste für die betreffende Gattung von Vorgängen denkbare. In dieser Beschreibung des logischen Aufbaus einer Theorie wird zweierlei vermengt. Es gibt nämlich einerseits allgemeine Naturgesetze, die *a priori* gelten und jeder Theorie zu grunde liegen; ihre Geltung beruht aber nicht auf willkürlicher Festsetzung aus Gründen der Bequemlichkeit sondern auf einer rein vernünftigen Erkenntnis; zu diesen Gesetzen rechne ich zum Beispiel das Trägheitsgesetz. Andererseits gibt es Naturgesetze, deren Geltung durch Induktion erwiesen werden kann und muß, nur kann die Beobachtung allein nicht zu ihrer Auffindung verhelfen, vielmehr muß eine besondere Wissenschaft *a priori* die mathematischen Formen möglicher Naturgesetze aufstellen, und die Beobachtung entscheidet nur, welches von diesen möglichen Gesetzen im Einzelfall wirklich gilt./ Diese Formen möglicher Naturgesetze sind die Dinglerschen Elementarvorgänge. Wenn ich also in der Deutung des wissenschaftlichen Verfahrens vom Verfasser abweiche, so erkenne ich die von ihm gegebene Beschreibung als wertvollen Beitrag zur Wissenschaftslehre an.

Historisch ist zu bemerken, daß die Autoren, denen der Verfasser die Priorität für die Grundgedanken seiner Arbeit zuschreibt: Mach, Oswald, Poincaré, Vorläufer gehabt haben, die ihnen in der Beschreibung des Verfahrens der Naturwissenschaft ebenbürtig, in der Deutung aber entschieden überlegen waren. Ich nenne hier Whewell (*Philosophy of inductive Science*) und vor allem Apelt in seiner *Theorie der Induktion*.

Noch ein Wort über die Anwendung, die der Verfasser auf die Geometrie macht. Er will den exakten Beweis dafür geführt haben, daß die Frage, welche Geometrie in wirklichem Raum gilt, nicht durch Messung zu entscheiden ist. Dieser Nachweis wäre sehr wertvoll als Argument gegen den Empirismus. Ob er dem Verfasser ganz gelungen ist, mag dahingestellt bleiben. Für Einwände, die sich dagegen erheben ließen, ist hier nicht der Ort.

X
Theosophie Ähnlich wie im kaiserlichen Rom findet im heutigen Europa das religiöse Bedürfnis weiter Kreise in den herkömmlichen Formen der anerkannten Kirchen

keine Befriedigung. Das Sektenwesen steht nicht nur in Amerika sondern auch bei uns in hoher Blüte. Neben denjenigen, die wie der Monismus und die freireligiöse Bewegung allen dogmatischen Gehalt aus der Religion entfernen möchten, stehen andere Bewegungen, denen gerade das Christentum zu abstrakt ist, und die seine Formeln mit bestimmteren Vorstellungen ausfüllen wollen. Dem Zug der Zeit entsprechend erheben alle diese Bewegungen wie *Christian Science*, Spiritismus usw. den Anspruch auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut zu sein. Im allgemeinen führen die okkulten Lehren ein esoterisches Dasein, so hat zum Beispiel vor kurzem in München ein theosophischer Kongreß in Verbindung mit Mysterienspielen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Aber gerade die Theosophie — die *Christian Science* hat es immer getan — wendet sich neuerdings auch an ein breiteres Publikum und muß deshalb auch in dieser Zeitschrift gewürdigt werden.

Die Präsidentin der theosophischen Gesellschaft, Annie Besant hat in Indien gehaltene *Populäre Vorträge über Theosophie* veröffentlicht, die jetzt in deutscher Übersetzung vorliegen (Leipzig, Grieben). Die Grundlage der Theosophie bildet ein höheres Erkenntnisvermögen, in dessen Besitz die Verkünder dieser Lehre zu sein behaupten, und das sich nach ihrer Angabe auch jeder andere aneignen kann, nur bedarf es dazu schwieriger und langwieriger Vorbereitungen und einer besonders moralischen Qualifikation. Unter diesen Umständen hat natürlich eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Lehre wenig Zweck. Man müßte sich erst jenes Erkenntnisvermögen erwerben oder zu mindest den Versuch dazu machen, um darüber mitreden zu können. Allerdings läßt die psychologische Wissenschaft es sehr unwahrscheinlich erscheinen, daß ein Mensch jemals dahin gelangen sollte zum Beispiel das Schicksal seiner Seele nach seinem Tod zu erschauen, aber die Psychologie kann natürlich irren.

Materiell ist die Theosophie nichts weiter und will wohl auch nichts weiter sein als eine Erneuerung indischer und neuplatonischer Spekulationen, in deren Mittelpunkt die Lehre von der Seelenwanderung steht. Damit verbinden sich Vorstellungen von einer Hierarchie der Geister und einer Aufwärtsentwicklung der Individuen in ihren verschiedenen Inkarnationen. Auch die naive eudämo-

nistische Ethik wird von den Indern übernommen: Was wir anderen Böses zufügen, rächt sich an uns in einem spätern Leben, und das Unglück, das uns jetzt zustößt, ist eine Folge unserer Missetaten in früheren Inkarnationen.

X Kurze Chronik Zu der Liste der Habilitationen im Sommersemester ist nachzutragen: Dr. Nikolaj von Buhnow in Heidelberg. **X** Am 28. Juli feierte der Münchener Philosoph Theodor Lipps seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß wurde von früheren Schülern eine Festschrift herausgegeben, mit Beiträgen von von Aster, A. Brunswig, Th. Conrad, M. Ettliger, A. Fischer, M. Geiger, A. Pfänder, A. Reinach, O. Selz, E. Voigtländer. Ferner wurde nach einem Bronzerelief von A. Conradi eine Bildnisplakette des Jubilars hergestellt. **X** Vom 9. bis zum 11. September tagte in Hamburg der 1. internationale Monistenkongreß. Vorträge mit philosophischer Tendenz wurden von Ostwald, Jodl und Horneffer gehalten. Ernst Haeckel ließ sein *geistiges Testament* verlesen.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Glaskunst Über die neue Glasmalerei ist schon neulich hier in der Rubrik *Kunstgewerbe* (1911, 2. Band, pag. 663 ff.) gesprochen worden. Die Anstalt Heinersdorff ist für unser Kunstleben von nicht genug zu schätzender Wichtigkeit. Die verschiedenen Versuche einer Verschmelzung von Kunst und handwerklicher Technik scheinen auf dem Gebiet der Glasmalerei und des Mosaiks ganz besonders fruchtbar und zeitgemäß. Die Ehrfurcht, die zum Beispiel Gauvain und viele mit ihm vor den einfachen Sinnesindrücken empfanden, und die Kraft, mit der sie die Farben in unsere Seele wollten einströmen lassen, gelangen in dieser Technik in ganz unerhörter Schönheit zum Ausdruck, und die gewaltigste Farbenflut, die nur je ein Künstler visionierte, geht ungebrochen hier in die Augen ein. Die Reize der altgotischen und byzantinischen Glasfenster, manche auch von der islamitischen Teppichkunst, wiederholen sich hier, obschon nicht von irgendeiner Nachahmung die Rede sein kann; die Farbensflächen scheinen jetzt größer und freier als in der alten Glaskunst geführt und die Farbenskala vielleicht noch reichhaltiger.

Diese enorme Farbenwirkung gerade auf die Augen ist in erster Reihe natürlich dem Umstand zuzuschreiben, daß an und für sich transparente Farben von ganz ungleich größerer Wirkung sind als die beschriebenen, und, so anfechtbar es physikalisch sein mag, man glaubt vor im Wesen anderen Lichtwirkungen zu stehen. Wo man sonst die farbigen Bilder mit all ihren Licht- und Schattentönen von Licht bestrahlt sah, dringt es hier selbst durch die bunten Scheiben, und zum Teil gehemmt vom Schwarzlot und dem Blei durchströmt es die farbigen Gläser mit dreifach konzentrierter Kraft. In der Idee hat es doch etwas Schönes, daß das allersubjektivste Element der Kunst, die Farbe, hier erst frisch ihr Leben von der Sonne und von dem Licht zu bekommen scheint, und wenn die Scheiben auch vom Künstler komponiert und zusammengestellt sind, so bekommen sie ihre volle Lebendigkeit, ihre ganze konzentrierte Dringlichkeit, die fast mit der Kraft einer Sinnesoffenbarung wirkt, erst von der Sonne, wie von ihrer Gebäuerin. Bei dem allen denke ich allerdings in erster Reihe nur an die Arbeiten von César Klein, Pechstein und auch Lehmann. Am reichsten durcharbeitet und, man möchte fast sagen, am männlichsten ist wohl der *Architekt* von Pechstein. Die blauen Putten von Klein sind wie in überströmendem Farbendrang entstanden, und seine Entwürfe sind in der Komposition wundervoll geistvoll und frei. Neben diesen sind aber auch Arbeiten von wohl zum Teil älteren Künstlern ausgestellt, die außerordentlich gut sind, deren Schöpfer aber nicht zu fühlen scheinen, was ihnen für neue Wunderkräfte in die Hand gegeben sind. Dann und wann glaubt man aber auch mit einer gewissen Peinlichkeit die bewußte und theoretische Stilisierung durchzuempfinden, die manche Künstler zu handhaben verstehen, wie eine Art Werkzeug, und die ihnen nicht unbedingt mit der Technik verwachsen ist. Ich denke zum Beispiel an Pollog, zum Teil sogar an den glänzenden Unger. Es sind meist die selben gut konturierten senkrechten Genien mit ihren langen geraden Fingern. Die Art, wie Thorn-Prikker an die Glasmalerei herangeht, hat etwas von Größe und Kraft; ich kann mir denken, daß seine Art zum Beispiel für Bahnhofshallen gut geeignet ist. Er gibt nicht die Mystik des Lichts wie Klein und Pechstein, sondern er gibt bewegte, klar geführte Körper in ihrer Arbeit.

An der Krankheit unnaiver Stilisierung kranken die Wiener Mosaikarbeiten durchweg. Die Verschmelzung von Mosaik und Fayence ist entschieden sehr fruchtbar, aber die ausgestellten Sachen kommen nicht über die Wirkung irgendeines eleganten Effekts hinaus.

X Berlin: Neuerwerbungen In der Berliner Akademie sind die Neuerwerbungen der *Nationalgalerie* der letzten beiden Jahre ausgestellt. Der erste Saal empfängt uns mit einer Serie Schinkelscher Landschaften, die wieder wie ferne Schönheiten rühren und ergreifen, und fast bin ich unsicher, ob diese Aufnahmefähigkeit für Vergangenes nicht vielleicht einen Verlust bedeuten kann und von dem, woran unsere Zeit arbeitet, und was ihr zuvörderst als Ziel vor Augen stehen muß, ablenkt. Die Landschaften aus jener Zeit, und nicht nur die Schinkelschen, haben so unendlich viel Adel und Feinheit, daß ein jeder Versuch einer Rangstellung verschiedener Epochen unter den Händen zerfallen muß. Jene aus der ersten Jahrhunderthälfte schieben alles Geschehene in weitere Distanz, und die Augen scheinen mehr in die Ferne eingestellt zu sein als bei uns, die wir die Dinge weit mehr in den Vordergrund bringen. Damit haben jene ein Mehr auf der Bildfläche, und die Höhe des Himmels, der Wolken und die Weite des Landes haben sie nach meinen Begriffen weit mehr herausgebracht; aber von den nahen Gegenständen und von deren Wechselwirkung auf einander, sogar über die Bildfläche hinaus, haben sie wieder keine Ahnung. Eine solche Einsicht in die verschiedenen künstlerischen Missionen einer Zeit mag ganz weise sein, aber ob sie für die Produktion Wert hat, ist zweifelhaft. Übrigens sind die Landschaften Schinkels gerade durch ihre entfernte Art als Wanddekoration sehr geeignet.

Die Haupterwerbungen hängen im letzten großen Saal zusammen: 5 Bilder von Böcklin, als Hauptwerk der Münchener *Triton mit Nereide*. So wirklich schwer ich davon Abschied nehme, aber der Eindruck, den ich schon vor einigen Jahren in der *Schackgalerie* hatte, als das, was mir früher einmal der Inbegriff aller Poesie war, damals fast leer und gleichgültig erschien, dieser Eindruck hat sich jetzt leider wiederholt. Ich ging mit der Erwartung hin Böcklin wiederzufinden, und war wieder enttäuscht. Es ist durchaus ein Zuviel von kleinen Flächen

und Lichtern, und man hat unwillkürlich den lebhaften Drang besonders den Hintergrund zu größerer Einfachheit zusammenzuziehen. Besonders neben dem ganz großartigen Porträt von Trübner, das so durchaus nur gemalt ist, sieht das Böcklinsche Bild fast wie getuschelt aus. Vielleicht, daß die Späteren das wieder in einem neuen Licht sehen und das dann verstehen werden, was uns jetzt tot ist; aber es bleibt doch unwahrscheinlich. Das Bild der *Mirjam* zeigt Feuerbach wieder wie frisch erstanden. So groß und so von edlem Saft scheinen keine seiner späteren Kompositionen wie dieses Porträt der knochigen, hirschartige Frau. Dieser Saal enthält überhaupt unvergleichliche Bilder: ein prachtvoller Menzel von 1858, Berlin im rauchigen Abendlicht beim Fackelzug, ein kleines Bild von Friedrich, der mit seiner klein detaillierten Ausführung einen fabelhaften Eindruck vom Hochgebirge gegeben hat: Steinblöcke im Vordergrund, hinter ihnen ziehende Nebel, die den Horizont verhüllen, und der Eindruck auf unheimlicher Höhe zu stehen, die den Horizont in endlose Weite schiebt, ist großartig getroffen. Eine gute Farbenstudie von Hausmann und wieder ein reizend freundlicher Thoma, der Blick auf ein kleines Städtchen in der ersten Morgensonne, alles frisch, sauber und fröhlich.

Die Zeichnungen der Klassizisten bleiben mir fremd und, wo sie Farbiges versucht haben, fast komisch in ihrer heroischen Langweiligkeit. Anders ist es mit den Nazarenern. Schnorr von Carolsfeld hat überraschend Gutes, auch Guelli, und die eine Zeichnung von Overbeck spricht wie ein Kind. Keine Beeinflussung und kein Studium konnten sein Wesen ändern, und immer hätte er der selbe sein müssen, voll von frommem Glauben.

Ein sehr interessantes Kabinett bilden die Zeichnungen Füblis. Seinem Gefühlsgehalt nach könnte man ihn in die letzte Gegenwart verlegen. Neben einigen Tänzerinnen mit ganz fabelhaft geprägtem Rhythmus und Schwung hat er Blätter in jener merkwürdigen Art, die mit solch übertriebener sexueller Gefühlsbetonung gezeichnet sind, daß sie dieses und jenes ganz schrullhaft ins Abstruse steigern. Diese gespannte und willkürliche Art fällt bei seinen Bühnenbildern besonders auf: Aufgeblasenes Pathos, und daneben süße, schemenhafte Figürchen, blaß wie weiße

Silhouetten mit rosa Bäckchen, und alles in ironischem, etwas gespenstischem Sinn geführt.

×
Berliner

Man wird erwarten, daß eine Ausstellung der Künstler Groß Berlins, wie sie im *Künstlerhaus* veranstaltet wurde, ein ähnlich einheitliches Gepräge besitzen müßte wie es der Pariser Kunst eigen ist. Die Pariser Kunst ist dort gewachsen, sie ist im eigentlichen Sinn von jenem Leben genährt, das Paris in sich spürt, dessen Hin und Her überströmt in Kunst und Literatur. Davon ist aber in Berlin nichts zu merken. Das Gemeinsame, das in den dreißiger Jahren die kleine Residenz Berlin charakterisierte, ist verfliegen. Jetzt sehen wir in erster Reihe nur eine Sammlung von Bildern, die mit Berlin nur ganz zufällig verknüpft sind, wie zum Beispiel durch die Wahl der Motive; auch das Eigentümliche der Berliner Luft, diese graue farblose Klarheit, ist nirgends zu spüren; es sind im Gegenteil Stimmungen aufgesucht, die an ganz andere Atmosphären erinnern. Es sind natürlich viele hübsche Bilder darunter: Ich denke beispielsweise an Kardorff, Rhin und andere. Doppelt stark wirken nach all diesem Zusammengewürfelten aber die wuchtigen Blätter der Käthe Kollwitz. Und gerade in dieser Zusammenstellung spricht das Gepreßte und Gequälte ihrer Menschen überwältigend stark. Durchweg ist auf den Gesichtern der gespannte Ausdruck, der wohl unzertrennbar mit dem Elend der großen Stadt verknüpft ist. Nirgends ein ruhiges Ausklingen der Natur, immer das qualvolle Arbeiten unter irgendeinem Druck. Am stärksten prägt sich das in der einen *Simplicissimus*-Zeichnung aus, der ältern, verstörten, schwangeren Frau, die sich am Zaun entlang tastet, deren Kopf wie zerquält von einer Marter scheint, die sie selbst nicht kennt, und die sie nicht fassen kann, deren Bohren sie nur ständig fühlt. Eine andere Empfindung, die fast ebenso deutlich zu Wort kommt, ist die der Feindschaft der alternden Frau gegen ihren Mann, die in der Ehe vielleicht mit Notwendigkeit da sich einstellt, wo die Not nicht vom Tisch weicht. Verhärtet, feindselig gegen den Mann hängt sich die Frau mit verdoppelter Sehnsucht an ihr kleines Kind. Sie sind eine Gruppe für sich, der Mann steht abseits. Dann und wann kommt auch die reine Freude zwischen Mutter und Kind ohne bitteren Unterton zum Ausdruck. Zu dem Thema der

großen Stadt hat auch Baluscheck viel zu sagen, nur treten leider viel zu oft die einfach genrehafte Motive in den Vordergrund. Sie sind auch charakteristisch, haften doch aber zu sehr an diesen paar Menschen, von denen er erzählt. Sehr gut ist sein Winterabend mit der nassen Schneeluft und den Bahnlaternen. Zille hat wieder seine üblichen Späße, die oft in ihrer Banalität viel Komik haben.

×
**Arbeits-
methode**

Lothar von Kunowski hat im Lichthof des Berliner Kunstgewerbemuseums eine umfangreiche Ausstellung veranstaltet, die an der Hand der Arbeiten seiner Schülerin und Frau Gertrud von Kunowski seine Lehrmethode klarlegen soll. Es sind auch einige Zeichnungen der Düsseldorfer Zeichenlehrerschule beigefügt, die aber nur im pädagogischen Sinn interessieren können, während Gertrud von Kunowski ein sehr glänzendes und vielseitiges Talent zeigt, das aber nach meiner Ansicht etwas zu viel Vielseitigkeit dokumentiert. Es ist, als ob ein sehr beweglicher Intellekt die künstlerischen Aufgaben zu schnell überschaut und in gewissem Sinn schematisiert. Vielleicht steht diese Übersichtlichkeit, die ein künstlerisches Manko bedeutet, im Zusammenhang mit der Arbeitsmethode des Mannes. Einleuchtend und frappant in ihren Resultaten ist sie über alle Maßen; ob sie aber größere Vorzüge hat als irgendwelche anderen Hilfsmittel der Zeichnung und der Malerei, ob ihr nicht neben diesen nur ein beschränkter Platz zukommt, ist sehr fraglich. Die Anschauungsweise konzentriert auf eine Methodisierung der räumlichen Auffassung hinaus. Die Figuren sind in ein Netz von Hilfslinien eingesponnen, die sie in einem ganz neuen Sinn erscheinen lassen. Sie sind nicht anatomische Konstruktions- oder Proportionslinien nach Art Dürerscher oder Leonardoscher Zeichnungen; wenn auch die richtigen Konstruktionspunkte des Körpers immer betont bleiben, so werden doch ihre Verbindungslinien in erster Reihe zu einem bestimmten Rauminhalt in Beziehung gesetzt, zu dem sie sich etwa diagonal verhalten oder wie Seiten eines Rechtecks oder sonstwie. Bei irgendwelchen größeren Motiven ist uns wohl eine solche Zerlegung des Raumes augenfällig genug, und jeder ist sich bewußt, welches Raumverhältnis das Modell zur Bildfläche hat, oder auch wie eine verkürzte Fläche in ihrer gedachten Verlängerung den Raum einteilt. Aber, wie hier, alle Körperflächen,

auch die Flächen, die Schatten und Licht entstehen lassen, in solche Verhältnisse zu bringen, dazu gehört natürlich eine jahrelange Übung. Die Körper sehen oft aus, wie in einen vielfächigen Kristall gesetzt, dessen Oberfläche die Flächen der Körper in betontem, vergrößertem Rhythmus wiederholt. Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die Methode, die vor allem durch die Augen vermittelt wird, den Körper ausgezeichnet verstehen und richtig zeichnen lehrt und deshalb im Unterricht nicht genug zu schätzen ist, so scheint mir doch auszusetzen zu sein, daß sie den Raumsinn zu Hilfe nimmt, der in erster Linie der Architektur und der Plastik gebührt und zur Malerei in keiner direkten Beziehung steht, und daß die Betonung der Fläche mehr bevorzugt werden sollte.

×
Klinger

Von Klingers zweitem Zyklus *Vom Tode* sind 3 weitere Blätter erschienen, *Der Philosoph, Der Herrscher* und *Der Krieg*, aus denen wieder jener alte Drang Klingers spricht immer an die alten Lebensrätsel zu gehen, sie mit neuen Zweifeln anzutasten und aufzuführen. Auf dem Blatt *Der Philosoph* steht im Dämmerlicht der Mann vor einem großen, aber unklaren Bergland, über dem in Riesendimensionen, dicht vor ihm, eine schlafende Frau liegt. Der Mann will die ihn engumschließende Ferne mit dem Blick und der Hand durchdringen, und immer stößt er auf sein eigenes Spiegelbild, wo er sich auch hinwendet; dieses Beengende und Unausweichliche des eigenen Bildes, das sich überall zwischenschiebt, ist ernst und groß empfunden. Im eigentlich künstlerischen Sinn liegt aber auf allen Klingerschen Werken doch etwas von Kälte, die vielleicht mit seiner Art der Reflexion zusammenhängen mag; am wenigsten wohl auf dem Schlußblatt, *Krieg* betitelt, das ein Gewirr ziehender Soldaten zeigt, mit dem Schatten Napoleons in ihrer Mitte, das mir freier aus seiner Hand gekommen scheint als seine anderen Gebilde.

×
**Berlin: Gro-
ße Ausstel-
lung 1911** Das Niveau der Großen Ausstellung war wesentlich höher als das der verfloffenen Jahrzehnte. Wenn auch nach wie vor die Tatsache bestehen bleibt, daß eine größere Auslese nur zum Besten des Ganzen gereichen würde, und daß man an einem großen Prozentsatz von Bildern ohne schlechtes Gewissen vorbei-

gehen konnte, so war doch die Gesamtleistung immerhin eine imposante. Was steckte in der Architekturausstellung und in der Porzellanabteilung allein für konsequente und bewußte Arbeit. Auch die Säle für Graphik waren voller Leben, und nur bei der Plastik und der Malerei war der Eindruck oft ein schlimm verwässerter. Ganz besonders böse stand es um die Plastik; von ihr dürfte nur ganz wenig bleiben, und es ist sehr schwer einzusehen, warum von dem überaus frischen Zug, der deutlich durch die gesamte Kunst geht, die Plastik so wenig abekommt. Immer ist es, als ob sie irgendeine Rolle spielen wolle: entweder klassisch einfach oder groß und symbolisch. Jedenfalls präntiert sie fast überall irgendwelche Würde, anstatt ganz einfach von einem stark empfundenen Körpergefühl auszugehen. Da berührt es schon außerordentlich angenehm, wenn eine deutliche Bescheidenheit aus der ganzen Art spricht, wie das zum Beispiel bei Lewin Funks kleinem Mädchen, das seine ersten Schritte macht, und bei Pritel, Jaেকে und manchen anderen der Fall war.

Im ersten Saal hing der Würde gemäß die große Kunst, das sind die Fresken und Historien. Neben leerem Bombast ein sehr guter Glasfensterewurf von Rößler: ein verlorener Sohn, der wiederkehrt und knieend den Vater umfaßt. Das Ineinander der zwei Körper einfach und gedrängt. Auch ein Karton von Steinhausen hatte eine gewisse Größe.

Die mittleren Säle waren nur lose gruppiert, und nur einiges wenige bleibt als bedeutsam in der Erinnerung. In erster Reihe wären die zwei Landschaften von Hartig zu nennen, beide aus nordischer Gegend, mit bunten klotzigen Häusern. Auf dem Eisfest bunt angemalte Schlitten und breite Menschen in dicken Pelzen. Entfernte Ähnlichkeit könnte man mit Klemm sehen, wenn auch der Gehalt der Hartigschen Bilder nicht so scharf konzentriert ist. Farbe und Zeichnung sind kräftig und ruhig. Göhler hatte drei gute Bilder. In etwas spieltheaterhafter Entfernung sah man graziöse Rokokodamen sich in Parks bewegen, in einem feinen verstreuten Licht, das die Distanz noch merkbarer macht. Von Jülich zwei in die Augen fallende Bilder, die auf allen Realismus verzichten, etwa Illustrationen zu einem blutlosen Romantiker, die aber einen gewissen Reiz haben. Von Nikutow-

sky eine sehr gute Dorfhäusergruppe, von Bergen ein Fischerdorf im gelben Abendlicht usw.

Die Nebensäle waren zum Teil nach Städten arrangiert, und da war es ganz überraschend und interessant, wie herrlich sich die Schweizer zeigen, als wenn dort ein neues und lebendiges Blut kursiert. Die Namen sind fast alle aus der französischen Schweiz, und ihre Kunst ist außer von Hodler am augenfälligsten aus Frankreich beeinflußt. Trotzdem hat man von keiner der besseren Arbeiten einen Eindruck von Unselbständigkeit, der das Vorbild überall durchschlagen ließe, die meisten waren vollblütig und reich an Saft. Eine Gruppe, de Traz, Blanchet, Herménias und Sturzenegger, gab in erster Reihe Frauenakte, das eine Mal am Strand liegend und stehend, nicht groß, schlicht und ruhig, in dunkeln Ton, etwas Gauguin, aber wirklich einfacher und nicht die Einfachheit als ein Kunstmittel benutzend. Dann Landschaften, mit überraschend lebendig gesehenen Motiven: ein Schloß am Wasser von Herménias, so von der Höhe gesehen, daß der Horizont nicht mehr innerhalb des Bildes liegt; alles, Schloß und Wasserfläche mit den kleinen Booten in einem Licht, in dem die Körper sich in flimmernder Farbe aufzulösen scheinen. Dann zwei Landschaften von Vallet, die durch eine besonders kräftige Lichtwirkung frappieren, ohne daß irgendwie helle Farben verwandt wären. Zum Teil mochte diese Lichtwirkung an der Durchführung einer optischen Beobachtung liegen, die aber nicht etwa wie eine Art Lehrprogramm eingehalten war. Die Schattenpartien wie auch die Flächen waren nach der Grenze zu dunkler gegeben, so daß sie sich nach innen auflichteten, und der Rand fast wie eine kräftige Kontur wirkte. Der Lichteindruck der Bilder, die in großen Flächen angelegt sind, war ein enormer. Neben diesen waren noch gute Arbeiten da, mehr in deutschem Stil gehalten, wie man ihn bisher an den Schweizern kannte. Studienköpfe von Bieler, in steifer Holziger Art, die den Rahmen fast füllen, mit einem kleinen Landschaftshintergrund. Mit großer Liebe und fleißiger ehrlicher Kunst sind sie gearbeitet. Von Link eine recht deutsche Wäldlandschaft mit einem Bach in leuchtend grünen Reflexen und in vom Licht rund gezogenen Formen, ferner eine Bergpredigt in Glasfensterart, mit Liebe und Schlichtheit gearbeitet. Die Gruppe der Elsaß-Lothringer hatte

sehr bedeutsame Sachen. Besonders fiel Morowelka auf, der unter anderem einen spanischen Tanz auf einem Speicherboden in bunter Zeichnung ausstellte; das Ganze in etwas unheimlich-fratzenhafter Art, aber in der Bewegung der tanzenden Frau besonders von enormer Verve.

Schlimm waren die Münchener. Es ist, als ob sie nicht über eine gewisse Geschmacksgüte hinauskönnen, etwa entsprechend den Anlagen, die sie bei ihren Karnevalsfesten so glänzend zeigen; auch selbst mit dem in München mit der goldenen Medaille ausgezeichneten *Lampionfest*, das zwar von einem Dresdener, H. Dorvik, stammt, in der Weise aber spezifisch münchenerisch ist, liegt es mir nicht anders. Schöne Frauen in schönfarbigen Krinolinen kann man auf manchem wohlgeglückten Karnevalsfest sehen, und man sieht sie denn auch lieber *in natura* als auf dem Bild; die Person des Malers als Durchgangsglied spricht eben nicht stark genug.

Zwei Räume füllte Steinhausen. Es ist ein eigen Ding um seine Kunst. Überall ist starkes Seelenleben spürbar. Er geht an die denkbar höchsten Probleme, die irgend künstlerisch faßbar sind. Zum Beispiel hat er mehrfache Versuche gemacht den Moment des Abendmahls zu geben, in dem Christus die Oblate in den Mund seines Jüngers gibt; aber alles ist dabei nicht mit genügender Konzentration und genügender seelischer Stärke erfaßt sondern künstlerisch arg auseinandergereckt und flüchtig, so daß immer der unangenehme Eindruck einer Zerteilung bleibt; ein gut Gewolltes aber nicht Gearbeitetes, nicht Gewohntes. Von Henseler, dem auch ein Extraraum zugewiesen war, ist kaum etwas zu sagen. Ich kann auch schwerlich denken, daß dieser Überwundene in irgendeinem neuen Licht noch einmal neues Leben bekommen könnte. Schlichting stellte eine Kollektion von Bildern aus, die in ihrer oberflächlichen Art durchaus nicht fesseln konnten.

Sehr interessant war die Schwarzweißabteilung. Gute Radierungen von Wolfsefeld, die *Ex libris* von Heroux in Klingerscher Weise, dann die ganze Reihe von Arbeiten von dem verstorbenen Eiken: kleine Landschaften in Rembrandtscher Weise, Wirtshaus- und Marktzenen, alles mit Humor und viel Güte gesehen. Ganz besonders reizvoll war mir Schiestl; die Sachen sind von unübertrefflicher Komik und haben

dabei einen besondern Einschlag ins Märchenhafte, wie man es sich für einen Illustrator von Volksbüchern nicht besser denken kann. Gerade die kleinen Blätter mit ihrer kleinbürgerlichen Phantastik scheinen mir die gelungensten.

Wenig interessant war der Saal mit den Illustratoren. Da fehlten die *Simplicissimus*zeichner zu merkbar.

× **Kurze Chronik** Der Schweizer Ferdinand Hodler wurde zum Ehrenmitglied der *Berliner Secession* ernannt. × Die Akademie der Künste in Berlin bereitet Gedächtnisausstellungen von Werken von Reinhold Begas und Ludwig Knaus vor. × Ein bedeutendes Werk der flämischen Schule, Mabuses *Anbetung der Könige*, ist für 800 000 Mark von der *National Gallery* in London erworben worden. × Im Dorf Badeleben bei Magdeburg wurden bei Ausbesserungsarbeiten an der Dorfkirche Totentanzfresken aus dem 15. Jahrhundert entdeckt.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Maschinelle Rechnung Die Rechenmaschine, vor einem Menschenalter kaum mehr als ein mechanisches Kuriosum, ist heute überall dort, wo viel gerechnet wird, und wo es auf absolute Genauigkeit ankommt, zu einem unentbehrlichen Requisite geworden. Die gewöhnliche Rechenmaschine gestattet aber nur die Ausführung der einfachsten rechnerischen Operationen, wie Addition und Multiplikation sowie deren Umkehrungen: Subtraktion und Division. Sie hat deshalb auch nur einen beschränkten Wert, und insbesondere der Ingenieur, der sich meist mit der Ermittlung von Näherungswerten begnügen kann, wendet zweckmäßiger den logarithmischen Rechenchieber als eine der zwar sehr exakt arbeitenden, aber auch sehr teuren Rechenmaschinen an. Für ihn hat eine Maschine zur Lösung linearer Gleichungen mit mehreren Unbekannten eine weit größere Bedeutung. Eine solche Maschine mit dem Spezialzweck der Berechnung elektrischer Leitungsnetze ist von dem Ingenieur J. Nowak in München erfunden und auf der diesjährigen Jahresversammlung des *Verbands deutscher Elektrotechniker* in München unter großem Beifall vorgeführt worden. Die Leitungsnetze größerer Elektrizitätswerke sehen in schematischer Darstellung wie riesige Spinnen- oder

Fischernetze aus Einzelnen Punkten eines solchen Netzes, den sogenannten *Speisepunkten*, wird die elektrische Energie durch Speiseleitungen zugeführt. Von diesen Speisepunkten verzweigen sich die einzelnen Verteilungsleitungen, die an bestimmten Knotenpunkten wieder unter einander verbunden sind. An den Konsumstellen der Elektrizität ist deren Spannung, wie sehr auch die Belastung des ganzen Netzes schwankt, möglichst konstant zu halten, denn Schwankungen von mehr als 3 % wirken bereits außerordentlich ungünstig auf die Lebensdauer von Glühlampen ein, abgesehen davon, daß wegen seiner erheblich stärkeren Schwankungen das elektrische Licht praktisch unverwendbar wäre, wenn größere Spannungsschwankungen als 3 % vorkommen würden. Auch im Interesse des Betriebs elektrischer Motoren muß die Spannung so konstant wie möglich gehalten werden, denn von der Spannung hängt die Umdrehungszahl der Motoren ab. Natürlich dürfen auch im Interesse ökonomischer Elektrizitätsverteilung die Spannungsverluste im Leitungsnetz einen bestimmten Maximalbetrag von etwa 3 % nicht übersteigen. Die Leitungsnetze sind also von vornherein so zu berechnen, daß an keiner Stelle der Spannungsverlust die zulässige maximale Grenze überschreitet, und daß die Belastungen äquipotentiell auf die einzelnen Knotenpunkte verlegt werden. Zur Berechnung der Leitungsnetze kommen das Ohmsche Gesetz und die Kirchhoffschen Gesetze in Betracht. Nach dem Ohmschen Gesetz ist die Stromstärke proportional der Spannung und umgekehrt proportional dem Widerstand des Leiters. Nach dem 1. Kirchhoffschen Gesetz ist die algebraische Summe aller in einem Verzweigungspunkt zusammenstreichenden Ströme 0. Nach dem 2. Kirchhoffschen Gesetz ist für jeden beliebigen in sich geschlossenen Teil einer Stromverzweigung die Summe der Produkte aus den einzelnen Widerständen und den zugehörigen Stromstärken gleich der Summe der elektromotorischen Kräfte (Spannungen). Bei der Berechnung elektrischer Leitungsnetze handelt es sich deshalb um die Auflösung linearer Gleichungen von folgender Form:

$$a_1x + b_1y + \dots + e_1x + f_1y = m$$

$$a_2x + b_2y + \dots + e_2x + f_2y = n$$

$$\dots$$

$$a_nx + b_ny + \dots + e_nx + f_ny = p$$

Für ein nicht sehr großes Netz mit 40 bis 50 Knotenpunkten sind also 40 bis 50 Gleichungen mit ebenso vielen Un-

kannten zu lösen. Nach der besten Näherungsmethode von Seidel-Gauß ist hierzu eine rechnerische Arbeit von 10 bis 14 Tagen zu leisten. Hiernach kann man sich einen Begriff davon machen, welche ungeheure Arbeit zu bewältigen ist, wenn ein Leitungsnetz, wie etwa das Münchener, mit mehr als 700 Knotenpunkten zu berechnen ist. Diese Arbeit ist aber nicht nur ein einziges Mal auszuführen, denn die Belastungsströme ändern sich fortwährend mit jedem Neuananschluß; in München werden beispielsweise täglich etwa 2 Häuser neu angeschlossen. Es wären also täglich neue Gleichungen mit geänderten Belastungsstromstärken aufzustellen, um rechtzeitig festzustellen, ob der maximale Spannungsverlust nicht überschritten wird, ob keine Überlastungen eintreten, ob eventuell Leitungen verstärkt, Speisepunkte verlegt werden müßten und dergleichen. Eine derartige Arbeit übersteigt bereits das Menschenmögliche. Dazu kommt aber noch die Variation in der Belastung, die nicht nur von Jahreszeit zu Jahreszeit sondern auch innerhalb der verschiedenen Tageszeiten sehr erheblich wechselt. Außerdem sind an jedes Elektrizitätswerk Objekte angeschlossen, wie Theater, Warenhäuser usw., die einen stets wechselnden Verbrauch haben und gerade dadurch besonders gefährlich sind, weil hier Überlastungen des Netzes oder einzelner Teile nur zu leicht vorkommen können. Für die Aufstellung der Gleichungen zur Berechnung eines Elektrizitätsnetzes ergeben sich demnach so außerordentlich viele Variationen, daß eine exakte Durchführung der Rechnung ganz ausgeschlossen erscheint. Bei diesen Schwierigkeiten wird heutzutage sowohl bei der Netzberechnung als auch bei der Netzkontrolle, die sich meist nur auf einzelne Stichproben beschränkt, mehr geraten als gerechnet. Und um grobe Fehler zu vermeiden, legt man zur Sicherheit lieber ein stärkeres Kabel, wobei man freilich unter Umständen das Netz verschlechtert, anstatt es zu verbessern, wie sich aus den Kirchhoffschen Gesetzen ohne weiteres ergibt. Aus diesen Gründen ist schon seit längerer Zeit der Wunsch nach maschinell-mechanischer Lösung linearer Gleichungen ausgesprochen worden. Für den vorliegenden Zweck der Berechnung respektive Kontrolle von Leitungsnetzen wäre damit aber noch nicht viel gewonnen gewesen, solange die Spezialrechenmaschine nicht auch noch gleichzeitig eine Anpassung an die verschiedenen Belastungsströme ermöglichte. Diese Auf-

gabe erfüllt die von J. Nowak erfundene Maschine, bei deren Konstruktion sich der Erfinder noch die Aufgabe gestellt hatte eine klare Übersicht der Spannungsverhältnisse und des Stromverlaufs gleich ablesbar in der Form des Netzes zu ermöglichen.

Die Maschine zum Lösen der weiter oben formulierten Gleichungen mit den Unbekannten u, v, w, x, y, \dots , den Absolutgliedern m, n, \dots, p und den bekannten Koeffizienten $a_1, a_2, \dots, a_n, b_1, b_2, \dots, f_1, f_2, \dots, f_n$ besteht aus einem zwangläufigen Getriebe, in dem die Absolutglieder m, n, \dots, p und die Unbekannten u, v, \dots, x, y, \dots durch Umdrehungen ausgedrückt werden, wobei irgend ein Maßstab, zum Beispiel eine ganze Umdrehung, als Einheit angenommen wird. Jeder Unbekannten entspricht eine besondere Hauptwelle. Die Umlaufszahlen dieser Welle sollen den Unbekannten gleich sein. Auf den Hauptwellen sitzen Kegelhäder, die durch ein zweites Kegelhäder Nebenwellen antreiben. Die Räder sind so gewählt, daß die Übersetzungsverhältnisse von den Hauptwellen I auf Nebenwelle 1, von II auf 2 usw. den bekannten Koeffizienten a, b, c, \dots entsprechen. Wird dann die Welle I umal gedreht, so macht die Welle 1 $u \cdot a_1$ Umdrehungen, die Welle 2 $u \cdot a_2$ Umdrehungen etc.; wird die Welle II v mal gedreht, so macht die Welle 1 $v \cdot b_1$ Umdrehungen, die Welle 2 $v \cdot b_2$ Umdrehungen usw. Werden nun die so gebildeten Produkte $u \cdot a_1, v \cdot b_1, \dots$ respektive die Umlaufzahlen der Wellen 1, 1', 1''... durch Differentialgetriebe addiert, so hat sich eine besondere Hilfswelle m mal gedreht, wie das der 1. Gleichung entspricht; eine 2. Hilfswelle hat sich dann n mal gedreht, wie es der 2. Gleichung entspricht usw. In jedem zwangläufigen Getriebe ist es nun für das Verhältnis der Umlaufzahlen der einzelnen Wellen zu einander gleichgültig, von welcher Welle aus der Antrieb erfolgt. Werden anstatt der Wellen I, II, III... die Hilfswellen m mal respektive n mal... gedreht, so muß sich die Welle I m mal, die Welle II n mal... gedreht haben. Die Gleichungen sind also gelöst. Die Umlaufzahlen der einzelnen Wellen lassen sich durch Skalen oder Zählwerke ablesen respektive einstellen. In der Spezialmaschine zur Berechnung elektrischer Leitungsnetze werden nun in der beschriebenen Weise Gleichungen gelöst, bei denen die Stromstärke i_1, i_2, \dots, i_n als Absolutwerte, die Leitwerte g_{12}, g_{23}, \dots zwischen den Knotenpunkten

1 und 2 respektive 3...n die Koeffizienten bedeuten, während die Unbekannten in der Form $e_1 - e_2, e_2 - e_3, \dots$ als Spannungsabfall zwischen den Knotenpunkten auftreten. Das Glied $(e_1 - e_2) g_{12}$ entspricht dann der Stromstärke zwischen den Knotenpunkten 1 und 2, es kommt also in der Gleichung der Stromverlauf des Netzes zum Ausdruck. Nimmt man zur leichtern Erklärung der Maschine vorerst wieder an, die Spannungswerte zwischen den einzelnen Knotenpunkten seien bekannt und als Umlaufszahlen von bestimmten Wellen gegeben, so wird es sich zunächst darum handeln die Differenzen der Spannungen $e_1 - e_2, e_2 - e_3, \dots$ usw. zu bilden, was durch Differentialgetriebe geschieht. Die so erhaltenen Umlaufszahlen sind je mit den Leitwerten g_{12}, g_{13} usw. zu multiplizieren, also von 1 auf g_{12}, g_{13} usw. zu übersetzen. Dann ist es nur noch nötig die so erhaltenen Umlaufszahlen, die den Stromstärken $(e_1 - e_2) g_{12}$ usw. entsprechen, durch Differentialgetriebe so zu addieren wie es die Gleichungen verlangen, und man erhält schließlich als Resultat die Belastungsströme i_1, i_2, \dots, i_n ebenfalls als Umlaufszahlen. Treibt man nun anstatt der Wellen, die dem Spannungswert entsprechen, diejenigen Wellen an, deren Umlaufzahlen die Belastungsströme i_1, i_2, \dots, i_n darstellen, so drehen sich die Wellen, deren Umlaufzahlen den Spannungswerten entsprechen, e_1, e_2, \dots, e_n mal, die anderen, dem Stromverlauf entsprechenden Wellen $(e_1 - e_2) g_{12}$ etc.-mal. Es ist also der Stromverlauf und der Spannungsverlust des Netzes errechnet. Auf diese Weise gestattet es die von Nowak erfundene Maschine, die Strom- und Spannungsverhältnisse irgendeines, auch des kompliziertesten Netzes auf rein mechanischem Weg je nach Einstellung oder Veränderung der Knotenpunktbelastung selbsttätig an Zählwerken einzustellen respektive abzulesen.

×
Fernsehen Das Problem des elektrischen Fernsehens ist fast so alt wie das des Fernsprechens; der wirklichen Lösung scheint es aber erst jetzt entgegenzugehen. Bei den älteren Versuchen ging man allgemein von der Eigenschaft des Selen aus, dessen elektrische Leitungsfähigkeit von der Stärke eines auf das Selen fallenden Lichtstrahls abhängt. Da die ursprüngliche Leitungsfähigkeit aber nicht sofort zurückkehrt, wenn die Bestrahlung aufhört, so mußten auch notwendig alle Versuche zur Durchbildung der elektrischen

Teleskopie an der Trägheit des Selens scheitern. Neuerdings sind nun von Professor Rosing vom technologischen Institut in Petersburg Versuche auf einer ganz andern Basis angestellt worden, die nach den vorliegenden Berichten glänzend ausgefallen sind. Die elektrische Übertragung der verschiedenen Helligkeitswerte geschieht bei dem Rosingschen Apparat unter Benutzung einer sogenannten *photoelektrischen Zelle*, die bedeutend rascher reagiert und bei weitem nicht so träge ist wie eine Selenzelle. Diese photoelektrische Zelle besteht aus einer mit sehr verdünntem Wasserstoff oder Helium gefüllten Glaskugel, die auf der Innenseite bis zur Hälfte mit Natrium- oder Kaliumamalgam überzogen ist. Der Amalgamfläche gegenüber ist eine Platinelektrode eingeschmolzen. Wird die negativ geladene Amalgamfläche beleuchtet, so tritt fast momentan eine Entladung ein, das heißt, es kann ein elektrischer Strom von der Amalgamfläche zur Platinelektrode übergehen, und zwar ist die Stärke des entstehenden photoelektrischen Stroms der Lichtstärke annähernd direkt proportional. In der praktischen Ausführung besteht der Rosingsche Apparat aus einer Sendeeinrichtung und einer Empfangsstation. Auf der Sendestation wird ein Bild durch eine Linse auf 2 senkrecht zu einander rotierende Spiegel geworfen. Durch diese Anordnung werden im Verlauf von $\frac{1}{10}$ Sekunde Punkt für Punkt des Bildes nach einander auf eine photoelektrische Zelle geworfen, die die Helligkeitsunterschiede der einzelnen Bildpunkte in der Form von Stromstößen verschiedener Stärke nach dem entferntesten Punkt übermittelt. Die Wiedergabe des Bildes erfolgt auf der Empfangsstation vermittelt einer Braunschen Röhre, deren Kathodenstrahlen auf einen Fluoreszenzschirm fallen. Der Schirm leuchtet dann an den Stellen auf, die von den Kathodenstrahlen getroffen werden. Durch ein zwischengeschaltetes Diaphragma wird bewirkt, daß der Fluoreszenzschirm immer nur an einer einzigen eng begrenzten Stelle aufleuchten kann. Die Kathodenstrahlen können nun sowohl durch magnetische Wirkungen wie durch elektrische Ladungen aus ihrer Richtung abgelenkt werden. Von beiden Ablenkungsarten wird bei dem Rosingschen Apparat Gebrauch gemacht. Im Innern der Braunschen Röhre befinden sich Kondensatorplatten, die mit der photoelektrischen Zelle des Sendeapparats durch Leitungs-

drähte verbunden sind. Ferner sind mit den beiden senkrecht zu einander rotierenden Spiegeln der Sendestation Induktionsspulen verbunden, die sich in leitender Verbindung mit 2 auf einander senkrecht stehenden Elektromagneten befinden, die die Braunsche Röhre der Empfangsstation umgeben. Infolge der Rotation der Induktionsspulen der Sendestation in 2 auf einander senkrechten Richtungen werden in den Elektromagneten der Empfangsstation abwechselnd magnetische Stöße erzeugt, die von der Braunschen Röhre ausgehenden Kathodenstrahlen in Zickzackform mit enormer Geschwindigkeit auf den Fluoreszenzschirm werfen. Unter Vermittlung der photoelektrischen Zelle auf der Sendestation werden gleichzeitig die Kondensatorplatten im Innern der Braunschen Röhre verschieden stark geladen, entsprechend den verschiedenen Helligkeitswerten der auf die photoelektrische Zelle fallenden Lichtstrahlen. Wird auf der Empfangsstation das Kathodenstrahlbündel durch die beiden auf einander senkrecht stehenden Elektromagnete in der selben Form bewegt wie sich der durch die rotierenden Spiegel der Sendestation jeweils abgetastete Bildfleck bewegt, so muß bei genügend großer Geschwindigkeit des wandernden Lichtflecks auf dem Fluoreszenzschirm ein Bild entstehen, das in seinen Helligkeitswerten durchaus dem zur Sendung gelangenden Bild entspricht, da ja die Übertragung der Helligkeit der nach einander abgetasteten Bildpunkte durch elektrostatische Beeinflussung der Kathodenstrahlen in den selben Intervallen erfolgt wie die photoelektrische Zelle beeinflusst wird. Da der Lichtfleck mit außerordentlich großer Geschwindigkeit auf dem Fluoreszenzschirm hin und her schwirrt, so hat das Auge nicht den Eindruck eines wandernden einzelnen Lichtpunkts sondern den des Gesamtbildes.

× **Fernschreiben** ×
 In seiner wirtschaftlichen Bedeutung ist die Fernübertragung von Handschriften, Zeichnungen und dergleichen natürlich auch nicht entfernt mit der des elektromagnetischen Telegraphen oder des Telephons zu vergleichen. Für große Betriebe, insbesondere für Bankhäuser, ist es aber von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit die übermittelten Nachrichten oder Aufträge in dokumentarischer Form, also handschriftlich übermitteln und empfangen zu können. Schon der in

den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstandene Pantelegraph von Caselli suchte dieses Ziel zu erreichen, die Lösung des Problems ist aber erst jetzt durch den elektrischen Fernschreiber der Aktiengesellschaft Mix & Genest in Berlin erfolgt, und der Apparat ist dazu berufen Telephon und Telegraphen in wirksamer Weise zu ergänzen. Die Nachrichtenübermittlung geschieht bei dem elektrischen Fernschreiber in der Weise, daß der Sender mit einem Bleistift auf eine Papierfläche schreibt. Der Bleistift befindet sich hierbei an dem einen Ende einer in allen Richtungen verschiebbaren Stange. Da diese Stange von der Tülle einer senkrecht zu ihr angeordneten zweiten Stange umfaßt wird, so wird die Bewegung der Bleistiftspitzen in zwei auf einander senkrecht stehende Bewegungskomponenten zerlegt. Diese beiden Bewegungen werden auf elektromagnetischem Weg nach der Empfangsstation übertragen und dort durch ein analog angeordnetes Stangensystem wieder in eine einheitliche Bewegungsergebnisse zusammengesetzt. An der einen Stange des Empfangsapparats befindet sich eine mit Tinte gefüllte Feder, die genau die aufgegebenen Schriftzüge reproduziert. Das Papier des Geberwie des Empfangsapparats schaltet sich zeilenweise fort, wenn mit der Bleistiftspitze des Sendeapparats ein Schalter betätigt wird. Im Handels- und Geschäftsverkehr dürfte der elektrische Fernschreiber eine bedeutende Rolle spielen. Vor dem Telephon zeichnet er sich insbesondere dadurch aus, daß die übermittelte Nachricht schriftlich fixiert wird, auch wenn der Empfänger persönlich nicht anwesend ist. Vor dem Telegraphenapparat aber hat der Fernschreiber den Vorzug, daß er, ebenso wie das Telephon, von jedem Laien bedient werden kann.

✕ **Kurze Chronik** Mit dem Bau des neuen

Grundwasserwerks für Berlin in der Wuhlheide soll demnächst begonnen werden. Das Wasser soll aus 155 Tiefbrunnen entnommen werden. Das Werk, das den ganzen Nord- und Südosten Berlins nebst den angrenzenden Vororten versorgen wird, ist für eine Leistungsfähigkeit von rund 16 Millionen Kubikmeter im Jahr berechnet. ✕ In der Schweiz, in Brooklyn und New York sind mit großen Erfolgen Druckluftpflaster zum Schneiden von Beton- und Asphaltplaster verwandt worden. In dem erstern Fall

handelte es sich um die Freilegung von Straßenbahnschienen. Mit Druckluftmeißeln aus ungehärtetem Stahl wurden seitlich von den Schienen zunächst 2 Rinnen ausgemeißelt und der dazwischen liegende Betonklotz sodann durch Brechstangen in großen Stücken ausgehoben. Ein einzelner Mann konnte auf diese Weise in 1 Stunde einen Streifen von mehr als 3 Meter Länge fertigstellen und leistete dabei die Arbeit von 4 bis 5 Handmeißeln. Im 2. Fall handelte es sich um das Aufschneiden des Asphaltbelags. Nach einem gezogenen Kreidestrich wurden Rinnen ausgehoben, und der Asphalt dann wie Leder abgezogen. Motor, Kompressor sowie der Druckbehälter sind zusammen auf einem Wagen angeordnet, so daß die ganze Einrichtung leicht von Ort zu Ort transportiert werden kann. ✕ Auf dem königlichen Steinkohlenbergwerk *Von der Heydt* sind seit zirka 10 Monaten Grubenlokomotiven ohne Führer mit Akkumulatorenbetrieb mit Erfolg im Betrieb. Die mit einem 2 Pferdestärken-Nebenschlußmotor ausgerüsteten Wagen sind mit einem Holzbügel versehen, der am Wagenrahmen schittenartig geführt ist und sich beim Auftreffen auf ein Hindernis leicht zurückschiebt. Hierdurch wird der Betriebsstrom abgeschaltet und der Motor als Dynamomaschine geschaltet, so daß die Laufräder kräftig gebremst werden. Dadurch kann ein mit 1 Meter per Sekunde Geschwindigkeit fahrender Wagen auf 1 Meter Bremsweg zum Halten gebracht werden. Die Kraft, die zum Verschieben des Bügels erforderlich ist, ist so gering, daß sich der Wagen auch mit der Hand anhalten läßt. Beim Zurückdrängen des Bügels spannt sich eine Feder, so daß sich der Wagen sofort automatisch wieder in Bewegung setzt. ✕ Eine fortlaufende elektrische Wägevorrichtung ist von der *Electric Weighing Company* in New York gebaut worden. Die Einrichtung dient zur Gewichtsbestimmung von Massengütern, die auf endlosen Förderbändern transportiert werden. Das Prinzip der Wägevorrichtung ist folgendes: Das Gewicht der auf einem Band geförderten Warenmenge ergibt sich aus dem durchschnittlichen Gewicht der Längeneinheit und der Geschwindigkeit des Förderbands. Die Geschwindigkeit des Förderbands läßt sich leicht durch die Spannung des elektrischen Stromes messen, den eine von dem Förderband gleichzeitig angetriebene Dynamomaschine liefert. Wird gleich-

zeitig der Widerstand des Stromkreises dieses Dynamo proportional den fortlaufenden Einheitsgewichten des belasteten Bandes verändert, so ist die Stromstärke als Quotient aus Spannung und Widerstand unmittelbar ein Maß für das geforderte Gewicht.

X. Literatur

Bei Teubner in Leipzig erscheint eine neue Sammlung populärer Bücher unter dem Titel *Dr. Bastian Schmid Naturwissenschaftliche Schülerbibliothek*. Der 9. und 10. Band dieser Sammlung liegen mir vor. Der 9. Band gibt eine Anleitung zu photographischen Naturaufnahmen für mittlere und reife Schüler. Verfasser ist Georg E. F. Schulz, bekannt unter dem Namen *Naturkundenschulz*, dem wir bereits eine reiche Fülle von photographischen Aufnahmen aus dem Tier- und Pflanzenleben verdanken, und der durch seine große Erfahrung besonders berufen ist den Naturfreund auf photographische Arbeiten hinzuleiten, die von bleibendem Wert sind. In dem theoretischen Teil des Buches werden die Ausrüstung des Naturphotographen, die verschiedenen Hilfsmittel und die Grundzüge der photographischen Technik in leicht faßlicher Weise auseinandergesetzt. Der praktische Teil behandelt erdkundliche Aufnahmen, botanische Aufnahmen, zoologische Aufnahmen, Blitzlichtaufnahmen, Himmelskundliches und die Farbenphotographie, speziell das Lumière'sche Autochromverfahren. Die Darstellungsweise ist durchweg frisch und anregend, die Ausstattung des Bändchens, das nur 4 Mark kostet, ganz ausgezeichnet. Der 10. Band behandelt die Luftschiffahrt und ist für reife Schüler bestimmt. Der Verfasser Nimmführ gibt in klarer Darstellung eine populäre Theorie der Luftschiffahrt, zu deren Verständnis allerdings mindestens Sekundanerbildung erforderlich ist.

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Koloniale Landwirtschaft Den Hauptanziehungspunkt der Kasseler Wanderausstellung bildete die von der Abteilung Kassel der *Deutschen Kolonialgesellschaft* in Verbindung mit der Kolonialabteilung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* in einer großen Halle veranstaltete kolonialwirtschaftliche Ausstellung, wohl die bisher umfassendste koloniale Schauausstellung in Deutschland. Fast sämtliche größere

Plantagenunternehmungen in den deutschen Kolonien brachten die Roherzeugnisse ihrer Pflanzungen und die Methoden, nach denen sie Baumwolle, Kaffee, Kakao, Kautschuk, Sisalhanf usw. gewinnen, zur Anschauung und teilten über ihre eigene Entwicklung zum Teil recht erfreuliche Zahlen mit. Beispielsweise hat die *Westafrikanische Pflanzungsgesellschaft Viktoria* in Kamerun 3375 Hektar in Kultur, davon 2600 Hektar mit Kakao, 300 mit Ölpalmen, 350 mit Kautschuk und 125 Hektar mit Pflanzen. Sie erntete im Jahr 1910 außer beträchtlichen Mengen Palmkerne, Palmöl und Kautschuk 27 829 Zentner Kakao und zahlte 13 % Dividenden. Die *Deutsche Handels- und Plantagengesellschaft der Südseeinseln* hat auf Samoa etwa 3000 Hektar mit Kokospalmen und etwa 300 Hektar mit Kakao bepflanzt, unterhält in ihren Palmenpflanzungen zurzeit eine Rinderherde von 4000 Stück und verteilt seit mehreren Jahren 24 % Dividende. Die *Neuguineakompagnie* hat auf Neuguinea und den Nebeninseln bereits über 7500 Hektar unter Anbau, außer Kokospalmen besonders Kakao, Kaffee, Pfeffer, Vanille, Kautschuk und Sisal. Auf ihrem Plantagenbetrieb, einem der größten der Welt, sind 80 europäische Angestellte und 3500 Arbeiter dauernd tätig. Immerhin nehmen die Plantagen nur einen sehr kleinen Teil unserer Kolonialfläche ein. Nach einer vom Hamburger Kolonialinstitut ausgestellten Tabelle waren 1910 98 564 Hektar, also nur etwa 0,003 % der Fläche unserer Kolonien, mit 731 weißen Beamten und 68 968 farbigen Arbeitern in plantagenmäßige Kultur genommen. Es muß daher vor allem auf die Verbesserung der Volkskulturen der größte Wert gelegt werden. Um eine Beurteilung ihres gegenwärtigen Standes zu ermöglichen, hatten bedeutende Handelsfirmen die verschiedenartigsten Roherzeugnisse der Eingeborenkulturen zur Schau gebracht.

Das meiste Interesse fanden bei den Landwirten naturgemäß die Futter- und Düngemittel, die die Kolonien dem Mutterland zu liefern vermögen. Besonders erfreulich war es aus den ausgestellten Tabellen zu entnehmen, daß von der ungeheuren Masse der nach Deutschland eingeführten Ölrohstoffe (im letzten Jahr waren es Werte von etwa ½ Milliarde Mark) bereits ein großer Teil aus den deutschen Kolonien stammte. Die Rückstände der Ölfabrikation, Ölkuchen und Ölkuchenehl, geben bekanntlich ein

fett- und eiweißreiches Kraftfutter ab, das die deutsche Viehhaltung auch bei gleichbleibendem Wiesen- und Weidenareal noch beträchtlich zu steigern gestattet. Andere Abteilungen der kolonialwirtschaftlichen Ausstellung zeigten rohe und veredelte Erzeugnisse der tropischen Forstwirtschaft, die Verarbeitung der wichtigeren kolonialen Erzeugnisse durch inländische Gewerbetätigkeit, darunter auch die Verarbeitung der südwestafrikanischen Diamanten und die Herstellung von Kapok- und Caravonicagarnen durch die *Chemnitzer Aktienspinnerei*, Sonderausstellungen der deutschen Kolonialschule *Wilhelmshof* in Witzenhausen und des *Kolonialwirtschaftlichen Komitees*, wissenschaftliche Gegenstände und koloniallandwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Die kolonialwirtschaftliche Ausstellung, die fortan mit den Wanderausstellungen der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* verbunden werden soll, wird viel dazu beitragen die von Professor Wohltmann ausgegebene Parole, daß wir »zweierlei Landwirtschaft« treiben sollen, eine in unserer gemäßigten Zone und eine andere unter dem tropischen Himmel, unter den deutschen Landwirten und unter den vielen Zehntausenden städtischer Besucher der Wanderausstellungen populär zu machen.

X Genossenschaftswesen

Eine von den landwirtschaftlichen Genossenschaften des Regierungsbezirks

Kassel in einem eigenen Pavillon veranstaltete Kollektivausstellung ermöglichte mir während der Wanderausstellung in die interessante und mannigfaltige genossenschaftliche Organisation der kurhessischen Bauern Einblick zu gewinnen. Im Jahr 1909 bestanden in diesem Bezirk 381 Kreditgenossenschaften (so genannte *Raiffeisenvereine*) mit 47 920 Mitgliedern. An Spareinlagen hatten die Mitglieder 1909 51,03 Millionen Mark gut, an Darlehen standen bei Mitgliedern 38,64 Millionen aus. Die Vereine hatten insgesamt ein eigenes Vermögen von 1 913 439 Mark und erzielten 1909 einen Gewinn von 204 548 Mark. Neben den Kreditgenossenschaften bestanden in Kurhessen Betriebsgenossenschaften, und zwar 7 Kornhausgenossenschaften, 16 Molkereigenossenschaften, 5 Konsumvereine, 1 Pferdezucht- und 1 An- und Verkaufsgenossenschaft. Die Kornhausgenossenschaften hatten 1908 eine Getreidezufuhr von 248 360 Zentner in 6413

Posten, so daß auf jeden Posten 38½ Zentner kamen.

Die Kredit- und Betriebsgenossenschaften sind zwecks Revision im *Hessischen Verband ländlicher Genossenschaften* zu Kassel, zur Beschaffung der Waren und zum Absatz der Produkte in der *Landwirtschaftlichen An- und Verkaufsgesellschaft Hessenland* zu Kassel zentralisiert. Der *Hessische Verband ländlicher Genossenschaften* bezweckt neben der Revision und der Pflege der einzelnen Genossenschaften auch die Förderung der Volkswohlfahrt, vorzüglich die des Baus von Wohnhäusern für landwirtschaftliche und auf dem Lande wohnende industrielle Arbeiter. Indem sich der Verband für die einzelnen *Raiffeisenvereine* verbürgte, erreichte er, daß diese bei den Baudarlehen für Arbeiterwohnhäuser von der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau ebenso behandelt wurden wie gemeinnützige städtische Baugenossenschaften. Infolgedessen gewährte die Landesversicherungsanstalt von 1900 bis 1910 an 508 ländliche Arbeiter 1 593 230 Mark Baudarlehen zu 3 % Verzinsung und 1 % Amortisation. Mitglieder der andern gemeinsamen Zentralorganisation, der *An- und Verkaufsgesellschaft Hessenland*, waren am 1. Januar 1911 332 landwirtschaftliche Genossenschaften. Die Gesellschaft erzielte 1910 durch An- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und Produkte einen Umsatz von 6,9 Millionen Mark.

Während der Warenverkehr sowohl der Kredit- wie der Betriebsgenossenschaften im *Hessenland* zentralisiert ist, haben sich beide Genossenschaftsarten für den Geldverkehr getrennte Zentralstellen geschaffen. Den Betriebsgenossenschaften dient als Zentrale des Geldverkehrs die *Hessische Bezirksgenossenschaftsbank*, die wiederum in engem Anschluß an die *Preussische Zentralgenossenschaftskasse* in Berlin steht. Den Kreditgenossenschaften dient dagegen die *Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse*, Filiale Kassel, als Bank. Sie hatte 1910 einen Umsatz von 45,5 Millionen Mark, der seit 1900 um 296 % gestiegen ist. Wie für den Warenverkehr und den Geldverkehr haben sich im September 1910 die landwirtschaftlichen Genossenschaften Kurhessens auch für den Grundstücksverkehr eine Zentralorganisation geschaffen, und zwar in der *Hessischen Siedlungsgesellschaft* zu Kassel, der zurzeit 188 Genossenschaftler mit einem Kapital von 250 000 Mark angehören. Die

Siedelungsgesellschaft bezweckt »eine wirtschaftlich gesunde Besitzverteilung auf dem Lande zu erhalten und zu fördern, der gewerbsmäßig betriebenen unwirtschaftlichen Güterzertrümmerung und der damit verbundenen Ausbeutung der ländlichen Bevölkerung entgegenzuwirken und durch Förderung neuer Ansiedlungen insbesondere den ländlichen Arbeiterstand seßhaft zu machen«.

× **Flurbereinigung** ×

Als Musterbeispiel für den wirtschaftlichen Nutzen von Flurbereinigungen kann nach den Übersichtskarten, die die Generalkommission zu Merseburg in Kassel ausgestellt hatte, die Grundstückszusammenlegungssache des Dorfes Behrungen, Kreis Hildburghausen, Herzogtum Sachsen-Meiningen, gelten. In diesem Dorf und seiner nächsten Umgebung gab es bei Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens im Jahr 1901 497 Grundstückseigentümer mit zusammen 14 226 Parzellen und 1152 Hektar, so daß die durchschnittliche Größe der alten Wirtschaftsparzellen nur 0,081 Hektar betrug. Es gab Beteiligte mit einem Besitz von 10 bis 25 Hektar, die 400 Parzellen und darüber besaßen. Die Grundstücke lagen in unwirtschaftlichem Gemenge, entbehrten ausreichender Zufahrtswege, genügender Vorflut, zweckmäßiger Anlagen zur Wiesenbewässerung, und es bestand an ihnen ein gemeinschaftliches Hütungsrecht. Eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung war deshalb unmöglich. Die Generalkommission hob die Hütungsgerechtigkeit auf, meliorierte die Wiesen, legte ein zweckmäßiges Wege- und Gräbenetz an und teilte jedem Dorfbewohner für seinen bisherigen privaten Besitzstand und seine sonstigen Teilnahmerechte eine Landabfindung in möglichst wirtschaftlichem Zusammenhang zu. Insgesamt wurden aus 14 226 alten Parzellen 1095 neue Pläne in einer durchschnittlichen Größe von 1,052 Hektar gebildet. An gemeinschaftlichen Anlagen wurden ausgewiesen: Lehmgruben, Viehtunnelplätze, Bauplätze, Schmuckplätze, ein Friedhof, ein Gänserasen, ein Zimmerplatz, ein Badeplatz. Durch den in diesem Jahr den Beteiligten zur Vollziehung vorgelegten Rezeß wurde das Verfahren beendet. Durch ähnliche Zusammenlegungen von Streubesitz könnten noch in zahlreichen Gemeinden West- und Süddeutschlands die Vorbedingungen für eine intensivere Kultur geschaffen werden.

× ×

Pflanzenzucht Seitdem ich über die deutsche Pflanzenzüchtung hier berichtet habe (siehe

diese Rundschau, 1910, 1. Band, pag. 144 ff.), ist von der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* im eigenen Verlag ein mehr als 600 Seiten starkes, mit 1 Farbentafel, 1 Karte und 346 Abbildungen ausgestattetes Quellenwerk *Die deutsche landwirtschaftliche Pflanzenzucht* veröffentlicht worden. In der Einleitung unterrichtet der Herausgeber Dr. Hillmann, Geschäftsführer der Saatzaftabteilung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, über die Geschichte der deutschen Pflanzenzucht, ihre wissenschaftlichen Grundlagen, ihre Methoden und über die mannigfaltigen Einrichtungen, die die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* zu ihrer Förderung geschaffen hat. Irrtümlicherweise bezeichnet dabei der Herausgeber den großen Naturforscher Gregor Mendel, der Augustinerabt in Brünn war (siehe über ihn diese Rundschau, 1911, 2. Band, pag. 727), als Benediktinermönch in Olmütz. Volkswirtschaftlich interessant ist die Konstatierung, daß die deutsche Landwirtschaft im Getreide- und Zuckerrübensamenverkehr jeden Zwischenhandel ausgeschaltet hat.

Im 1. Teil des Werkes legen die Leiter von 12 landwirtschaftswissenschaftlichen Instituten über ihre Lehr- und Forschungstätigkeit und ihre praktischen Leistungen auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung Rechenschaft ab. Diese Berichte — es fällt das vor allem in dem der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin auf — mußten mehrfach inhaltlich ziemlich dürftig ausfallen, da es im Deutschen Reich im Gegensatz zu Österreich und vor allem zu den Vereinigten Staaten Spezialprofessuren für Pflanzenzucht nicht gibt, was im Interesse der durchaus erforderlichen Steigerung der Produktivität des heimischen Pflanzenbaus und auch der von ihm abhängenden Tierproduktion sehr zu bedauern ist. Im 2. Teil referieren die praktischen Landwirte, soweit sie zugleich Pflanzenzüchter sind, selbst über ihre Arbeiten, ihre Methoden und ihre Erfolge. Wir erhalten Angaben über 109 Züchter von Wintergetreide, 138 Züchter von Sommergetreide, 75 von Hackfrüchten und 36 von Hülsenfrüchten und Klee- und Grasarten. Die Hauptmasse der Zuchtbetriebe liegt in der Provinz Sachsen, in Braunschweig, Anhalt und dem südlichen Hannover.

Wenn auch die Heranbildung neuer nütz-

licher Pflanzenrassen im ganzen mehr als jede andere landwirtschaftliche Qualitätsarbeit noch immer die Domäne des Großbetriebs ist, so haben doch auch hierin einzelne Kleinbetriebe Hervorragendes geleistet. Der in der Hervorbringung wertvoller Kartoffelsorten beispiellos erfolgreiche Landwirt Wilhelm Richter-Hamel bewirtschaftet ein Gutchen in der Größe von nur 16 Hektar, und nicht größer ist das westfälische Bauerngut Stieghorst des Züchters Beckmann, dessen durch Trockensubstanzgehalt und Massenertrag sich auszeichnende Walzenrunkelrübe in das Hochzuchtregister der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* eingetragen werden konnte. Auch Dr. Hillmann konstatiert, daß in dem von dieser Gesellschaft seit 1888 veranstalteten Preisbewerb der Saatzuchtwirtschaftler »gelegentlich auch sehr kleine Wirtschaften sofort mit großem Erfolg in den Preisbewerb eingetreten und sich weiter entwickelt haben«. Hierdurch wird bewiesen, daß sich auch im bäuerlichen Betrieb Höchstleistungen in der Züchtung landwirtschaftlicher Kulturpflanzen erzielen lassen. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß Bayern, Württemberg und Baden in Weihestephan, Hohenheim und Hochburg staatliche Saatzuchtanstalten geschaffen haben, deren Hauptaufgabe darin besteht intelligente Bauern für den Saatbau und die Saatzucht zu interessieren, sie allmählich zu Pflanzenzüchtern heranzubilden und dabei zugleich die einheimischen Landpflanzenrassen in ihrer Leistungsfähigkeit zu heben. Im Jahr 1909 beteiligten sich bereits 8 kleinere Landwirte an den Haferzuchtversuchen und 9 kleinere Bauern an den Dinkelzuchtversuchen Hohenheims. Auch von den 50 mit der Vervollkommnung der bayrischen Landespflanzenrassen beschäftigten Zuchtstellen, die 1910 von Weihestephan aus unterstützt und kontrolliert wurden, sind viele auf bäuerlichen Betrieben eingerichtet.

In der 1908 gegründeten *Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzenzucht* haben alle Bestrebungen auf diesem wichtigen Gebiet eine gewisse Zentralisation erhalten. Die Gesellschaft gibt alljährlich ein Sammelwerk *Beiträge zur Pflanzenzucht* heraus, dessen 1. Band, der in diesem Jahr erschienen ist, Abhandlungen hervorragender Theoretiker und Praktiker enthält. Eine bedeutsame Anregung empfing die deutsche Pflanzenzucht auch durch das Reisewerk der Professoren von Rümker in Breslau und von Tschermak

in Wien *Landwirtschaftliche Studien in Nordamerika mit besonderer Berücksichtigung der Pflanzenzüchtung* (Berlin, Parey). Wir erfahren aus diesem sehr lesenswerten Reisebericht, daß in den Vereinigten Staaten zahlreiche Privatzüchter und staatliche Zuchtanstalten, zum guten Teil unter praktischer Anwendung der von Gregor Mendel entdeckten Bastardierungsgesetze, erfolgreich tätig sind, und daß ihre für uns oft vorbildliche Arbeit durch staatliche Zuwendungen und private Stiftungen im Interesse der Hebung der Landeskultur wirksam gefördert wird.

× Ackerbauvereine

Im Vergleich zu den bäuerlichen Betrieben des deutschen Nordens und Ostens steht die Ackerbautechnik der bayrischen Bauern noch auf einer ziemlich niedrigen Stufe. Man hat es bis vor etwa 15 Jahren an einer genügenden technischen Unterweisung der ländlichen Bevölkerung ziemlich fehlen lassen, man hat zu sehr von oben herab regiert und reglementiert und es nicht verstanden die Initiative der Bauern selbst zu wecken und wachzuhalten. Erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts wurde das landwirtschaftliche Wanderlehr- und Versuchswesen intensiver ausgestaltet. Hat dieses nun auch, wie besonders das von Ökonometrat Maier-Bode herausgegebene Werk *Die Organisation und die Erfolge des landwirtschaftlichen Wanderunterrichtswesens im Königreich Bayern* (Landsberg am Lech, Verza) zeigt, in kurzer Zeit viel Gutes geleistet, so konnte eine durchgreifende Besserung der rückständigen Ackerbautechnik doch nur durch gleichzeitige Organisation der bäuerlichen Selbsthilfe angebahnt werden. Es ist das besondere Verdienst des Leiters der staatlichen Saatzuchtanstalt Professor Dr. Kießling erkannt zu haben, daß in Bayern, wo 99,9 % der Wirtschaften und 97,8 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf Betriebe von weniger als 100 Hektar Wirtschaftsfläche entfallen, ackerbautechnische Zweckvereinigungen geschaffen werden müssen, um die Einzelbesitzer für bessere Feldbaumethoden zu gewinnen. Ihm gelang es im Jahr 1905 in Moosburg den ersten Gerstenbauverein zu gründen. Der Gedanke brach sich Bahn, und Mitte 1911 bestanden bereits 205 Gerstenbau- und 29 Haferbauvereine, die sich die Verbesserung bestimmter Landsorten und die Hebung des Ackerbaus überhaupt zum Ziel setzen.

Dem 1909 gegründeten *Landesverband der Ackerbauvereine* gehörten im Sommer 1911 bereits etwa 280 Einzelvereine an. Durch dieses gemeinschaftliche Vorgehen der Bauern selber, das auch für andere Gegenden vorbildlich sein sollte, kann der Wert der landwirtschaftlichen Feldernten Bayerns, der heute schon weit über 1000 Millionen Mark beträgt, in absehbarer Zeit um 200 bis 300 Millionen Mark gesteigert werden.

× **Kurze Chronik** Unter dem Gesamttitel *Betriebsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft* hat die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* bis Oktober 1911 in 16 Bänden 26 Bearbeitungen der von ihr veranstalteten Betriebsumfrage veröffentlicht. Sobald die Betriebsumfrage vollständig bearbeitet vorliegt, sollen ihre Resultate in dieser Zeitschrift dargestellt werden. × Seit einigen Monaten erscheinen nach und nach die üblich gewordenen *Fünfjahrsberichte der deutschen Landwirtschaftskammern*. Sie enthalten ein reichhaltiges und meist gut geordnetes Material, das die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft während der Jahre 1905 bis 1910 zu beurteilen gestattet. × Das *Internationale Ackerbauinstitut* in Rom gibt seit einiger Zeit 3 Monatsrevuen heraus: *Bulletin de Statistique agricole*, *Bulletin du Bureau des Institutions économiques et sociales* und *Bulletin des Renseignements agricoles et des maladies des plantes*. Außerdem läßt es die Wochenschrift *Bulletin bibliographique hebdomadaire* erscheinen.

Kolonisation / Gerhard Hildebrand

Argentinien In der argentinischen Landwirtschaft spielt der Flachsban eine bedeutende Rolle. Allerdings nicht zur Fasergewinnung, die viele Arbeitskräfte verlangt und daher bei kolonialer Extensivkultur ausgeschlossen ist, sondern zur Samengewinnung. Im Jahr 1910 wurden bei einem Gesamtexport im Wert von 1400 Millionen Mark für mehr als 180 Millionen — also 12 bis 13 % — Flachsprodukte ausgeführt; und zwar für 178,5 Millionen Leinsaat, für 1,7 Millionen Leinölkuchen und daneben noch winzige Mengen Leinöl und Flachsstroh. Bei der bisherigen Spinnfasergewinnung reift die Saat nicht aus, bei der Saatzucht muß man das Stroh überreif werden lassen, wodurch die Faser ihre Geschmeidigkeit verliert. Nun ist es einem argentinischen Ingenieur gelungen aus dem bisher fast

wertlosen überreifen Flachsstroh eine Faser zu gewinnen, die zwar der gebräuchlichen Spinnfaser bei weitem nicht gleichwertig, aber doch industriell verwertbar ist: In erster Linie für die Herstellung feinerer oder größerer Papiere, daneben aber auch für gröbere Garne und Gespinste, Bindfaden und dergleichen. Eine deutsche Firma ist an der technischen Vervollkommnung und industriellen Verwertung beteiligt. In der Versuchsfabrik können bereits 4000 Kilo Flachsfasern für die Verarbeitung zu Geweben und Feinpapier, 10 000 Kilo für die Verarbeitung zu Garn, Bindfaden und grobem Papier täglich hergestellt werden. Man rechnet auf eine Jahresproduktion von zunächst 10 Millionen Kilo. Die gesamte Flachsstrohernte Argentiniens wird auf 3½ Millionen Tonnen, ihr Fasergehalt auf 850 000 Tonnen berechnet, so daß die Produktion auf 850 Millionen Kilo gesteigert werden könnte. Die Tragweite dieser Industrie erstreckt sich nicht nur auf die Verbilligung von Leinöl, Leinölkuchen und Faserfabrikaten, soweit sie durch die Flachsstrohverwertung eine Konkurrenz erhalten. Auch für die Industrialisierung und die Außenhandelsbeziehungen Argentiniens hat sie Bedeutung: Artikel, die aus Flachsstrohfaser hergestellt werden können, sind bisher bis zur Höhe von 267,5 Millionen Mark im Jahr in Argentinien eingeführt worden. Wenn also auch infolge Arbeitermangels und hoher Arbeitslöhne wohl noch nicht alsbald an eine große Ausfuhr von Faserfabrikaten gedacht werden kann, so ist doch zum mindesten diese Einfuhr durch die Entfaltung der argentinischen Fabrikation für den Eigenbedarf, zumal mit Hilfe industrieller Erziehungszölle, ruckweise zu beseitigen.

× **Britisch Ostindien** Wie in allen rückständigen Ländern, und heute namentlich noch im engern und weitem Orient, so leiden auch die Bauern in Britisch Ostindien unter einem unerhörten Wucher. So werden in den Dörfern von Ostbengalen und Assam von den Geldverleihern 24 und 37½ %, in manchen Fällen bis zu 150 % Interesse erhoben. Das hat die britische Kolonialverwaltung 1904 veranlaßt die Gründung von Kreditgenossenschaften in die Hand zu nehmen. Ende März 1910 gab es deren bereits 3428, darunter 31 zentrale, 291 städtische und 3106 ländliche, mit zusammen 224 397 Mitgliedern. Der Erfolg brachte auch hier den Erfolg, denn in dem einen Jahr 1909-1910 sind allein 1465 entstanden, und die Zahl der Mitglieder hat um mehr als 44 000 zugenom-

men. Das Kapital stieg von 528 881 Pfund Sterling im Jahr 1908-1909 auf 812 068 im folgenden Jahr. Davon entfielen zuletzt 143 309 Pfund auf die Anteile der Mitglieder, 166 201 auf ihre Depositen, 432 488 auf Anleihen von Privatpersonen und anderen Genossenschaften und der Rest auf Vorschüsse der Regierung und Reserven. An Privatpersonen wurden 102 671, an Mitglieder 506 574 Pfund Sterling ausgeliehen. Für Rohmaterialien und Waren wurden 40 707 Pfund ausgegeben, und an Gewinn gelangten 30 763 Pfund Sterling zur Verteilung. Geht es im bisherigen Entwicklungstempo weiter, dann wird die Zahl der indischen Bauern, die Mitglieder einer Kreditgenossenschaft sind, binnen wenigen Jahren eine Million erreichen. Die Zinsen, die von den Mitgliedern gezahlt werden müssen, sind für unsere Begriffe immer noch hoch. Sie betragen beispielsweise in Madras $6\frac{1}{4}$ bis $12\frac{1}{2}$ %, in Bombay $9\frac{1}{4}$ %, in Bengalen $15\frac{1}{4}$ bis $18\frac{1}{4}$ %, in den übrigen Provinzen zwischen 9 und 15 %. Aber der Unterschied gegen die früheren Wucherabgaben ist doch ein gewaltiger, was sich am besten daraus ergibt, daß die privaten Geldverleiher starke Opposition gemacht, aber auch ihre Forderungen bedeutend herabgesetzt haben.

Außerst bemerkenswert für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung Britisch Indiens sind die Indexziffern der Preisgestaltung. Setzt man die Preise der wichtigsten eingeführten Artikel im Jahr 1873 gleich 100, so ergibt sich im allgemeinen eine starke Verbilligung in der Zwischenperiode, aber eine Verteuerung in den Jahren 1906 bis 1908. 1909 brachte dann wieder einen Rückgang auf 99. Dagegen sind die Preise für die Ausfuhr-güter, 1873 gleich 100 gesetzt, in den letzten Jahren stark (bis auf 151 im Jahr 1908) gestiegen und auch 1909 nur auf 134 gefallen. Noch viel stärker sind freilich die Detailpreise für Brotgetreide gewachsen. 1873 gleich 100 gesetzt, erreichten sie im Hungerjahr 1900 die Höhe von 192, sanken dann wieder auf 117 im Jahr 1904 herunter und haben seitdem folgende Entwicklung genommen: 1905 147, 1906 179, 1907 180, 1908 231 und 1909 195. Es spiegelt sich darin, wie in der Indexziffer der Ausfuhr-güter, die allgemeine Teuerung der wichtigsten Agrarprodukte in den letzten Jahren, die aber in dem Agrarland Indien natürlich zum großen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommt. Es ist deshalb zu hoffen, daß die Unzulänglichkeit des

Monsuns in diesem Jahr nicht wieder so verheerende Folgen haben wird wie im Jahr 1900.

×
Portugiesisch Ostafrika Die Nordhälfte von Portugiesisch Ostafrika bietet für uns wegen ihrer Nachbarschaft zu Deutsch Ostafrika besonderes Interesse. In mancher Hinsicht scheint dieser Teil allmählich ganz gute Fortschritte zu machen. Wenigstens ist die Ausfuhr aus seinem wichtigsten Hafen Mosambik von 1,17 Millionen Mark im Jahr 1907 auf 1,57 im folgenden und 2,54 im Jahr 1909 gestiegen. Die Eingeborenen des Distrikts Mosambik gelten als sehr gute Arbeiter und werden in großer Zahl alljährlich für die Transvaalminen angeworben. Wie es mit den Anwerbemethoden bestellt ist, bedürfte freilich noch einiger Aufklärung, doch wird berichtet, daß die Transvaalgänger mit beträchtlichen Geldsummen zurück-zukehren pflegen. Der Großhandel liegt zum Teil in deutschen, der Kleinhandel, wie fast überall an der Küste Ostafrikas, in indischen Händen. Zur planmäßigen Entwicklung des Binnenlandverkehrs und der Eingeborenenproduktion geschicht aber sehr wenig, und ein großer Teil des Hinterlands ist den Europäern noch so gut wie unbekannt.

×
KurzeChronik Aus der belgischen Kongokolonie wird über erfolgreiche Versuche die Eingeborenen gewisser Distrikte zur Baumwollkultur zu veranlassen, aus Afghanistan ein bedeutendes Anwachsen der Baumwollproduktion gemeldet. × Der Export von Eisenerzen aus Tunis hat 1907 mit 351 Tons begonnen. 1908 betrug er bereits 74 299 Tons, im folgenden Jahr 220 326, und 1910 ist er auf 332 218 Tons gestiegen. × Im Unterschied vom benachbarten Togo ist die Ausfuhr aus dem britischen Ashanti noch zum größten Teil von der Sammelproduktion abhängig. Sie erreichte 1910 einen Wert von 488 893 Pfund Sterling, davon entfielen 293 320 auf fast ausschließlich wilden Kautschuk, 100 000 auf ebenfalls meist eingesammelte Kolanüsse und 80 388 auf Kakao. Allerdings steht dem eine starke Goldgewinnung gegenüber, die 1910 den Wert von 403 000 Pfund Sterling erreichte. × In Britisch Ostafrika lebten nach dem Colonial Report für 1909-1910 etwa 2500 Europäer, davon 2100 im Hochland. Der Medizinalstab berichtet von nicht weniger als 1495 Krankheitsfällen.